Montag, 8. Juli 1985 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 155 - 28.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Nordelbien: Ohne eine Vertiefung der tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten ging die Sondersynode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche zu Ende. Die von der Kirchenspitze eingebrachten Thesen zum Thema „Was gilt in der Kirche" wurden mit nur einer Gegenstimme verabschiedet. (S. 8)

Medien: Bei den Verhandlungen um einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens haben der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel (CDU), Hamburgs Bürgermeister von Dohnanyi (SPD) und Bundespostminister Schwarz-Schilling einen Vorschlag erarbeitet, der die Nutzung des deutsch-französischen Satelliten TV-SAT für neue Programme auch ohne Staatsvertrag ermöglichen soll.

Wiederwahl: Ohne Gegenstimmen ist Günther Jansen als Vorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD auf dem Landesparteitag bestätigt worden. (S. 4)

Kanzlerkandidat: Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, hat sich für die Benennung des Kanzlerkandidaten seiner Partei zur Jahreswende 1985/86 eingesetzt.

Gipfeltreffen: Bei der Vorbereitung des Treffens zwischen dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow und US-Präsident Reagan im November in Genf hat die amerikanische Regierung die Bundesregierung in Bonn und andere Verbündete um Mitarbeit gebeten.

Moskau: Das Präsidium des Obersten Sowjet hat an der Spitze von zwei weiteren wichtigen Ministerien Umbesetzungen vorgenommen. Neuer Minister für Leichtindustrie wurde der 60jährige Wladimir Klujew, das Ministerium für Eisenhüttenindustrie übernimmt Serafim Kolpakow. Seit Gorbatschows Amtsantritt gab es bereits sechs Ministerwechsel.

Zimbabwe: Nach seinem klaren Wahlsieg hat Ministerpräsident Robert Mugabe einen härteren Kurs gegen die Opposition in Richtung auf einen Einparteienstaat angekündigt. (S. 5)

Guinea: Staatschef General Conte gab nach dem gescheiterten Putsch gestern die Verhaftung des Putschistenführers Traore bekannt. Dabei kündigte er Vergeltung für die Opfer des geplanten Umsturzes, 18 Tote und 229 Verletzte, an.

ZITAT DES TAGES



»Der kleine Partner, auf den wir in bestimmten Wahlzeiten so viel Rücksicht genommen haben, muß jetzt auch ein Stück mehr Disziplin zeigen.«

Lothar Späth (CDU), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, in einem Interview der „Welt am Sonntag" über die FDP
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

US-Konjunktur: Zweifel werden am amerikanischen Beschäftigungswunder laut. Die Arbeitslosenrate war auch im Juni bei 7,3 Prozent eingefroren: Sie hat sich damit seit fünf Monaten nicht verändert. Auch in der Reagan-Administration macht sich Besorgnis breit, zumal da das verarbeitende Gewerbe seit Januar 220 000 Arbeitsplätze verloren hat. (S. 9)

Opec: Der venezolanische Ölminister Grisanti hat vor einem Auseinanderbrechen der Organisation Erdölexportierender Länder gewarnt. Wenn die Opec nicht mehr wirksam funktioniere, werde es Anarchie auf dem Ölmarkt geben, sagte er in Wien. (S. 9)

Waschmittel: Bundesinnenminister Zimmermann will die gesetzlichen Anforderungen an die Umweltverträglichkeit von Wasch- und Reinigungsmitteln verschärfen. Der entsprechende Gesetzentwurf ist den betroffenen und beteiligten Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet worden. (S. 9)

Argentinien: Die Lebenshaltungskosten stiegen im Juni trotz des am 14. Juni verfügten Preisstopps noch um 30,5 Prozent. Die Juni-Inflationsrate ist die höchste seit Beginn der Regierung Alfonsin im Dezember 1983. Die Jahresinflationsrate betrug damit 1128,9 Prozent.

KULTUR

Oper: Die von Friedrich Cerha komplettierte Oper „Lulu", die Alban Berg nur als Fragment hinterlassen hatte, wurde in München zum großen Erfolg. Als Glücksgriff erwies sich in der Inszenierung von Jean-Pierre Ponelle vor allem die Besetzung der Lulu mit der Amerikanerin Catherine Malfitano. (S. 15)

Berlin: Nach jahrzehntelanger städtebaulicher Ratlosigkeit erhält das Gelände zwischen Philharmonie, Nationalgalerie und den neuen Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein angemessenes Gesicht. Den Zuschlag für die Gestaltung erhielt jetzt der Wiener Baumeister Hans Hollein. (S. 15)

SPORT

Formel 1: Der Brasilianer Nelson Piquet (Brabham-BMW) gewann in Le Castellet den Großen Preis von Frankreich, den siebten WM-Lauf. In der Gesamtwertung führt weiterhin der Italiener Alboreto (Ferrari). (S. 14)

Motorrad: Nach seinem Sieg beim Großen Preis von Belgien in Spa ist der Amerikaner Freddie Spencer (Honda) in der Weltmeisterschaftswertung der Klasse bis 250 ccm fast nicht mehr einzuholen. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Insektenplage: In den westlichen Bundesstaaten Idaho, Wyoming, Utah, Colorado, Oregon und Arizona erlebt die Bevölkerung derzeit die schlimmste Heuschreckenplage der USA seit 50 Jahren. Als Folge eines extrem trockenen Frühjahrs haben sich die Insekten in diesem Jahr rapide vermehrt und schwere Schäden angerichtet. (S. 16)

Verwüstung: Eine 300 Kilometer breite Unwetterfront hat am Samstag in Deutschland zum Teil arge Verwüstungen angerichtet. Von dem sintflutartigen Regen waren das Rheinland, die Eifel, Hessen und das nördliche Baden-Württemberg betroffen. (S. 16)

Wetter: Heiter bis wolkig. 19 bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Demonstration in der CSSR für den Papst aus Polen

Bei den Feierlichkeiten in Velehrad wurde Prager Minister ausgepfiffen

DW. Prag

Unter den argwöhnischen Blicken eines Riesenaufgebots Geheimpolizei haben sich gestern in Velehrad (Mähren) mehr als 150 000 Katholiken zum Papst und zu den Werten eines christlichen Europa bekannt. Die Feierlichkeiten zum 1100. Todestag der „Slawenapostel" Kyrill und Method wurden zur vermutlich machtvollsten Kundgebungen von Christen in der kommunistisch regierten Tschechoslowakei. Die Partei- und Staatsführung, die durch ein von ihr dominiertes Staat-Kirchen-Komitee die Begeisterung für den polnischen Papst „kanalisieren" wollte, zeigte der Weltöffentlichkeit: Entgegen allen Vermutungen ist eine wirkliche kirchenpolitische Öffnung in der CSSR nicht zu erwarten.

Das Regime hatte ihm die Einreise verwehrt, aber Johannes Paul II. war für die Pilger auch so allgegenwärtig. Schon vor der Messe mit Kardinal Staatssekretär Agostino Casaroli rief die Menge in Sprechchören: „Wir wollen den Papst", „es lebe Johannes Paul II.".

Casaroli und der päpstliche Sondernuntius, Erzbischof Luigi Poggi, waren die einzigen katholischen Würdenträger aus dem Ausland, denen die Staatsführung auf dem Prager Hradschin die Reise in den Wallfahrtsort genehmigt hatte. Nur noch der Metropolit von Kiew und Galizien, Filaret, erhielt das Placet. Das freilich nicht von ungefähr: Filaret nimmt derzeit in Prag an der Konferenz linksorientierter „Friedensgeistlicher" teil. Seine Präsenz in Velehrad stört nicht das erklärte Ziel der CSSR-Spitze, die Feierlichkeiten zum 1100. Todestag der „Slawenapostel" Kyrill und Method als ausschließlich „innerstaatliche Angelegenheit" zu behandeln. Kirchenmännern wie dem Wiener Erzbischof Kardinal Franz König und dem Primas von England, Basil Hume, wurde die Reise durch Visumverweigerung unmöglich gemacht. Prag nahm es in Kauf, daß der österreichische Außenminister Leopold Graz der CSSR die Verletzung gutnachbarlicher Beziehungen vorwarf.

Der 86jährige Prager Erzbischof Kardinal Frantisek Tomasek, Garant der unverbrüchlichen Romtreue der Kirche in Böhmen, Mähren und der Slowakei, wurde vor der Kulisse des alten Zisterzienser-Klosters stürmisch gefeiert. Als einziger Vertreter des „politischen Prag" sprach Kulturminister Milan Klusak. Der Funktionär, in Umgang mit den Geistlichen von unerbittlicher Härte, reduzierte das Wirken der „Slawenaposteln" auf deren „kulturelle Tätigkeit". Die Menge protestierte in Sprechchören: „Der Heilige ..., der Heilige ..." Und als Klusak die Feierlichkeiten gar als „Volksfest" bezeichnete, wurde er ausgepfiffen.

Tausende Wallfahrer hatten unter freiem Himmel übernachtet. In Gesprächen betonten sie, sie beteten für „einen Pfarrer für jede Pfarre" und „einen Bischof für jedes Bistum". So brachten sie in schlichten Worten die Problematik der Kirche in der CSSR in Erinnerung. Tausende Priester sind an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert, das Regime weigert sich, die Zustimmung zur Berufung romtreuer Bischöfe zu geben. Am meisten fürchen die Machthaber, daß unter dem Patronat der Kirche sich eine Bürgerrechtsbewegung, vergleichbar der „Solidarität" in Polen entwickeln kann. So muß es für das offizielle Prag anstößig wirken, wenn der päpstliche Legat Casaroli den Pilgern von Velehrad zuruft: Der polnische Papst garantiert die Rechte der Slawen. Gerade durch Papst Woityla sei den slawischen Völkern heute eine noch größere Sicherheit dafür gegeben, daß ihre Mentalität, ihre Sehnsüchte und Traditionen anerkannt würden. Die slawische Kultur, wie die europäische ganz allgemein, sei von ihren christlichen Wurzeln geprägt. Und Casaroli überbrachte der Kirche des ehemaligen Zisterzienser-Kosters Velehrad im Auftrag von Johannes Paul II. die „Goldene Rose". Mit diesem Symbol sind bisher vor allem bedeutende Marienwallfahrtsorte geehrt worden – zuletzt die Wallfahrtskirche von Tschenstochau (1979).

Mit „Schmerz und Bewegung" gedachte Johannes Paul II. in Rom der Tatsache, daß er in Velehrad nicht anwesend sein durfte. Für Oktober kündigte er eine Bischofssynode über das Wirken der „Slawenapostel" an. Erst Anfang in der vergangenen Woche hatte er in einer Enzyklika Freiheit für die Religion in Osteuropa gefordert.

DER KOMMENTAR

Skandalphysikum?

DIETER THIERBACH

Aufatmen kann ein Großteil jener Medizinstudenten, die bereits als Versager abgestempelt waren. In einer Art Gnadenakt erhalten zahlreiche Durchfaller des „Skandalphysikums" vom März per Punktevergütung die Möglichkeit, die Examenshürde mit Verspätung zu nehmen, um ihr Studium fortzusetzen. Nach langem Hick-hack haben die Verantwortlichen jetzt Konsquenzen aus dem Prüfungsdesaster gezogen.

Ist es wirklich schon so einfach geworden, einen Aufstand zu planen, lauthals auf die Straße zu gehen und einen Sturm der Entrüstung zu entfachen, um so erfolgreich gegen schlechte Klausuren zu lamentieren? War es – auf der anderen Seite – ein sich „Breitschlagenlassen", ein Nachgeben mit verhaltener Kompromißbereitschaft oder letztlich die tiefere Einsicht, daß die Qualifikation unserer angehenden Mediziner nicht durch abenteuerliche Ratespielchen auf vorgefertigten Antwortbögen, sondern nur durch Vermittlung von Verständniswissen erreicht werden kann?

Eine Katastrophe ist nicht das Massenscheitern im Physikum, eine Katastrophe dagegen ist, daß man aus Fehlern, die einige Jahre zuvor begangen wurden, nichts gelernt hat. Die konfusen Probanden schlitterten zum zweiten Mal in dieselbe Misere. Der simple Taschenspielertrick, eine vermeintlich kleine Panne im Prüfungssystem als „Ausrutscher" oder „Ausreißer" nachträglich zu reparieren, verharmlost die prekäre Situation.

Nicht allein die unglaublich hohe Quote der gescheiterten Kandidaten gibt Anlaß zur Besorgnis. Es ist auch der Verdacht, jemand habe auf Geheiß „von oben" die laschen Zügel kräftig angezogen, das Sieb der Prüfung engmaschiger gemacht, und quasi durch die Hintertür versucht, einer ins Haus stehenden Ärzteschwemme durch rigoroses „Wegprüfen" den Riegel vorzuschieben.

Verschärfend kommt hinzu, daß sich Lehrende und Lernende an den Hochschulen durch die unpersönliche Wissensabfrage per Kreuzchen-Technik immer mehr entfremden. Verständnis für medizinische Zusammenhänge bleibt vollends auf der Strecke, weil sich alle Anstrengungen auf sture Paukerei fürs Examen reduzieren. Kann ein Arzt ein guter Arzt sein, wenn er sein Wissen in Prüfungen dieser Art erworben hat, Prüfungen die als Selbstzweck auf der Basis auswendig gelernter Fragenkataloge dienen?

Strauß fordert klare Konturen

Sorge um Wahlchancen der Union / Gegen den „Muff der Doppeldeutigkeit"

PETER SCHMALZ, Nürnberg

Als ein treuer, wenn auch kritischer Koalitionspartner präsentierte sich die CSU auf ihrem „Kleinen Parteitag" in Nürnberg. Mit der Bemerkung, er habe „nie mit dem Gedanken gespielt, die Koalition zu verlassen", beendete Ministerpräsident Strauß alle Spekulationen um einen möglichen Rückzug der CSU-Minister aus der Bonner Regierung, forderte zugleich aber die CDU und den Kanzler auf, der Regierungspolitik klare Konturen zu geben.

Der CSU-Vorsitzende zeigte sich dabei versöhnlich mit der CDU wie noch nie seit der Bildung dieser Koalition und meinte über den Kanzler, dessen Politik sei „durchaus richtig und gut, aber sie wird nicht so gut verkauft, wie das für einen politischen Erfolg nötig wäre". Daraus leitete er das ab, was er eine Grundforderung nannte: „Wir müssen den Leuten klarmachen, warum sie Union wählen müssen." Man müsse ihnen klarmachen, daß sie dies aus ihrem ureigensten Interesse und im Interesse um die Zukunft ihrer Kinder tun müssen.

Bedrückend sei, so Strauß, daß es zur Union keine akzeptable politische Alternative mehr gebe. Die heutige SPD sei regierungsunfähig, besonders unter ihrer Jugend mache sich der Abfall von den demokratischen Wertvorstellungen bemerkbar. „Deshalb würde eine Verdrängung der CDU/CSU, sei es durch eigene Saumseligkeit, durch eigene Versäumnisse, durch eigene Fehler, durch eigene Schwächen, durch eigene Fehlleistungen, nicht nur bedeuten, daß wir in die Opposition gehen, das würde bedeuten, daß eine säkulare Fehlentscheidung mit unübersehbaren Ausmaßen zum dritten Mal in diesem Jahrhundert unser Land einem unkalkulierbaren Risiko, wenn nicht gar einer unkalkulierbaren Katastrophe preisgeben würde."

Im Landesvorstand hatte Strauß mit spürbarer Befriedigung über sein Treffen mit Helmut Kohl berichtet. Der Kanzler sei sensibel für das Notwendige geworden.

In diesem Sinne formulierte auch CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel, der Wahlkampf 1987 sei ohne Strauß nicht zu gewinnen, das wisse heute auch die CDU.

Zum Artikel des Stuttgarter Sozialphilosophen Günter Rohrmoser eingehend, der einen Identitätsverlust der CDU beklagt und den Ausstieg der CSU aus der Koalition fordert, meinte Strauß, Rohrmoser sei ein brillanter Analytiker, aber ein schlechter Therapeut: „Gute und richtige Sätze, nur der Schlußfolgerung kann ich nicht folgen." Würde die CSU heute die Koalition verlassen, würde die Regierung zusammenbrechen.

Das Bekenntnis zur Koalitionstreue verband der CSU-Vorsitzende jedoch mit einer Reihe politischer Forderungen, deren Erfüllung er als unerläßlich für einen Wahlsieg betrachtet. Umweltschutz und Abbau der Arbeitslosigkeit seien die beiden vorrangigen Aufgaben. Bis zur Bundestagswahl müßten die Arbeitslosenzahlen reell auf unter zwei Millionen gesunken sein. Die Arbeitsverwaltungen müßten effizienter arbeiten und die Mehrzahl der echten von der Minderheit der unechten Arbeitslosen trennen.

Massiv will Strauß gegen die Außenpolitik der FDP auftreten. Für eine „neue Entspannungspolitik", die sich von den Amerikanern abwende, sei er nicht zu haben. Man habe nicht 13 Jahre gegen eine bestimmte Richtung gekämpft, um „dann unser Gedächtnis zu verlieren und zu sagen: Kontinuität auf allen Gebieten".

Auch in der Deutschland- und Ostpolitik forderte Strauß deutliche Konturen und eine klare Linie der Union. Der Eindruck, daß die Union hier zwei nicht miteinander vereinbare Meinungen vertrete, mindere ihre Glaubwürdigkeit. Hier müsse der „Muff der Doppeldeutigkeit" überwunden werden.

Lehrstellenmarkt zeigt „günstige" Entwicklung

DW. Bonn

Die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt ist von führenden Arbeitgebervertretern und Politikern als „wesentlich günstiger" als 1984 bezeichnet worden. Wie der parlamentarische Staatssekretär i.n Bildungsministerium, Anton Pfeifer (CDU), der Deutschen Presseagentur sagte, hätten die gemeldeten Ausbildungsplätze und die in Handel und Industrie abgeschlossenen Lehrverträge im Juni um drei bis vier Prozent höher als im gleichen Zeitraum 1984 gelegen. „Wir sind aber noch nicht über den Berg", sagte Pfeifer, der ebenso wie Arbeitgeberpräsident Otto Esser auf die Notwendigkeit größerer Flexibilität bei den Ausbildungswünschen und auf mehr Mobilität bei der Suche nach einer Lehrstelle verwies.

Während es in den Metallberufen mehr Plätze als Bewerber gebe, sei es in kaufmännisch-verwaltenden Berufen oder im Dienstleistungsbereich umgekehrt. Pfeifer appellierte an Jugendliche mit höherer schulischer Vorbildung, auch gewerblich-technische Berufe in Betracht zu ziehen.

Die soziale Lage hat sich nach Ansicht von Kanzleramts-Chef Wolfgang Schäuble unter der Regierung Kohl „deutlich verbessert". Schäuble stellte im Südwestfunk die niedrige Inflationsrate von derzeit 2,3 Prozent als „wahrscheinlich die wichtigste soziale Tat" der Regierung heraus. Die Bundesregierung untersuche derzeit intensiv die Struktur des Arbeitsmarktes. Darunter falle auch das Problem, daß in der Arbeitslosenstatistik Personen erfaßt seien, die sich in Wahrheit gar nicht ernsthaft um einen Arbeitsplatz bemühten.

Scargills Gewerkschaft spaltet sich

REINER GATERMANN, London

Der Bruch in der britischen Bergarbeitergewerkschaft (NUM) vollzog sich schneller als erwartet. Am Samstag beschloß die Delegiertenkonferenz des Nottinghamshire-Distriks mit 228:20 Stimmen, sich von der NUM zu trennen und eine eigene Gewerkschaft zu bilden. Damit geht die mit rund 28 000 Mitglieder zweitgrößte NUM-Region ihren eigenen Weg und wird versuchen, auch in anderen Grubendistrikten Fuß zu fassen.

Diese Splitterung schafft auch für den Gewerkschaftsbund TUC und die Labour Party Probleme, dagegen machten Sprecher der Nationalen Kohlebehörde (NCB) inoffiziell keinen Hehl aus ihrer Genugtuung über den nun offenen Bruch innerhalb der NUM. Ähnlich ist die Stimmung in Regierungskreisen, wo man darin in erster Linie einen weiteren Rückschlag für den streitbaren und kürzlich auf Lebenszeit in seinem Amt bestätigten NUM-Präsidenten Arthur Scargill sieht.

Der Auszug aus der NUM (Gesamtmitgliederzahl ca. 180 000) ist nach Ansicht des Nottinghamshire-Generalsekretärs Roy Lynk „unvermeidbar" gewesen, nachdem die Gewerkschaft in der vergangenen Woche auf ihrem Kongreß in Sheffield Satzungsänderungen beschloß, die die Macht der Führung erheblich auf Kosten der Regionen stärkte. In den nächsten Monaten werden weitere gemäßigte Regionen wie Süd-Derbyshire und Leicestershire sowie die Angestelltensektion innerhalb der NUM entscheiden, ob sie dem Nottinghamshire-Beispiel folgen werden.

„Skandal-Physikum" wird korrigiert

Unabhängige Kommission urteilt: Rund zehn Prozent der Fragen waren ungeeignet

DIETER THIERBACH, Bonn

Die Ergebnisse der jüngsten ärztlichen Vorprüfung, früher Physikum genannt, an der sich am 14. und 15. März insgesamt 5675 Medizinstudenten beteiligt hatten, sollen nun doch nachträglich korrigiert werden. Auf diese Vereinbarung verständigten sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer während einer „informellen Unterredung".

Das alljährliche Examen zum Abschluß der vorklinischen Semester war zu einem Debakel geworden. Statt rund 20 Prozent, wie in den Prüfungen zuvor, blieben 42,1 Prozent der Kandidaten, insgesamt 2388 Probanden auf der Strecke. Die höchste Durchfallquote verzeichnete die Medizinische Hochschule in Hannover mit fast 80 Prozent gescheiterter Studenten. Die Universitäten in Aachen, Bochum, Essen und Ulm meldeten 70 Prozent „Versager". Würzburg stand mit „nur" 22 Prozent Durchfallern mit am besten da.

Gescheitert waren die meisten der angehenden Ärzte am Teilgebiet Physiologie, wo im Durchschnitt nur 24 der insgesamt 60 Fragen richtig angekreuzt worden waren.

Eine unabhängige Expertenkommission, die nach massiven Protestaktionen und gezielten Vorlesungsboykotten gegen das „Skandal-Physikum" zur Überprüfung von Themen und Fragen eingesetzt worden war, hat jetzt 29 von den insgesamt 320 Fragen als ungeeignet bezeichnet und die Nachbesserung des Ergebnisses empfohlen. Eine Korrektur gilt damit als gesichert; die Zustimmung der Länder-Gesundheitsminister ist nur noch reine Formalität.

Die Prüfungs-Modalitäten liegen fest: 60 Prozent der Fragen müssen im umstrittenen Multiple-choice-Verfahren bearbeitet werden: Aus mehreren Antworten, die einer Frage zugeordnet sind, muß die richtige mit einem Kreuzchen versehen werden. Die Test-Idee war von den Vereinigten Staaten übernommen worden. Dort jedoch werden nur vorgetestete Fragen gestellt. Daß heißt, der Schwierigkeitsgrad einer jeden Frage ist den Prüfern vor dem eigentlichen Einsatz bekannt. Erst danach werden für den Haupttest die Fragen zusammengestellt, ohne bei ihrer Anwendung böse Überraschungen zu erleben.

Schon in den Vorjahren gaben die Kandidaten an, dem psychischen Streß nicht gewachsen zu sein. Hauptgrund: Für jede der 320 Fragen stehen ganze 90 Sekunden zur Beantwortung zur Verfügung. Als man „alte Hasen", langjährig praktizierende Mediziner, die Probe aufs Exempel machen ließ, war das Ergebnis bezeichnend. Um 160 Fragen nur durchzulesen und den Inhalt in sich aufzunehmen, benötigten sie allein zwei Stunden. Wie sie die Fragen beantworteten, wurde danach erst gar nicht bekanntgegeben.

Der jetzt zugestimmten „Nachbesserung" waren lange Diskussionsrunden vorausgegangen. Nachdem die März-Prüfungsergebnisse vorlagen, kam es bei den Landesregierungen zu unterschiedlichen Bewertungen: Aus Rheinland-Pfalz hieß es, daß „weder formelle noch materielle Gründe zu erkennen seien, die nachträglich ein Herabsenken der Bestehenshürde rechtfertigen könnten". Es gebe auch keine Anhaltspunkte dafür, daß die Prüfung nicht rechtens gewesen sei. Aus Berlin kam die Meldung, eine nachträgliche Umwertung der Ergebnisse durch ein Bonussystem sei undenkbar. Noch vor einem Monat hatte Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler den Medizinstudenten wenig Hoffnung auf einen „Gnadenakt" gemacht.

Erst als Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht den Staatsvertrag mit dem für die Aufstellung der Fragen zuständigen Mainzer „Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen" (IMPP), für Ende 1986 kündigte, kam Bewegung in die verhärteten Fronten. Weitere Befürworter meldeten sich aus Bayern zu Wort, wo seit langem das Multiple-Choice-Verfahren als ungeeignet für Prüfungen angesehen wird.

Vor vier Jahren, nach einem ähnlichen Prüfungsfiasko (56 Prozent der Studenten scheiterten) hatte es schon einmal geheißen, eine Nachbesserung sei undenkbar. Doch das IMPP und die für die Konzipierung der Fragen zuständigen Hochschullehrer waren von der Kritik darauf so stark bedrängt worden, daß nachträglich korrigiert wurde: Man machte allen Prüflingen 31 Punkte zum Geschenk.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neuerdings Schalmeien

Von Enno v. Loewenstern

Plötzlich hat sich der Ton geändert. Die „Prawda" berichtet geradezu sachlich über eine Pressekonferenz von US-Außenminister Shultz, um am Sonntag noch einmal über zur Begegnung Reagans mit Gorbatschow „unsere Völker und andere Länder" zu beruhigen, daß die Beziehungen zwischen UdSSR und USA nicht auf Feindschaft, sondern auf „Suche nach gegenseitigem Verständnis und einer friedlichen Entwicklung ausgerichtet sind."

Das, wie auch die Ankündigung der Begegnung selbst, wird den Völkern nach einer langanhaltenden Serie feindseliger Aussagen mitgeteilt; noch kurz zuvor hatte Gorbatschow in Dnjepropetrowsk die Möglichkeit eines Abbruchs in Genf angedeutet. Die Versuchung zu Spekulationen liegt umso näher, als die neuen Töne zusammenfallen mit der neuen Besetzung des sowjetischen Außenministeriums.

Schewardnadse also ein Mann des Friedens? Oder, vielmehr, Gorbatschow, der ihn berief? Man soll bekanntlich allem, was aus dem Osten (oder sonstwoher) kommt, ohne Vorurteile gegenübertreten; das gilt allerdings auch für übereilte Begeisterung. Ein guter Bolschewik ist flexibel in der Form, auch wenn er hart in der Sache ist. Selbst der finstere Gromyko konnte seine Haltung ändern; er war es, der erst den Abbruch der Genfer Gespräche und dann die Rückkehr nach Genf administriert hat.

Falls Moskaus Politik geändert werden soll, falls Gorbatschow tatsächlich Verständnis statt Feindschaft zeigen will, hat er genug Gelegenheit, dies über bloße Worte – und bloße Begegnungen – hinaus zu tun. Genf ist ein Bereich von vielen. Sacharow ist ein anderer; es würde dem gegenseitigen „Verständnis" nützen, wenn statt zweifelhafter Filme der Professor selbst in den Westen käme. Auch Afghanistan ist ein Thema. Die Pakistanis, denen Gorbatschow noch bei der Beerdigung Tschernenkos in grober Form drohte, berichten neuerdings von Fortschritten bei den „indirekten Gesprächen" über das besetzte Nachbarland. Ob das ein weiteres Indiz für eine neue Tendenz ist oder ein weiterer Teil eines Bluffs, wie gehabt – über all dies ist vorerst nichts gesichert außer der Tatsache, daß der Kreml seit zwei Tagen Poltern für unzweckmäßig hält.

Angst vor Methodius

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Weigerung der Prager Regierung, einer Reihe von katholischen Kardinälen – unter anderem dem Wiener Erzbischof König, aber auch dem Primas von Polen, Glemp – die Teilnahme an den Methodius-Feiern im mährischen Velehrad zu gestatten, entspricht nicht nur dem Dogmatismus und der Selbstisolierung, wie sie von den CSSR-Machthabern seit Jahren betrieben werden. Sie ist auch ein Barometer für die innenpolitische Druckverteilung in der Tschechoslowakei.

Weshalb brachte Prag nicht die innere Souverenität auf, einige katholische Kirchenfürsten, meist aus dem benachbarten Ausland, zu den Gedenkfeiern für den Slawenapostel zuzulassen? Die offizielle Erklärung, es handele sich um ein „innertschechoslowakisches Ereignis" ist absurd. Was immer man über den Heiligen Methodius, der ja aus dem griechischen Saloniki stammte, sagen mag – er war kein Tscheche und kein Slowake; er ist aber auch kein „Nationalheiliger", sondern wird von der ganzen slawischen Welt verehrt.

Prag wollte offenbar nicht, daß die Methodius-Feier „polnische Ausmaße" annimmt und daß die größte Manifestation tschechischer und slowakischer Katholiken seit 1945 vom Ausland aus der Nähe beobachtet wird. Der Vertreter des Vatikans, Kardinal Casaroli, wurde hineingelassen, aber er ist ein Diplomat und muß, schon im Interesse der komplizierten Verhandlungen mit der CSSR-Regierung, vieles für sich behalten. Die anderen Kardinäle hätten frei über ihre Eindrücke berichten können. Darum ging es.

Doch auch die Verhinderung einer Einreise kann, ohne daß die Urheber dies gewollt hätten, einige Einsichten vermitteln. Lange Zeit hieß es, die CSSR sei – schon auf Grund der böhmisch-tschechischen Tradition – ein laizistisches Land, in dem die Kirche keine Rolle spielen könne. Stimmt das etwa nicht mehr? Hat das kommunistische Regime und haben die Ereignisse seit 1968 der Kirche in Böhmen, Mähren und der Slowakei so viele neue Sympathien und Gläubige zugeführt, daß die Regierenden jetzt Angst haben, dies zu zeigen?

Mag sein, daß der Heilige Methodius hier 1100 Jahre nach seinem Tod ein Wunder vollbrachte.

Strauß verpflichtet sich

Von Peter Schmalz

Das klare Wort von Nürnberg mag wie eine Erlösung erscheinen: Niemals, so Franz Josef Strauß, habe er mit dem Gedanken gespielt, die Koalition zu verlassen. Der bayerische Löwe hat damit Unterstellungen zurückgewiesen, ist aber zugleich eine Verpflichtung eingegangen, die ihn eng an das Schicksal der Bonner Regierung knüpft und die er in dieser deutlichen Form bislang verweigerte.

Warum aber erst jetzt und nicht schon früher? Erstens: Strauß wäre nicht Strauß, hätte er angesichts der bayerischen Landtagswahl im nächsten Jahr nicht auch den Gedanken durchgespielt, der in seinen Augen lendenlahmen Koalition den Rücken zu kehren. Als Realist wurde ihm aber schnell klar: Ein Ausstieg aus dem Bonner Bündnis würde den Wählerstamm der CSU eher verunsichern denn mobilisieren.

Zweitens: Mittlerweile kommt ihm ein Bekenntnis für die Koalition leichter über die Lippen als noch vor wenigen Wochen. Der Bundeskanzler, das war der Eindruck von Strauß am Mittwoch, zeigt angesichts der Niederlage in Nordrhein-Westfalen Wirkung – und Strauß meint zu spüren, daß Kohl erstmals seit der Wende eine engere Bindung zu seinem „Männerfreund" sucht. Für Strauß bedeutet das, daß der Kanzler in den neunzehn Monaten bis zur Bundestagswahl den politischen Verstand und die nicht immer bequeme analytische Fähigkeit des CSU-Vorsitzenden mehr als bisher beachten wird.

Dazu gehört, was Strauß deutlich genug anmahnte: Daß die Union den Wahlkampf gegen die SPD und nicht gegen sich selbst zu führen hat. Wenn dies in die Praxis umgesetzt wird, könnte der aufkeimende Optimismus der SPD angesichts des eigenen desolaten Zustands wieder verdampfen.

Aber Strauß fordert auch eine deutliche Abgrenzung zu einer FDP, die sich neuerdings der Kontinuität aus sozial-liberaler Zeit brüstet. Für den Kanzler könnte es sich als Fehler erweisen, daß er bei den Koalitionsverhandlungen die Außenpolitik ausklammerte. Der erstarkte Bayer ließ in Nürnberg keinen Zweifel, daß noch im Herbst die Klärung erfolgen muß, daß kein Spielraum für ein neues separates Techtelmechtel mit Genscher bleibt.



ZEICHNUNG: MIKE KEEFE/THE DENVER POST

Das Saar-Theater

Von Joachim Neander

Es könnte sein, daß die Bundesregierung in zwei Jahren ein Wahlkampfargument in der Hand hat, mit dem sie nicht rechnete: das Saarland als warnendes Beispiel für eine Wende auf sozialdemokratisch.

Niemand hat Oskar Lafontaine um sein Amt als neuer Regierungschef in Saarbrücken beneidet. Daß das Unternehmen Arbed-Saarstahl, von dessen Schicksal im Saarland mittelbar mehr als hunderttausend Menschen abhängen, immer noch nicht aus eigener Kraft leben kann, war vorauszusehen. Doch hätten selbst Lafontaines Gegner von ihm etwas mehr Statur, Linie und Gelassenheit erwartet. Stattdessen hat er, manchmal im Wechsel von Tag zu Tag, gedroht – den Bankrott angekündigt – Solidarität beschworen – um Hilfe gebeten – den Bundeskanzler und den Stahlindustriellen Korff mit angeblichen Zusagen zitiert, um sich von beiden in peinlicher Weise korrigieren lassen zu müssen.

Nun steht er da, alle seine Trümpfe scheinen ausgereizt, Bonn muß helfen. Auf ihm lastet auch noch der Druck der IG Metall, die ihn an seine absurde Forderung von einst erinnert, das Unternehmen zu verstaatlichen.

Auch Lafontaines politischer Entlastungsangriff, die „Aufhebung des Radikalenbeschlusses" (als könne einer einen Beschluß aufheben, an dem er gar nicht beteiligt war), hat ihm wenig Ruhm außerhalb Moskaus eingebracht. Nicht ohne Ironie beglückwünschen ihn inzwischen andere SPD-Länder zu etwas, das bei ihnen „längst praktiziert" werde. Man lüftet die Masken, der Effekthascher ist blamiert.

Dennoch mag man Oskar Lafontaine in seiner Lage das Mitgefühl zubilligen, das auch seinen Vorgänger im Amt begleitete, wenn man von der SPD einmal absieht. Die Bundesregierung sollte sich von Oskars „Zauberei" zwar nicht verrückt machen lassen, dem Saarland deswegen aber auch nicht die kalte Schulter zeigen.

Anders steht es mit dem zweiten Star des Kabinetts Lafontaine, Umweltminister Josef Leinen. Selbst im bürgerlichen Lager waren viele gespannt darauf, wie sich der einstige Bürgerschreck – die Tortenspuren der Wahlnacht einmal aus dem Gesicht gewischt – in Amt, Würden und Verantwortung für eine Sache und ein Ressort ausnehmen würde.

So groß die Erwartungen, so groß bisher die Enttäuschung. Leinens kühne Ankündigung, das ganze Saarland zur atomwaffenfreien Zone zu erklären, wirft nicht nur die Frage seiner Zuständigkeit auf; er scheint wirklich nicht zu wissen, daß die meisten Bürger unter „Atomwaffenfreiheit" zu allererst verstehen, nicht das Ziel von Atomraketen zu werden.

Bedeutsamer ist die Sache mit Leinens Immunität. Daß die SPD die Geschlossenheit ihrer schmalen Landtagsmehrheit strapaziert hat, um erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die von einem ordentlichen Gericht beantragte Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten (in einer anderen als einer Beleidigungssache) zu verweigern, wird sie noch bereuen, wenn sie diese Geschlossenheit für würdigere Zwecke braucht.

Die Begründung – das Demonstrationsstrafrecht sei „politisch sowieso in Bewegung" – ist beinahe abenteuerlich. Soll sich ein Politiker, der betrunken einen Verkehrsunfall verursacht, zur Wahrung seiner Immunität darauf berufen, daß die Diskussion über die Promillegrenze zur Zeit im Fluß sei?

Außerdem werden hier offensichtlich Immunität (sie schützt nicht den Einzelnen, sondern das Parlament vor Behinderung seiner Arbeit) und Indemnität (sie schützt die politische Rede- u. Abstimmungsfreiheit des einzelnen Abgeordneten) miteinander verwechselt. Die Immunität, so kann man in jeder Geschichte des Parlamentarismus nachlesen, verteidigt das Parlament gegen Übergriffe der Regierung. Daß jetzt ausgerechnet ein Mitglied der Regierung sich vor einem normalen, rechtsstaatlich nicht anzweifelbaren Gerichtsverfahren hinter seinem Parlamentsmandat versteckt, gehört ins Kuriositätenkabinett der Zeitgeschichte.



Nicht nur gegen Torten immun: Leinen FOTO: DPA

Erstaunlich daran ist nicht nur die Bereitwilligkeit einer in ihrer Geschichte dem Recht verpflichteten Partei, dabei mitzutun, sondern auch der offenkundige Mangel an Intelligenz. Jeder weiß, daß die SPD, will sie die Macht in Bonn zurückhaben, viele Stimmen aus dem bürgerlichen Lager braucht. Wählerwerbung durch gezielten Mißbrauch einer Rechtstradition? Was für ein Bild von der Realität machen sich diese Leute?

Wer nach den Gründen fragt, stößt auf ein höchst merkwürdiges Phänomen, das noch einer gründlichen Untersuchung bedarf: Die Linke scheint sich jenem Personenkult zuzuwenden, den sie jahrzehntelang dem politischen Gegner vorzuwerfen pflegte.

Willy Brandt, Oskar Lafontaine, Josef Leinen, in Bremen neuerdings ein Mann wie der Sozialsenator Henning Scherf, der sich öffentlich aus der Loyalität gegen seinen Senat davon stiehlt, dem Regierungschef öffentlich über den Mund fährt und gleichwohl von breiten Kreisen seiner Partei auf den Schild gehoben wird – überall Einzelne, denen man um ihrer persönlichen Ausstrahlung und Wirkung willen mehr nachsieht als anderen. „Hoffnungsträger" verdrängen Prinzipien und Programme. Dazu paßt der fast hymnische Tonfall, in dem die Linke neuerdings auch ihre großen alten Männer als Denkmäler der vergeblichen Hoffnung feiert. Machen also doch Männer die Geschichte? Ganz nebenbei: Es ist keine Frau darunter.

Derweil wetteifern die Bürgerlichen bei der Demontage ihrer Anführer. Für die Sozialdemokraten dennoch keine erfreuliche Entwicklung. Ein Mann wie der Kanzlerkandidat Johannes Rau wird sich vorsehen müssen, daß er sich ihr im kommenden Wahlkampf nicht ausliefert.

IM GESPRÄCH Joachim Rogge

Ein Stück Preußen

Von Hans-Rüdiger Karutz

Um die Jahrhundertwende wäre er wohl Hofprediger geworden, und wie ein preußischer Staatsbeamter schaut er aus: Joachim Rogge, promovierter Theologe und zum Bischof der Görlitzer Kirche gewählt – dem kirchlichen Rest von Schlesien auf dem Boden der heutigen „DDR". Im vierten Wahlgang wurde der Mann, der wie nur wenige seinesgleichen die Bedeutung des Protestantismus in der Geschichte Deutschlands kennt, zum Oberhaupt von 200 000 Christen bestimmt. Görlitz bildet das kleinste Territorium unter den acht mitteldeutschen Landeskirchen.

Joachim Rogge, der Ur-Berliner aus Halberstadt, folgt einem wortmächtigen Prediger in Bischof Hanns-Joachim Wollstadt, der sich wegen angegriffener Gesundheit zurückzieht. Rogge traut man Bildung wie Stärke reichlich zu, um sich eines Tages mit einem Vorgänger wie Bischof Hans-Joachim Fränkel messen zu können – einer der eindrucksvollsten Kirchenpersönlichkeiten der schwierigen siebziger Jahre. Fränkel verbringt seinen Ruhestand in der Bundesrepublik.

Das jüngste der „DDR"-Kirchenoberhäupter, wenngleich mit 55 nicht dem Alter nach, gehört seit geraumer Zeit zu den einflußreichsten Köpfen der Evangelischen Kirche in der „DDR". Dies brachte seine bisherige Aufgabe mit sich. Er war Leiter der Kirchenkanzlei der „Evangelischen Kirche der Union"; zum Bereich dieser Kanzlei gehören der Ostteil von Berlin-Brandenburg, Greifswald, die Kirchenprovinz Sachsen, Anhalt und eben Görlitz.

Aber die EKU ist größer, sie versteht sich noch immer – seit 1817 bis heute in den Umrissen des alten Preußen wirksam – als eine Klammer zwischen beiden Teilen Deutschlands. Auf westlicher Seite gehören das Rheinland, Westfalen und der West-Teil von Berlin-Brandenburg zur EKU. Die Synoden beider Teil-Kirchen haben sich, anders als die Lutheraner in Ost und West, auch formal nie gegenseitig aus ihren Bindungen „freigegeben". So befand sich unter Rogges ständigen Partnern der Leiter der West-Kirchenkanzlei der EKU, Peter Kraske – ein enger Freund des heutigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Manches auf dem geheimen „Markt der Möglichkeiten" zwischen Ost und West im deutschen Kirchenbereich lief über Joachim Rogge. Sein Engagement für die Herrichtung des architektonisch gewiß überflüssigen wilhelminischen Doms im Herzen Ost-Berlins vis-à-vis der staatlichen Trutzburg des „Palastes der Rupublik" läßt sich hier einordnen.



Zum neuen Bischof in Görlitz gewählt: Rogge FOTO: JÜRGENS

Rogge ist ein Kirchenmann, der herzhaft lachen kann. Man begegnet seiner Fröhlichkeit auf Kirchentagen oder in Archiven, wo er nach Material für seine bislang 262 historischen Texte stöbert. Seine Luther-Biographie entwickelte sich 1983 zum schnell vergriffenen Bestseller, sie wurde zur „Bück-Ware" (unter dem Ladentisch).

Er gehört zu jenen im mitteldeutschen Raum, die – wie Bischof Gottfried Forck in Ost-Berlin – noch in den fünfziger Jahren das ganze Berlin und die Anfänge der Trennung erlebten. Rogge begann sein Studium in West-, nicht in Ost-Berlin. Seine Art ist preußisch, aber nicht im Sinne des SED-Verständnisses. Ein Traditionalist im besten Sinne des Wortes. Einer, der, ganz altmodisch, noch von der „Leuchtkraft des Evangeliums" redet. Nach seiner Wahl sprach Rogge sein Credo: Weder „ungute, glatte Assimilation" noch „schwierige und unqualifizierte Konfrontation" sei das Thema der Christen drüben. Zu den Fragen von Anpassung und Widerstand wird der neue Mann im Bischofsornat Antworten geben müssen – und können.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zur Kontroverse um Führungsfähigkeiten von Kohl meinen sie

Es kann fast als sicher gelten, daß Helmut Kohl bis zur nächsten Bundestagswahl Kanzler bleibt. Wenn aber der Mann an der Spitze schwach ist, schwächt er damit auch das Ansehen seiner Regierung und seiner Partei, die dafür vom Wähler die Quittung bekommt. Bei knappen oder schlechten Wahlergebnissen aber wird die Neigung der Regierung weiter wachsen, eine Kompromiß- und Gefälligkeitspolitik zu betreiben. Eine solche Entwicklung würde um so mehr in die Frage münden: Warum dann noch CDU wählen?

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung untersucht die Beziehung zwischen Swing-Erhöhung und Asylanten-Bremse:

Nun erfährt man von einem Tauschhandel, wie er zwar im harten Geschäft der Politik üblich ist, der aber doch durch seinen platten Pragmatismus verblüfft. Zwei Problemkreise werden einfach zusammengeschoben, so daß sie sich fortan durchdringen. Das ist keine gute Lösung, weil das Prinzip von Leistung und Gegenleistung dadurch ausgehöhlt wird. Gegen eine Erhöhung des Swings wäre nichts einzuwenden. Da der Wert an sich der DDR-Regierung einen Mehrwert bringt, ist von dort auch Wohlwollen zu verlangen. Dafür gibt es ein weites Feld, was man menschliche Erleichterung nennt. Doch kann es eigentlich nicht darin bestehen, daß nur unterlassen wird, was sich bei gutnachbarlichen Beziehungen ohnehin nicht gehört.

Rhein-Zeitung

Die Koblenzer Zeitung beurteilt die Führungsfrage der SPD:

Wahlsieger Johannes Rau wird der Kanzlerkandidat sein, auch wenn Hans-Jochen Vogel sich als Meister im Entrüsten und Verdrängen erwiesen hat. „Bruder Johannes", der Wuppertaler Predigersohn, der aus Heinemanns gesamtdeutscher Volkspartei kam, soll als Mann des Ausgleichs und der gefühlvollen Rhetorik die von Brandt neu entdeckte bürgerliche Mitte erobern. Von dort reicht die Bandbreite dann über die Eppler-Schwärmer bis zu dem von Moskau gelobten Lafontaine (raus aus der NATO, rein mit Extremisten in den öffentlichen Dienst). Die Suche nach dem neuen Godesberg soll 26 Jahre nach Wehners Durchbruch zunächst Weile haben. Nur keinen Grundsatzstreit vor der Wahl, heißt die Devise. Will die SPD also wirklich über den Wahltag hinaus offen lassen, zu welchen Ufern sie aufzubrechen gedenkt?

Einige Fortschritte in Nordelbien

Aber man entschloß sich nicht zur Aussage: „Das gilt in der Kirche" / Von Michael Jach

Was passiert, wenn einer, weil es brennt, den Feuermelder betätigt? Die Wehr wird anrücken und retten, was zu retten ist. Normalerweise. Was wäre aber, wenn die Feuerwehr zugleich den Brandmelder rügte, weil die laute Warnung den Gemeindefrieden beeinträchtigt habe und weil er durch seinen Alarm mitgezündelt habe?

Bei der Feuerwehr hielte man das für ein sonderbares Verhalten; bei den Protestanten stellen manche Bischöfe und Synodenmehrheiten sich so die angemessene Eingreiftaktik vor, wenn die Kirche den roten Hahn auf dem Turm hat. Auch in Rendsburg, auf Nordelbiens Sondersynode, schwenkten sie den Löschschlauch erst einmal mustergültig „ausgewogen" von Brandmelder auf Brandstifter und wieder zurück. Dazwischen lagert breit und trocken „der Konsens".

Da rückte der Hamburger Bischof Peter Krusche – kaum daß er den „Friedenspfarrern" Ungehorsam gegen die Kirchenordnung und Gewissensnötigung gegen Christen anderer politischer Überzeugung vorgehalten hatte – die Bekennende Gemeinschaft in die Nähe eines „bürgerlichen Gelegenheits-Christentums", das die Evangelische Kirche nur noch als religiösen Dienstleistungsbetrieb ansehe. Da wurden jene elf protestantischen Persönlichkeiten, die im Frühjahr mit ihrem „Aufruf an unsere Bischöfe" die Kirchenleitung zur Besinnung auf ihre Verantwortung gebracht hatten, beschuldigt, „voreilig" sich „einer bestimmten Presse" bedient und damit „Druck von außen" erzeugt zu haben.

Indes: Die Synode folgte dem simplen Links-rechts-Strickmuster nicht angesichts einer bekennenden „Gruppierung", die in Argument und Verhalten davon überzeugte, daß es ihr – nicht anders als den zu ungewohnter Entschiedenheit ansetzenden Bischöfen – allein um den „Ruf zur geistlichen Mitte" der Kirche zu tun ist: Zur unverkürzten biblischen Botschaft und dem entsprechenden evangelisch-lutherischen Bekenntnis.

Die Bischöfe haben das insgeheim längst begriffen, auch wenn sie es nicht zugeben mochten. Ihre Synodenvorlage „Was gilt in der Kirche?", von Nordelbiens Kirchenparlament hernach nur unwesentlich verändert und verabschiedet, liest sich seitenlang so, als hätte Pastor Jens Motschmann sie verfaßt. Dabei war vielfach erwartet worden, nach dem Getümmel der Vormonate werde in Rendsburg nur ein Hornberger Schießen veranstaltet werden. Am Samstag mittag erklärte die Bekennende Gemeinschaft, sie sehe sich in Arbeitskreisen der Synode so genau verstanden, daß sie die Bischofsvorlage gutheiße. Die Kirchenleitung staunte: Das sind ja gar nicht unsere Gegner . . .

Kommt nun der große Kirchenfriede? Eine Stunde vor Schluß der Tagung warf eine Synodale die Frage ein, ob der umfängliche Beschlußtext nun, da man doch mit Verbindlichkeit entschieden habe, nicht mit „Das gilt in der Kirche" zu überschreiben sei.

Die Synodale versteht sich auf Semantik. Daher war ihr etwas aufgefallen. Tatsächlich nämlich tragen die Erkenntnisse und Bekenntnisse der Synode zum Recht der Verkündigung des Evangeliums und zum Recht der Kirchenordnung immer noch manch typisches Merkmal eines Formelkompromisses. Unvereinbares an Deutungen und Richtungen scheint verbal „vereinbart". Explosivstoff wird gekühlt, nicht aber entschärft. Eine Überschrift, die nicht offenläßt, „was" gilt, sondern die sagt, „das" gilt, hätte nicht alle Auslegungsprobleme beseitigt, aber einige zusätzliche Klarheit geschaffen. Und sei es nur die, daß etwas gilt. Die Bekennenden lenkten ein, um ihren guten Willen angesichts einiger guter Ergebnisse zu zeigen, nicht, weil jedes Jein-Jein behoben wäre.

Nur eine Gefechtspause also im Richtungsstreit? Da bedarf – unter anderem – die „relativ christlichere Friedenstheologie" jener sechzehn Hamburger Theologen in Ausführung der Synodenbeschlüsse nach wie vor unzweideutiger kirchenleitender Zurückweisung, weil sie politisch Andersdenkende vor Gott ins Unrecht zu setzen sich anmaßt. Ruhe wird ohnedies nicht zu haben sein, wo hinter (politischen) Zuspitzungen des Tages sich in der tiefsten Ursachenschicht die theologische Wahrheit in Frage stellt. Dieses zu entscheiden, sind der Kirche der Reformation Grenzen gezogen: Sofern nicht Gott geleugnet oder verächtlich gemacht wird, kann sie dem göttlichen Gericht nicht vorgreifen. Aber damit ist dem kirchenleitenden Amt keine wohlfeile Ausrede fürs Nichtstun verschafft. In Nordelbien scheint man das nun doch allmählich zu begreifen; die gänzlich unlutherische Sprach- und Autoritätslosigkeit zumal der Beschöfe wird wenigstens nicht mehr als unvermeidlich hingenommen, dank des „Aufrufs der Elf" und der nachfolgend gegründeten „Bekennenden Gemeinschaft".

Deren Auftrag indes ist damit nicht erfüllt. Denn noch ist keineswegs auszuschließen, daß es unter Berufung auf „Rendsburg" in Nordelbien weitergehen könnte wie gehabt: mit Halleluja und Posaunen zum ökopazifistischen Himmelreich auf Erden.

Friedrich Zimmermann – ein grüner Europäer und ein konservativer Bayer

Erwartet hatten viele einen zackigen Polizeiminister; doch es kam ein engagierter Umweltminister, der hart und mutig für reine Luft und sauberes Wasser kämpfte. Friedrich Zimmermann – fast drei Jahre Innenminister – hat nicht nur seine Parteifreunde überrascht.

Von MANFRED SCHELL

An Menschen wie mir scheiden sich halt die Geister." Das Unabänderliche, das in diesem Urteil liegt, stört Friedrich Zimmermann nicht. Es entspringt vielmehr der kühlen Analyse seines Wesens, seiner politischen Situation. So war es schon immer. Und da Zimmermann, der am 18. Juli seinen 60. Geburtstag feiern wird, keine Anstalten macht, beizugeben, wird es wohl auch so bleiben.

Er ist ein politischer Kämpfer, konsequent, mit großer Härte gegenüber Gegnern und zeitweilen verletzender Distanz zu Parteifreunden. „Wer Everybody's Darling sein möchte ist schnell Everybody's Depp."

Das ist seine Meinung. Aber exakt, wie er ist, verweist Zimmermann darauf, daß die Urheberschaft für diesen Satz bei Franz Josef Strauß liegt.

Friedrich Zimmermann ist nunmehr bald drei Jahre Bundesinnenminister. „Der einzige Grüne von Europa – ein konservativer Bayer." O. W. Fischer hat ihm in einem Brief dieses Lob gezollt. Marion Gräfin Dönhoff schrieb Zimmermann im letzten Dezember, sie möchte ihm „auch einmal sagen, wie sehr ich Ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Umwelt bewundere und dankbar bin für Ihr ständiges Mahnen".

Hinter dieser Anerkennung schimmert Überraschung auf. Sie führt auf die Frage zurück: Wer hätte Zimmermann im Oktober 1982 zugetraut, daß er dem Klischee vom „zackigen Polizeiminister" (zumindest im öffentlichen Bewußtsein) nicht folgen und stattdessen der Umweltminister sein würde? Diese unvermutete Weichenstellung zu Beginn seiner Amtszeit spricht für seine analytische Gabe.

Was die Gewährleistung der inneren Sicherheit belangte, so hatte Zimmermann keinen „Nachholbedarf" – jeder wußte, daß er auf diesem Feld mehr wollte, was ihm freilich der kleinere Koalitionspartner FDP lange Zeit unmöglich machte.

Stattdessen stürzte er sich vehement auf den Umweltschutz. Er boxte neue Richtlinien für die Reinhaltung der Luft und gegen vielfache Widerstände auch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung durch. Der Druck, der von der öffentlichen Diskussion über das rapid voranschreitende Waldsterben ausging, beflügelte Zimmermann, die Diskussion über eine Reduzierung der Autoabgase europaweit anzustoßen. Seine Forderung, die „schärfsten Werte in den technisch kürzesten Fristen" zu erlassen, erschien den Briten, Franzosen und Italienern maßlos.

Die Grünen, so sagte Zimmermann in dieser Diskussion einmal, seien seine entschiedensten Unterstützer. Der Bundesinnenminister hat nicht das hochgesteckte Ziel erreicht. Aber er hat auf der EG-Ebene hoch gepokert und den Durchbruch geschafft: Nach 21 Stunden harter Verhandlungen in Luxemburg stand schließlich der Kompromiß: Europaweit werden, Katalysator hin oder her, die Auto-Schadstoffe um 50 bis 60 Prozent reduziert. Zimmermann: „Ein entscheidender Etappensieg." Noch im Flugzeug formulierte er seine Regierungserklärung.

Die SPD und die Grünen attackierten ihn im Parlament überschäumend. Zimmermann hatte, außerhalb des Parlaments, nur ein Wort für sie übrig: „Neidhammel". Es gab Kritiker, auch aus den eigenen Reihen, die meinten, Zimmermann hätte auf EG-Ebene die „Stilfragen" stärker beachten müssen. Ihnen hielt er entgegen, es gehe nicht um Stilfragen, sondern, wenn er den Briten ins Auge schaue, nur um „nackte wirtschaftliche Interessen".

Aus den Nachtsitzungen der EG hat sich, was bei dem mißtrauischen Zimmermann einiges heißt, eine „Vertrauensbasis" zum FDP-Vorsitzenden, Bundeswirtschaftsminister Bangemann gebildet. Erfolg hatte der Bundesinnenminister schließlich auch auf anderen schwierigen Gebieten: In der Diskussion, Volkszählung ohne oder nur mit Zustimmung der Sozialdemokraten, hat sich seine Haltung durchgesetzt. Die Volkszählung ist für den 20. Mai 1987 vorgesehen. Die SPD hat dies nach langem Zögern befürwortet. Damit hat der Minister die „Doppelstrategie", wie er formuliert, der SPD auf diesem Gebiet zunichte gemacht. Die Ministerpräsidenten und Oberbürgermeister der SPD hätten die Volkszählung gefordert, die SPD-Bundestagsfraktion aber abgelehnt.

In der Frage des Demonstrationsstrafrechts ist nach einem quälenden Hin und Her mit der FDP ein Kompromiß erzielt worden, von dem Zimmermann sagt, daß er auch für ihn zufriedenstellend ist. Der Bundesrat, einschließlich der bayerischen Staatsregierung, hat der neuen Gesetzesvereinbarung zugestimmt.

Mit der FDP ist abgesprochen, daß auch der fälschungssichere und maschinenlesbare Ausweis kommen soll. Über dieses, vom politischen Gewicht her an sich lächerliche Thema, haben CDU/CSU und FDP viele Monate gestritten. In der Filmförderung hat Zimmermann neue „Qualitätskriterien" eingeführt, aber auch die Prämien erhöht.

Das Verhältnis zur FDP ist, soweit es Zimmermann betrifft, angespannt. Konkreter gesagt: zu den FDP-Abgeordneten Hirsch und Baum. Wenn man den Bundesinnenminister danach befragt, dann antwortet er, daß dies „nicht sein Problem" sei, sondern „das der FDP". Beide, Baum, noch mehr aber Hirsch, stünden in Opposition zu ihm – aus „welchen Gründen auch immer": „Totalverweigerer". Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Torsten Wolfgramm, hatte die beiden „Lager" vermittelnd zusammenbringen wollen. An seiner Bereitschaft, so Zimmermann, sei dieses Ansinnen nicht gescheitert.

Ein „offenes Thema" ist noch die Ausländerpolitik. Hier hat Bundeskanzler Kohl vor der Unionsfraktion den Fahrplan vorgegeben: Nach seiner Türkei-Reise werde er mit Zimmermann und der FDP ein Gespräch führen. Dann werde ein Regierungsentwurf vorgelegt. Zimmermann sieht Übereinstimmung in der „Zielsetzung". Er kennt die verschiedenen Interessen, aber er weiß auch, daß der Bundeskanzler alle unter einen „Hut" bringen muß. Probleme sieht er deshalb nicht voraus.

Von der Ausländerpolitik und von Datenschutzregelungen abgesehen hat der Bundesinnenminister also seine „Hausaufgaben" für diese Legislaturperiode erbracht. Pannen gab es nicht, die ihm anzulasten wären. Im Gegenteil: Zimmermann hatte Glück – das ihm unterstellte Bundeskriminalamt war in der Terroristenbekämpfung erfolgreich.

Das Treffen zwischen Kohl und Zimmermann, das nach der Urlaubszeit vorgesehen ist, könnte auch helfen, das gestörte Verhältnis zwischen beiden wieder in Ordnung zu bringen. Zimmermann hatte nach der für die Union schiefgegangenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gesagt, er hätte sich gewünscht, wenn der Kanzler in dem einen oder anderen Fall früher eingegriffen hätte. Entscheidungen müßten den Eindruck vermitteln, „daß Führung vorhanden ist". Kohl hat Zimmermann damals nicht zu sich bestellt, aber die Mitarbeiter des Kanzlers sprechen von einer „Belastung".

Zimmermann wehrte sich gegen die Interpretation, er habe Kohl angegriffen. Er verweist auf ein WELT-Interview, erschienen am 25. Juli 1984, in dem er sich, zu Kohl, so geäußert hat: Es gebe Fälle, „wo wir nicht der gleichen Meinung gewesen sind oder wo ich glaubte, daß rascher hätte gehandelt werden müssen". Aber das seien „ganz normale Vorgänge". Der Bundeskanzler habe „eben das Ganze zu sehen". Auch mit Franz Josef Strauß habe er Auseinandersetzungen gehabt. Das ist richtig:

Zum Beispiel, als innerhalb der CSU diskutiert wurde, ob es nach der Wende sofort Neuwahlen geben sollte oder nicht. Strauß war dafür, Zimmermann und Kohl dagegen. Zimmermann ging von der „Erkenntnis der Realitäten" aus, daß die FDP einen solchen Schritt, der ihrem politischen Tod gleichgekommen wäre, nicht mitmachen würde. Ob das Verhältnis zwischen Zimmermann und Kohl anhaltend gestört ist, vermag niemand zu sagen, allenfalls der Kanzler selbst, und der schweigt. Beide verbinden viele Jahre des Zusammenwirkens, auf verschiedenen Ebenen.



Der Innenminister und der Bundeskanzler: Übereinstimmung in der „Zielsetzung". FOTO: AP

Kohl und Zimmermann saßen in den Gründungsgremien des ZDF. 1970 hat es Zimmermann bewirkt, daß der damalige Ministerpräsident Kohl vor der CDU-Landesgruppe zu deren Klausurtagung in Deidesheim eingeladen wurde. Zimmermann hält sich zugute, daß er seine Meinung offen heraussagt, sich an den politischen Hackereien nicht beteiligt. Insofern ist er, das stimmt, ein atypischer Politiker.

Eine eventuelle Kabinettsumbildung, über die in Bonn schon spekuliert wird und über die der Kanzler mit Vertrauten nachgedacht hat, braucht Zimmermann nicht zu fürchten. Er steht schon aufgrund seines politischen Erfolges nicht zur Disposition. Im Grunde genommen ist – neben der Finanzpolitik – auf seinem weiten politischen Spektrum die Wende am sichtbarsten geworden. Aber ein Teil seines Erfolges wird in den eigenen Reihen negiert, allein aus dem Grund, weil er den „einfachen" Abgeordneten das Gefühl des Nichtbeachtetwerdens gibt.

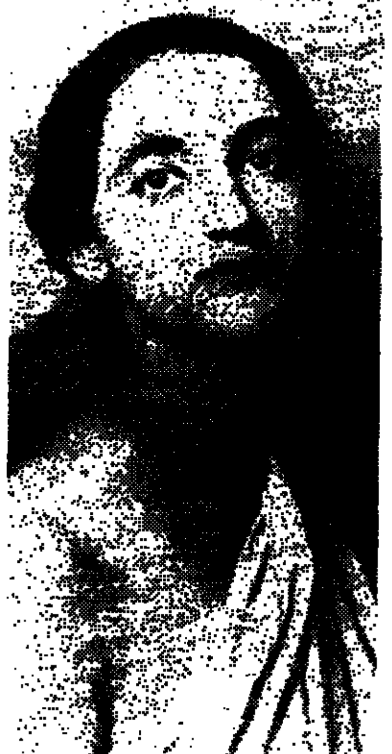
Zimmermann hält Distanz, andererseits öffnet er sich spontan, wenn jemand auf ihn zugeht. Er kann zynisch und kalt sein und seinem Gegenüber in verletzender Offenheit ins Gesicht sagen, daß er ihn für einen Dummkopf hält.

Freunde haben ihn andererseits als einen aufmerksamen Gastgeber, als charmanten Unterhalter kennengelernt. Zum Beispiel, wenn er mit ihnen in seinem Jagdhaus im Salzburger Land zusammensitzt, wo er – wenn er alleine ist – Speck brät, Futterkrippen repariert und auf Gemsen ansitzt. Er kann auch ein geselliger Mensch sein. Wer würde ihm schon zutrauen, daß er vor Mitgliedern des ZDF-Fernsehrates das Mundartstück „Die Heilige Nacht" von Ludwig Thoma rezitiert hat? Zimmermann verblüfft seine Umgebung durch Unerwartetes.

Seit 1957 wählen ihn die Landshuter in den Deutschen Bundestag, obwohl Zimmermann aus München kommt. Die CSU als Partei hat ihn immer mehr geachtet, ja gefürchtet, als geliebt. Ein Wort, das Zimmermann selbst niemals in der Politik gelten lassen würde.

Strauß hatte die Idee, die CSU zu einer modernen, konfessionsüberschreitenden Partei zu gestalten. Fiedrich Zimmermann war es, der als Generalsekretär von 1956 bis 1963 Bayern mit CSU-Kreisgeschäftsstellen überzog, den zentralen Apparat effizient gruppierte und den „Bayern-Kurier" zum politischen Sprachrohr machte. Es gab zwischen ihm und Strauß mancherlei Auseinandersetzungen. Manche davon dürften beide nicht vergessen haben. Aber letztendlich wußte Zimmermann immer, an welcher Seite er zu stehen hatte.

Zum 85. Geburtstag feiert Hamburg „seine" Ida Ehre



Ida Ehre: als 18jährige in Schlesien FOTO: KEYSTONE

Von WALTER DEPPISCH

Ein Mensch feiert seinen 85. Geburtstag. Er teilt sein biblisches Alter mit vielen anderen Menschen heutzutage. Es ist kaum noch etwas Besonderes. Aber dieser Mensch, der morgen 85 wird, ist eine Schauspielerin. Und das ist selten, die Bühne entläßt ihre Kinder meistens schon früher. Doch diese Schauspielerin, von der die Rede ist, steht immer noch auf den Brettern ihres eigenen Theaters, das sie seit 40 Jahren leitet und mit dem sie gleich nach dem Krieg so deutliche Signale setzte. Das ist erstaunlich, außerordentlich: Es ist Ida Ehre, die kluge, mutige, engagierte Chefin der Hamburger Kammerspiele.

Ida Ehre feiert, aber vor allem sie wird gefeiert. Es wird vermutlich, von ihrer Seite aus, wieder ein bißchen Genanz im Spiel sein, eine hübsche kleine Verlegenheit, die sie nicht wie einen Text zu lernen braucht, und die ihr für den Anflug eines Augenblicks einen Jungmädchencharme ins Gesicht zaubert. Aber danach wird ihr's recht sein, wie's kommt und von außen her geplant ist. Und sie wird einen Tag lang genießen, was ihr zugedacht ist, und es wird bestimmt nicht wenig sein. Denn diese erstaunliche Ida Ehre ist eine „Institution" voll prallen Lebens.

Hamburg wird seine „Neuberin", seine „Mutter Courage", seine „Alster-Duse" (so nannte Gustaf Gründgens sie einst mit bewundernder Despektierlichkeit, die als hohes Lob verstanden werden wollte) nach Gebühr feiern, in welcher Form immer. Denn dies bleibt ihr, das Gefeiertwerden, nachdem ihr schon alle äußeren Ehrungen zuteil geworden sind – das Bundesverdienstkreuz, der Professorentitel, die Medaille für Kunst und Wissenschaft der Hansestadt Hamburg und zuletzt, im Juni dieses Jahres anläßlich ihres 65jährigen Bühnenjubiläums, die Ehrenbürgerschaft dieser Stadt, die mit der Verleihung dieser Auszeichnung wohltuend geizt und sich dabei bisher ausschließlich auf das Gebiet der Politik beschränkt hat. Ida Ehre war die erste Frau, die mit Zuerkennung der Ehrenbürgerwürde die Falange der Männer durchbrach und damit auch die Weichen ins geistige Territorium der Kultur umlegte.

Es ließen sich leicht die Stationen ihres Lebensgangs herzählen – von Prerau im Mährischen, wo sie als Tochter eines jüdischen Oberkantors zur Welt kam, bis in unsere Tage, bis hin zu diesem einen Tag, in dem sich die Wege aus Glanz und Furcht, aus Gefährdung und Triumph, aus Verzagen und Überdauern, aus dem riesigen Schatten des Schreckens, der Verfolgung und der Trauer, aus immer neu gefaßtem Mut und Willen zum Leben mit all seinen Hoffnungen und unzerstörbaren Schönheiten noch einmal in der Retrospektive kreuzen.

Das Aufzählen wäre ein leichtes, es ist oft getan. Doch was sich in jedem ordentlichen Nachschlagewerk, in Archiven und gedruckten Lebensläufen recherchieren läßt, gehört der Routine des täglichen Gebrauchs. Was sich hier zum vollen, ausgerundeten Künstlerdasein geformt hat, ist mit Namen, mit Daten und geographischen Eintragungen nicht zu vermitteln. Was am Ende zählt, ist die Persönlichkeit, die aus ihnen hervorgegangen ist.

Und so ist auch die 85jährige Jubilarin nicht nur als oft mitreißende Schauspielerin, als Darstellerin menschlicher Charaktere allein zu begreifen. Ihre großen und überaus glanzvollen Interpretationen von Rollen wie die der Hekuba in „Troerinnen" des Euripides, der Brechtschen „Mutter Courage", der „Irren von Chaillot", der „Sarah Bernard", der Irrenärztin in Dürrenmatts „Physikern", als Shaws „Frau Warren" – sie alle nähren sich aus einer immerdar brennenden Flamme der Zuversicht, des Glaubens und der menschlichen Nähe, die von dieser kleinen, zierlichen Frau ausstrahlt und sich anderen mitteilt. Mit einem einzigen Lächeln straft sie die beiden tiefen Einkerbungen über der Nasenwurzel Lügen.

Das will sagen, nichts ist vergessen von dem, was war, nichts von all dem Leid, das in schlimmen Jahren auch sie heimgesucht hat (vom Spielverbot bis zum KZ). Aber es sagt auch, daß es weitergehen muß, und daß es nur mit Humor und in aller Freude weitergehen kann. Ida Ehres Blick war immer in eine bessere Zukunft gerichtet, die kein Traum war, und doch stets nur der Weg, niemals aber die Herberge sein konnte. Immer unterwegs sein mit seinen Bemühungen, mit seinen Wünschen – das ist es, was diese Frau jung erhält. „Manchmal erschrecke ich, wie alt die Jungen sein können, gemessen an meinem Jungsein im hohen Alter", sagt sie. Und sie gibt ihr Geheimnis preis: „Bleibt jung, damit ihr alt werden könnt."

Als sie selbst jung war, trug sie die Fackel ihrer Begabung vor sich her und erhielt sie am Leben und ließ ihr Licht immer heller leuchten. Als sie älter wurde (sie wird niemals alt), war etwas noch Persönlicheres, Individuelles hinzugekommen: die Erfahrung. Was wurde daraus? Ein Bündel Tapferkeit und Güte, Hochherzigkeit, Mut und Beharrlichkeit, Disziplin, Bereitschaft zum Risiko und ein gehäufter Scheffel an Verantwortung sich selbst, anderen und den Werken gegenüber, die sie in ihren Spielplan aufnimmt und oft auch inszeniert hat.



Ida Ehre: als 85jährige in Hamburg FOTO: LENA

Dürfen bald auch Grüne die Nachrichtendienste kontrollieren?

Bundesverfassungsgericht behandelt morgen eine Klage des Abgeordneten Kleinert

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Werden die Grünen künftig dem Bundesnachrichtendienst, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst doch auf die Finger und in die Kasse sehen können? Nachdem CDU/CSU und FDP ihnen seit ihrem Einzug in den Bundestag vor zwei Jahren eine Mitwirkung in der parlamentarischen Kontrollkommission, die die Arbeit der Nachrichtendienste überwacht, und eines erst im Februar 1984 konstituierten Bundestagsgremiums, das über deren Wirtschaftspläne entscheidet, verweigern, wird darüber morgen vor dem Bundesverfassungsgericht gestritten. Mit einer von ihrem Abgeordneten Hubert Kleinert beim Zweiten Senat eingereichten Klage wollen die Grünen dem Bundestag und der Bundesregierung einen Verfassungsbruch nachweisen.

Im Vorfeld wurden von Experten ihre Erfolgsaussichten als „nicht einmal schlecht" bewertet. Sollten die Grünen das Organstreitverfahren gewinnen, hätten sie gute Aussichten, künftig auch im Bundestagspräsidium und im G-10-Ausschuß, der über Einschränkungen des Postgeheimnisses wacht, vertreten zu sein.

Ist Klage zulässig?

Nach wie vor berufen sich die Grünen darauf, daß nach der Geschäftsordnung des Parlaments jede in einem ordentlichen Ausschuß vertretene Fraktion auch Anspruch auf Vertretung in jedem Unterausschuß hat.

Allerdings wird es in Karlsruhe voraussichtlich zunächst um die Zulässigkeit der Klage gehen. Dahinter steht die Frage, ob ein Abgeordneter oder eine Fraktion überhaupt das Parlament wegen eines möglichen Verfahrensverstosses verklagen kann.

Im Mai 1983 hatte die Regierungskoalition es abgelehnt, die Zahl der Mitglieder der geheim tagenden parlamentarischen Kontrollkommission auf neun zu erweitern und so den Grünen einen Platz zu schaffen. SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, dessen Fraktion einen entsprechenden Antrag unterstützt hatte, sah damals darin einen Verstoß gegen die „Gleichbehandlung". Obwohl einige Grüne – unter ihnen vor allem Petra Kelly – wiederholt angekündigt hatten, sich nicht unbedingt an die Geheimhaltungsvorschriften zu halten und auch vertrauliches Material zu veröffentlichen, hatte sich Vogel gegen eine Vorab-Verurteilung gewandt. Schließlich könne man sie bei derartigen Verstößen zur Rechenschaft ziehen, hatte er, unterstützt vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt, betont.

Bei der Wahl der acht Kommissionsmitglieder erhielt Otto Schily (Grüne) dann mit 131 Stimmen aller Wahrscheinlichkeit nach mehr als 100 von der SPD. Denn die Grünen verfügten nur über 28 Abgeordnete. Allerdings lehnte es auch die SPD ab, ihnen einen Sitz im Präsidium und *im G-10-Ausschuß zuzugestehen.*

Im WELT-Gespräch betonte Hubert Kleinert, der im Haushaltsausschuß sitzt, er habe „nie" erklärt, Geheimnisbruch zu begehen. Auch die im Zusammenhang mit der Ablehnung getroffene Feststellung, die Grünen würden nach zwei Jahren wegen ihres Rotationsbeschlusses aus dem Parlament ausscheiden, läßt er nicht gelten: Ähnlich wie im Fall Otto Schily wegen des Flick-Ausschusses wurde wegen der Klage sein Mandat vorerst verlängert. Der Marburger, der Anfang der 70er Jahre SPD-Mitglied war, hat inzwischen seine Bereitschaft bekundet, für seine Fraktion die Haushalte 1984 und 1985 der Nachrichtendienste „nachträglich" kontrollieren zu wollen. Daß er bei einem Sieg in Karlsruhe auch an der Beratung der 86er Etats beteiligt wird, sieht er dagegen als „nicht zwingend" an.

Anspruch geltend gemacht

Bereits im Dezember 1983 hatten die Grünen eine einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht beantragt. Sie hatten damit die Aussetzung der Beschlußfassung über den Bundeshaushalt 1984 solange erzwingen wollen, bis über die Finanzmittel der Nachrichtendienste eine parlamentarische Beratung erfolgt sei. Der Senat hatte deren Gründe zwar als „gewichtig" bezeichnet. Er hatte aber gleichzeitig bei seiner Zurückweisung betont, daß ein Verzögern der Feststellung des Bundeshaushalts schwerer wiege als mögliche Nachteile, die die Grünen oder sogar das gesamte Parlament ohne den geforderten Erlaß hätten.

Daraufhin reichte Kleinert im Ja*nuar 1984 und 1985 zwei Verfas*sungsklagen ein. In ihnen geht es in erster Linie darum, ob die Grünen Anspruch auf eine Beteiligung in dem Parlamentsgremium haben. Außerdem beklagen sie sich darüber, daß sowohl Ende 1983 als auch 1984 über die Etats der Nachrichtendienste des jeweiligen Folgejahres nicht im Parlament beraten worden sei. Dies sei, so Kleinert, nachträglich in einem neuen Gremium erfolgt, das „sich erst im Februar 1984 konstituieren konnte".

„Asylprobleme an Ort und Stelle lösen"

DW. **Bonn**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat gegenüber der WELT die Erwartung geäußert, daß die „DDR" das Asylanten-Schlupfloch über den Flughafen Schönefeld generell schließt. Mit Zimmermann sprach Manfred Schell.

WELT: Ost-Berlin schickt Staatsbürger aus Sri Lanka ohne gültige Papiere zurück. Woher rührt dieses plötzliche Entgegenkommen, nachdem die Bundesregierung hier lange Zeit vergeblich insistiert hat?

Zimmermann: In diesem Jahr mußte mit einem Zustrom von über 50 000 Ausländern ohne gültige Papiere über Schönefeld in der „DDR" gerechnet werden. Mehr als zwei Drittel dieser Ausländer kommen gegenwärtig aus Sri Lanka. Die Bundesregierung hat auf verschiedenen Ebenen darauf gedrängt, diesen Weg der illegalen *Einreise zu schließen, weil das* nicht mehr länger hinnehmbar war.

WELT: Reicht die angekündigte Maßnahme aus, um den Zustrom von Asyl-Bewerbern über Ost-Berlin zu stoppen?

Zimmermann: Diese Maßnahme war vordringlich. Sie ist ein großer Schritt in die richtige Richtung und entspricht im übrigen den Regeln für die *Durchreise von Ausländern*, die überall in der Welt Geltung haben. Die Herkunft des Flüchtlingsstroms kann sich jedoch ändern. Ich hoffe, daß die „DDR" dieselben Regeln auch für Transitreisende anderer Nationalitäten anwenden wird.

WELT: Beabsichtigt die Bundesregierung weitere Maßnahmen in der Asylpolitik?

Zimmermann: In der Bundesrepublik Deutschland leben schon jetzt über eine halbe Million Asylanten und Flüchtlinge. Das Asylrecht für die, die politisch verfolgt sind, wollen wir nicht schmälern. Der Mißbrauch dieses Rechts muß jedoch unterbunden werden, weil die Aufnahmekapazität bei uns ausgeschöpft ist. Den Problemen aus Konflikten und Krisen aus aller Welt können wir mit der Aufnahme von Flüchtlingen bei uns nicht begegnen. Sie müssen an Ort und Stelle gelöst werden. Ich erwarte, daß Bund und Länder nach der parlamentarischen Sommerpause weitere Maßnahmen beschließen, um den Mißbrauch des Asylrechts zu unterbinden. Im übrigen muß bedacht werden: Die Kosten für den Unterhalt dieser Menschen betragen mehrere Milliarden Mark pro Jahr.

Das Rennen um die Nachfolge von Koschnick ist völlig offen

Von W. WESSENDORF

Mit großer Spannung erwartet Bremen das endgültige Votum für den Nachfolger des scheidenden Präsidenten des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, das dem SPD-Landesparteitag morgen vorbehalten ist. Die Delegierten werden in einer Kampfabstimmung zwischen dem SPD-Fraktionsvorsitzenden der Bürgerschaft, Klaus Wedemeier, und Henning Scherf, Senator für Jugend und Soziales, entscheiden müssen. Denn im Vorfeld dieser wichtigen Wahl genießen beide Kandidaten gleichermaßen verteilt die Symphatien ihrer Genossen.

Die Ergebnisse der vier Unterbezirks-Parteitage während der vergangenen zehn Tage spiegeln eine gespaltene Bremer SPD wider. Der 41jährige Wedemeier ist zwar der Wunschnachfolger Koschnicks und der Vorstand der Landespartei sowie die Spitzen ihrer Unterbezirke haben sich dem Vorschlag Koschnicks angeschlossen. Überraschend aber gestaltete Scherf (47), der sich selbst zum Gegenkandidaten ernannte, das Rennen um das Amt das Regierungschefs offen. Aus Kreisen der Unterbezirksdelegierten, die sich insgesamt mit 266 : 263 Stimmen für Scherf aussprachen, war denn auch mehrfach die Drohung zu hören: „Es wäre ein Skandal, wenn die Ergebnisse aus den Unterbezirken einfach übergangen würden."

Für wen sich der Landesparteitag auch entscheidet, der Wechsel an der Regierungsspitze bedeutet eine wesentliche Änderung der Bremer Senatspolitik, die ausschließlich in den Händen der Sozialdemokraten liegt. Bei der Vorstellung ihrer Programme in den Unterbezirken wichen die beiden Präsidentenaspiranten nicht weit voneinander ab. Beide plädierten im Kern für eine radikale Ausgabenkürzung, sprich „Aufgabenkritik" des Senats, *damit die geringfügigen Finanzmittel* gezielt zum Wohl der Arbeitnehmerschaft eingesetzt werden können.

Die Kandidaten betonten dabei ihre Distanz zu den Kreisen der Wirtschaft. Scherf: „Wir müssen auch weiterhin bei Verhandlungen mit der Wirtschaft Rückgrat zeigen." Und Wedemeier, der gelernte Kaufmann, stets mit Schlips und Kragen, konterte auf den Versammlungen aus der Defensive: „Ich bin nicht der Arsch-



Landesbericht Bremen

kriecher der Wirtschaft, ich bin der Kandidat der Arbeitnehmer und der *Schwachen in dieser Gesellschaft.*"

Dennoch werden sie unterschiedliche Beziehungen zur Wirtschaft knüpfen, ohne ihrem Vorgänger das Wasser reichen zu können. Denn Koschnick besitzt ausgezeichnete Verbindungen zu allen Chefetagen des deutschen und ausländischen Handels sowie der Industrie – bis in den Fernen Osten. Er nutzte sie oft zum Vorteil des angeschlagenen Landes.

Entsprechend pflegte der Bürgermeister, der aus „persönlichen Gründen" am 17. September seinen Posten verläßt, auch das gute Verhältnis zu den anderen Bundesländern. Der Präsident des Bundesrates, Lothar Späth (CDU), unterstrich dies vergangene Woche auf der Sitzung zum Abschied seines Bremer Regierungskollegen: „Sie stehen in guter hanseatischer Tradition, als Sie stets ein Verfechter bundesfreundlichen Verhaltens in diesem Hause waren." Dies ist einer der Gründe, weshalb sich der scheidende Bürgermeister für Wedemeyer einsetzt.

Der „große Manitu", wie Koschnick seit über zwanzig Jahren von den Genossen genannt wird, weiß, daß die Zukunft des Zweistädtestaates eng mit der Person seines Nachfolgers verknüpft ist. Doch genau da liegen die großen Unterschiede der beiden Kandidaten. Wedemeier heftet sich das Prädikat an die Brust, als Fraktionschef sechs Jahre dafür gesorgt zu haben, daß die SPD im Parlament immer einstimmig abgestimmt hat. Scherf drängt es dagegen zur Polarisierung der politischen Gegensätze. So versteht der progressive Denker der SPD, gelernte Schweißer und promovierte Staatsanwalt seine Kandidatur als Warnschuß „für die Drahtzieher, die an der Basis vorbei schon alles ausgeklüngelt haben".

Scherf bemäntelt sein linkes Image nicht. Er fährt mit wehendem Regenmantel auf seinem Fahrrad ins Amt, sein Konkurrent um das hohe Amt, Klaus Wedemeier, bevorzugt dagegen den teuersten Dienstwagen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende gilt als Technokrat, Manager und Macher, der Senator überzeugt mit seinem Charme sogar auf Anhieb politisch Andersgesinnte. Ein Schnack in Funktionärskreisen kündigt denn in diesen Tagen auch den Seiltanz an, den die Delegierten des Parteitages bei der Wahl vor sich haben: „Mit dem Herzen für Henning – mit dem Verstand für Klaus". Unbeschadet des Ergebnisses wollen die beiden indes danach weiter zusammenarbeiten. Das beteuerten sie in den vergangenen Tagen immer wieder bei ihren Vorstellungen. Damit versuchen sie – wie mit einer Klammer – die gespaltenen Lager ihrer Partei über das Wahlergebnis zusammenzuhalten.

„Abtreibung nicht verharmlosen"

Frauenärzte besorgt: Vier Abbrüche hintereinander sind keine Seltenheit

DIETER THIERBACH, **Hamburg**

Ilse Bulirsch, praktizierende Frauenärztin und Landesvorsitzende im Berufsverband der Hamburger Frauenärzte, ging auf einer Fortbildungsveranstaltung mit der „legalen Abtreibung auf Krankenschein" hart ins Gericht. „Als verantwortungsbewußte Mediziner werden wir uns immer aufgerufen fühlen, Behauptungen entgegenzutreten, die nach aller Erfahrung als ein Alibi für die Beseitigung des ungeborenen Menschen dienen sollen. Das Leben beginnt eben nicht mit der Geburt, sondern weit vorher."

Die Statistik der Hansestadt weist folgende Zahlen auf: neben 12 818 Lebendgeburten wurden 1983 9903 Abtreibungen gemeldet, davon 6434 stationär und 3469 ambulant in den Praxen der 241 Hamburger Frauenärzte durchgeführt. Ilse Bulirsch zur WELT: „Gäbe es keine unerwünschten Schwangerschaften, brauchten wir den Paragraphen 218 nicht." Richtig sei es, soziale Probleme mit sozialen Mitteln zu lösen und nicht durch medizinische Interventionen, die zu Lasten der Frau, des ungeborenen Kindes, des Arztes und letztlich auch der Gesellschaft gingen. Jede Frau habe ein Recht darauf zu wissen, in welche Situation sie sich begibt, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch verlangt. In ihrer Not alleingelassen, landete sie oft in irgendwelchen Operationskämmerchen. „Ein an der Decke aufgemalter blauer Himmel mit Wolken und Regenbogen, über dem Friedenstauben flattern, mag wohl den betroffenen Frauen im Augenblick eine Befreiung im emanzipatorischen Sinn vorgaukeln, verschleiert aber die Ernsthaftigkeit des Abbruches und seine nachfolgenden Wirkungen im körperlichen und psychischen Bereich."

Die Psychoanalytikerin Viola Frick-Bruder berichtete, daß 62 Prozent der Frauen, die ungewollt schwanger würden, keinerlei Verhütungsmittel genommen hätten. Selbst 20 Prozent der betroffenen Frauen würden nach einem Abbruch keine Kontrazeption betreiben. Drei bis vier Abbrüche hintereinander seien keine Seltenheit. Als „ein Gefühl von ganz viel Beziehung" sieht sie die Möglichkeit an, bereits im Anfangsstadium der Schwangerschaft Ultraschallbilder anzufertigen: „Oft gelingt es schon sehr früh, die Frau umzustimmen und so eine Mutter-Kind-Beziehung herzustellen." Wichtig allerdings erscheint es der Psychoanalytikerin, die Frau vorher zu fragen, ob sie die ersten Beweise des Lebens in ihr sehen will oder nicht; eine Überrumpelung diene nicht der Konfliktlösung. Denn: Wer zählt die Frauen, die mit der vollzogenen Abtreibung nicht fertig werden können?

Betroffene Frauen haben in Hamburg aus ihrer eigenen Not eine Tugend gemacht und beraten über Erfahrungen in ihrer Konfliktsituation. Viola Frick-Bruder wies auf die Paradoxie hin, daß auf der einen Seite heute jede fünfte Ehe ungewollt kinderlos bleibt, während auf der anderen Seite über die soziale Indikation abgetrieben wird, ohne die Möglichkeit zu nutzen, das Kind, sollte es tatsächlich völlig abgelehnt werden, zur Adoption freizugeben.

Gynäkologe Hans Harald Bräutigam, Chefarzt im Hamburger Marienkrankenhaus, zog starke Zweifel am vorliegenden statistischen Zahlenmaterial. „Rückschlüsse auf Tabellen hinken, weil der Aborttourismus in die Niederlande nach wie vor floriert." In den Jahren 1976 bis 1983 wurden über eine halbe Million Schwangerschaftsunterbrechungen dem Statistischen Bundesamt gemeldet. „Allgemein bekannt" sei, daß die Dunkelziffer wesentlich höher liege. „Wenn im Moment 80 000 bis 90 000 Fälle pro Jahr registriert werden, kommen sicherlich weitere 40 Prozent hinzu." In der Bundesrepublik werde ein Abbruch bei Verheirateten wesentlich häufiger vorgenommen als bei Ledigen, Verwitweten oder Geschiedenen, wie das in den USA der Fall sei.

Glotz spricht von Stahlhelm-Gruppe

DW. **Köln**

Von einer „Stahlhelm-Gruppierung" innerhalb der Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz in einem Interview mit dem Deutschlandfunk gesprochen. Diese Gruppierung habe innerhalb der Fraktion mittlerweile einen Anteil von acht Prozent erreicht. Dem Bundeskanzler Helmut Kohl warf der SPD-Politiker vor, er habe die Rechte in der CDU „hochgeredet". Glotz: „Wer redet denn in den letzten 15 Jahren von Herrn Hupka, wer redet denn von der Zeitschrift ‚Schlesier'?"

Am „rechten Rand der Vertriebenen" gebe es neue Debatten über die Gründung einer eigenen Partei, erklärte SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz im Deutschlandfunk. Dazu werde es zwar nicht kommen, wohl aber werde es Wahlverweigerungen bei den Vertriebenen geben, meinte er.

Glotz führt das Beharren der CSU auf einer Wende in der Außenpolitik *und ihre jüngste Warnung* vor einer „illusionären Entspannungspolitik" auf den wachsenden Einfluß der rechtskonservativen Kräfte in den Unionsparteien zurück. Er erinnert den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß daran, er habe mit der Einfädelung des Milliardenkredits für die „DDR" selbst betrieben, was jetzt als „illusionär" kritisiert werde.

Anerkennend äußerte sich der SPD-Bundesgeschäftsführer über bestimmte Elemente der Politik von Bundesaußenminister Genscher und die fachmännische Art ihrer Ausführung. Doch meinte Glotz, daß Genscher selbst den Ärger heraufbeschworen habe, gegen den er jetzt in der Bonner Koalition zu kämpfen habe. Er selbst habe ja die „Wende" ausgerufen und komme ihm – Glotz – wie der Zauberlehrling vor.

Die Grünen seien auf Bundesebene in ihrem heutigen Zustand „kein möglicher Partner" der SPD, sagte Glotz. Die schwere Krise, in der sie sich befänden, könne vielleicht dazu führen, daß sich die realistischen Politiker durchsetzten. Bisher gebe es dafür aber keinen Ansatzpunkt.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Mehr Harmonie durch mehr Auswahl?

Erstaunliche Allensbach-Untersuchung zum Ludwigshafener Kabelpilotprojekt

J. NEANDER, **Ludwigshafen**

Das Kabelfernsehen mit seinem erweiterten Programmangebot bewirkt bei seinen Zuschauern gewisse Verhaltensänderungen – allerdings ganz anders, als die Kritiker es vorauszuwissen glaubten. Dies ergibt eine Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach im Bereich des Kabelpilotprojekts Ludwigshafen. Die größere Programmauswahl scheint zum Beispiel die Familienharmonie zu fördern, statt sie zu stören. Andererseits dämpft sie die Lust am Autofahren, aber auch an der Arbeit.

Der besondere Wert dieser Untersuchung liegt in der Tatsache, daß die Allensbacher im Auftrag der wissenschaftlichen Begleitkommission in Ludwigshafen im Gegensatz zu den übrigen Pilotprojekten Dortmund, München und Berlin schon vor Beginn des Kabelprogramms mit der Arbeit beginnen konnten. Es wurden zwei Gruppen gebildet und befragt: Die einen, die sich geich ans Kabel anschließen lassen wollten, und die anderen, die dies nicht vorhatten.

Ein Jahr nach Beginn der Sendungen wurden beide Gruppen erneut intensiv untersucht. So lassen sich Einflüsse des Kabelfernsehens genauer gegen andere, allgemeine Einflüsse abgrenzen. Die Ergebnisse haben, wie die Allensbach-Chefin Professor Elisabeth Noelle-Neumann zugibt, zum Teil auch die Meinungsforscher selbst verblüfft. Für manches hat man noch keine Erklärung.

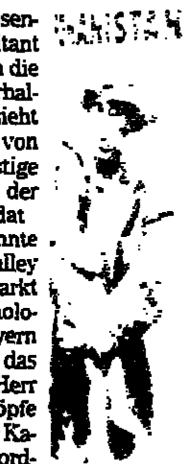
Daß der durchschnittliche Fernsehkonsum bei den Kabelfernsehteilnehmern (von 2,14 auf 2,23 Stunden täglich) etwas stärker gestiegen ist als bei der Kontrollgruppe ohne Kabelanschluß (von 2,14 auf 2,17 Stunden), war zu erwarten. Eine Überraschung ist, daß der Anteil derer, die täglich eine Zeitung lesen, bei den Kabelfernsehteilnehmern von 71 auf 76 Prozent stieg, während er bei den anderen von 68 auf 66 Prozent zurückgegangen ist. Auch bei den Büchern scheint das breitere Fernsehangebot die Leselust eher noch zu steigern.

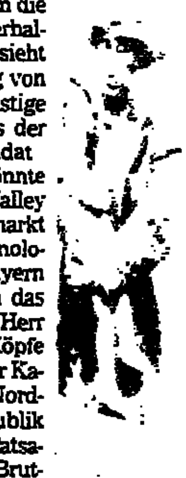
Verblüffend sind die Antworten zum Familienleben. So stieg bei den Kabelteilnehmern der Anteil derer, die als wichtige Freizeittätigkeit die *Beschäftigung mit der Familie* angaben, von 52 auf 57 Prozent. Die Antwort, man habe „weitgehend gleiche Interessen in der Familie", stieg von 57 auf 63 Prozent. Angaben dagegen wie, man sei oft verschiedener Ansicht beziehungsweise die Stimmung sei oft gereizt, sanken von 36 auf 29 Prozent beziehungsweise von 31 sogar auf 17 Prozent. Die Kontrollgruppe ohne Kabel zeigt genau die entgegengesetzte Tendenz: *Weniger Harmonie, mehr Gereiztheit und Meinungsunterschiede.*

Über die Gründe läßt sich bisher nur spekulieren. Frau Noelle-Neumann räumt ein, es könne unter anderem damit zusammenhängen, daß Fernsehprobleme durch den Kauf zusätzlicher Empfänger inzwischen gelöst worden sind. Keinesfalls dürfe man jedoch diese neugewonnene Harmonie nur als „Kommunikationsstille" werten.

Ausflüge mit dem Auto machen bei den Kabelteilnehmern heute nur noch 36 Prozent (vor einem Jahr 43 Prozent). Die Leute ohne Kabelanschluß melden das Gegenteil: 33 statt 31 Prozent. Bei beiden Gruppen sank der Anteil derer, die die Arbeit als schönste oder mindestens gegenüber der Freizeit gleichschöne Zeit des Tages bezeichnen: bei den Kabelteilnehmern aber stärker (von 61 auf 52 Prozent) als bei der Kontrollgruppe (von 63 auf 60 Prozent).

Nur noch 54 statt 65 Prozent der Kabelfernsehzuschauer sagen heute, sie seien in der Regel morgens gut ausgeschlafen. Dennoch – und auch dies ist eine Überraschung – begrüßen sie die Existenz des Kabelfernsehens inzwischen zu 90 Prozent (vor einem Jahr nur 82 Prozent). Und selbst bei den an das Kabel Nichtangeschlossenen ist der Anteil der *grundsätzlichen Gegner* des Kabelfernsehens inzwischen von 24 auf 16 Prozent zurückgegangen.





Kohl morgen nach Ankara und Istanbul

Co. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl wird morgen zu einem dreitägigen offiziellen Besuch nach Ankara und Istanbul fliegen. Er will seinen türkischen Partnern versichern, daß sich Bonn als Freund und Fürsprecher ihres Landes empfinde und alles tun werde, um zu einer Normalisierung der türkischen Beziehungen zum Europarat und zur Europäischen Gemeinschaft beizutragen.

Zu den Gesprächsthemen Kohls werden neben internationalen politischen Problemen vor allem die Betreuung der rund 500 000 türkischen Gastarbeiter und ihrer Familien in der Bundesrepublik sowie die Wiedereingliederung von Gastarbeiterkindern in der Türkei gehören. In engem Zusammenhang damit stehen die kulturelle Zusammenarbeit und der Schüler- und Jugendaustausch.

Der Kanzler wird auch die Möglichkeiten eines weiteren Ausbaus der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erörtern. Die Bundesrepublik ist der wichtigste Handelspartner der Türkei und nimmt unter den ausländischen Investoren eine Spitzenstellung ein.

Daß der türkische Verteidigungsminister gern Auskunft über die weitere deutsche Militärhilfe haben will, liegt auf der Hand. Dahinter verbirgt sich Konfliktstoff mit dem anderen südöstlichen Allianzpartner, Griechenland. Es gilt als sicher, daß Kohl in seinen Gesprächen mit Özal und Evren vertraulich die Möglichkeiten einer griechisch-türkischen Wiederannäherung eruieren wird.

Hielt sich ‚Sonnenschein' nicht an die Bauordnung?

Innerhalb von zwei Wochen ist mit Urteil zu rechnen

hrk. **Berlin**

In knapp zwei Wochen, spätestens jedoch am 19. Juli, will der zuständige Senat des Berliner Oberverwaltungsgerichts als höchste Instanz seine nicht mehr anfechtbare Entscheidung im Fall der Batteriefabrik „Sonnenschein" fällen. Zuvor ist für den kommenden Freitag noch eine Ortsbesichtigung durch den 2. Senat unter dem Vorsitzenden Richter Albrecht Grundei vorgesehen.

Inzwischen liegt endlich die schriftliche Urteilsbegründung des Verwaltungsgerichts vor, dessen Entscheidung den Senat zunächst veranlaßt hatte, einen Produktionsstopp bei „Sonnenschein" anzuordnen. Diese Anordnung ist wiederum inzwischen vom OVG ausgesetzt worden. An dem Unternehmen, das mehrheitlich seiner Frau gehört, ist Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) beteiligt.

Aus der Urteilsbegründung der Erstinstanz geht hervor, daß die Firma neben Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Bundesimmissionsschutzgesetzes von 1974 möglicherweise auch die Bauordnung von Berlin in bestimmten Punkten nicht einhielt. Danach sind beispielsweise Bleischmelzöfen auch in ihrer Eigenschaft als Feuerstätten genehmigungspflichtig. Das Unternehmen räumt inzwischen ein, daß fünf der 18 betriebenen Öfen nach Inkrafttreten des Immissionsschutzgesetzes installiert wurden.

Im Urteilstext heißt es, das Unternehmen sei seiner „Darlegungspflicht" weder gegenüber der Behörde noch, als der Rechtsstreit jetzt lief, gegenüber dem Gericht nachgekommen, „obwohl ihm die genehmigungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der Bleischmelzen seit Monaten bekannt sind".

Ob, wie „Sonnenschein" erklärt, bei den unstrittigen Umbauten in der Firma der Umweltschutz sogar verbessert worden sei, habe „keinen Einfluß auf die Genehmigungspflicht, sondern ist gerade im dafür vorgesehenen Genehmigungsverfahren zu prüfen". Diese Genehmigung – die das Unternehmen stets als gleichsam erteilt ansieht, weil dem Senat Erweiterungen mitgeteilt worden waren – habe „weder ‚stillschweigend' erteilt werden können – dergleichen ist dem Gesetz unbekannt – noch ließ sie sich infolge Fehlverhaltens der zuständigen Behörde ‚ersitzen'".

Inzwischen eskaliert eine weitere Auseinandersetzung zwischen dem Unternehmen und Fachsenator Horst Vetter (FDP): In der jüngsten Senatssitzung erklärte er seinen Kollegen, sein Haus beharre darauf, daß „Sonnenschein" den Boden des benachbarten Spielplatzes bis zum Monatsende austausche. Die Firma wiederum weigert sich nicht prinzipiell, sondern will dies erst zum Abschluß umfangreicher, jetzt aber „in der Luft" hängender Sanierungsarbeiten tun, um den Boden nicht ein weiteres mal austauschen zu müssen.

Jansen setzt auf absolute Mehrheit

Landesparteitag der schleswig-holsteinischen SPD / Heftige Kritik an Koschnick

HERBERT SCHÜTTE, **Reinbek**

„Ich finde keine Bündnispartner bei den anderen Parteien, wir müssen unsere Politik mit absoluten Mehrheiten durchsetzen." Diese Kursbestimmung gab der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Günther Jansen beim SPD-Landesparteitag in Reinbek aus. Jansen, der seit zehn Jahren an der Spitze der sozialdemokratischen „Nordlichter" steht und gestern für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt wurde, griff in seinem Grundsatzreferat *nicht nur* den politischen Gegner, sondern auch eigene Parteifreunde an. So empörte er sich über die Zustimmung des Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick zur Frühpensionierung von 1200 Truppendienstoffizieren im Bundesrat: „Es ist kein großer Unterschied, ob Schecks den Besitzer wechseln oder Entscheidungem mit Wirtschaftsaufträgen erkauft werden." Die Bremer Zustimmung sei „politisch unmöglich".

Im Zentrum von Jansens Angriffen, die häufig in Rundumschläge ausarteten, stand die Bundesregierung. „Ihr politisches Handeln bestimmt offensichtlich das Scheckbuch", sagte der schleswig-holsteinische SPD-Chef. Er fügte hinzu: „Diese Bundesregierung hat es längst aufgegeben, entsprechend ihrem Verfas*sungseid zum Wohle aller Bürger zu* arbeiten." Jansen kündigte im Falle eines Wahlsieges als eine der ersten Maßnahmen einer künftigen SPD-geführten Landesregierung an, „daß wir uns im Tempo bei der Abkehr von der Kernenergie von den Kernenergiegegnern Holger Börner und Johannes Rau nicht überholen lassen." Mit Blick auf den von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erhobenen Vorwurf des Antiamerikanismus und des Verrats an der „westlichen Wertegemeinschaft" sagte Jansen: „Ich pfeife auf eine Wertegemeinschaft, deren politische Führung trotz hochentwickelter Technologie und riesiger Nahrungsüberschüsse vor der Bekämpfung des Hungers in der Welt kapituliert." Über den verschwindend geringen östlichen Beitrag zur *Hilfe in den Entwicklungsländern* verlor er kein Wort.

Im Mittelpunkt der Beratungen in der Sachsenwald-Stadt vor Hamburgs Toren stand ein wirtschaftspolitisches Programm unter dem Titel „Zukunft der Arbeit". Darin empfehlen die schleswig-holsteinischen Genossen einen „dritten Weg zwischen einem Kapitalismus, der die Gesellschaft allein dem privaten Gewinnstreben unterordnet, und einer bürokratisierten Planwirtschaft, die sich längst gegenüber Arbeitnehmern und Konsumenten verselbständigt hat". Mitbestimmung, Beteiligung am Produktivvermögen und Arbeitszeitverkürzung sind die tragenden Elemente dieses Programms. Die schleswig-holsteinische SPD will in diesem Zusammenhang das Steuer- und Abgaberecht ändern mit dem Ziel, daß Unternehmensgewinne stärker einbezogen werden.

Der Oppositionsführer im Kieler Landtag, Björn Engholm, griff vor allem das Thema Arbeitslosigkeit im nördlichsten Bundesland auf. Von rund 110 000 registrierten Arbeitslosen erhalten nach seinen Worten nicht einmal 40 Prozent Arbeitslosengeld, die Pleiten nähmen exorbitant zu. Das Land müsse alles tun, um die gute Substanz der Werften zu erhalten. Eine erfolgreiche Zukunft sieht Engholm in einer „Verspannung von Umwelt und Arbeit", die langfristige Perspektive – so formulierte es der SPD-Ministerpräsidentenkandidat für die Landtagswahl 1987 – „könnte Schleswig-Holstein als Öko-Valley heißen". Denn ein neuer Weltmarkt biete sich in der Ökologie-Technologie an. Die Regierungen in Bayern und Baden-Württemberg hätten das erkannt. „Herr Späth und Herr Strauß waren im Erobern der Köpfe etwas weitsichtiger, als das Kieler Kabinett", sagte Engholm. Das Nord-Süd-Gefälle in der Bundesrepublik lasse sich eindeutig durch die Tatsache belegen, daß im Süden das Brutto-Inlandsprodukt mit dem relativ größten Forschungsaufwand erstellt werde.

In der Kommunalwahl 1986 und der Landtagswahl 1987 will die SPD zwischen Nord- und Ostsee stärker als bisher die Frauen mobilisieren. Der Landesvorstand strebt 30 Prozent der sicheren Listenplätze für die Genossinnen an. Die von der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen beschlossene Quote von 50 Prozent bis zur Landtagswahl 1995 ist nach Meinung der SPD-Führung „in dieser Form kein geeigneter Weg". Statt dessen schlug der Landesvorstand die Gründung einer Gleichstellungs-Kommission vor, um „Zielwerte für parlamentarische Quoten von Frauen-Kandidaten" vorzubereiten.

Das Ziel Mugabes bleibt der Einparteienstaat

Wahlsieger in Zimbabwe / Drohung gegenüber Weißen

M. GERMANI/DW. Johannesburg

Nach seinem klaren Sieg bei den Wahlen in Zimbabwe hat Ministerpräsident Robert Mugabe einen härteren Kurs gegen die Opposition in Richtung auf einen Einparteienstaat angekündigt.

Auf einer Pressekonferenz nach den Wahlen, bei denen seine Zanu (PF) 63 (sieben mehr als bisher) der insgesamt 80 für Schwarze reservierten Sitze gewann, erklärte Mugabe, er betrachte das Wahlergebnis als ein klares Mandat für ein schnelleres Vorgehen bei der Schaffung nationaler Einheit.

In Zimbabwe gelte es jetzt, die „Menschen unter einen politischen Schirm" zu bringen. Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Regierung in den nächsten fünf Jahren in stärkerem Maße eine Politik des Sozialismus durchsetzen werde.

Mugabe sprach sich außerdem für baldige Änderungen in der nach britischem Vorbild geschaffenen Unabhängigkeits-Verfassung aus. Einige ihrer Bestimmungen entsprächen nicht den Wünschen der zimbabwischen Bevölkerung und ihrer Regierung.

Als weitere Programmpunkte für die Zukunft nannte der Ministerpräsident ein entschiedeneres Vorgehen gegen unerwünschte Weiße, gegen Unruhen in den westlichen Provinzen des Landes und die Abschaffung der für die Weißen reservierten Parlamentsvertretung. Weiße, die Rassisten seien oder ihre Haltung nicht mit der neuen schwarzen Regierung in Einklang brächten, müßten das Land verlassen, sagte Mugabe.

Nur 15 Sitze für Nkomo

Die oppositionelle Zapu (PF) Partei von Mugabes größtem Widersacher, Joshua Nkomo, gewann 15 Sitze (fünf weniger als bei den Wahlen 1980). Nkomo hat sich jedoch in seinem Stammesgebiet, dem Matabeleland, behauptet. Dies zeigt, daß Zimbabwe weiterhin nach ethnischen Gesichtspunkten entschieden hat. Überraschend hat die ebenfalls in Opposition stehende Zanu-Partei des in London im Exil lebenden Pfarrers Sithole einen Sitz gewonnen.

Der große Verlierer ist Bischof Abel Muzorewa, der erste schwarze Premierminister des Landes. Seine UANC verlor die ihm verbliebenen drei Sitze, Muzorewa selbst erhielt nur – eine persönliche Niederlage – 2800 Stimmen, Mugabes Kandidat 31 000. Muzorewa war unter der Beschuldigung des Landesverrates von November 1983 bis Juli 1984 in Haft.

Die etwa 32 000 weißen Wahlberechtigten hatten bereits Ende Juni über die für sie reservierten 20 Parlamentssitze abgestimmt. Dabei hatte die Konservative Allianz des früheren Ministerpräsidenten Ian Smith (CAZ) mit dem Gewinn von 15 Sitzen einen überwältigenden Wahlsieg errungen.

Verfassung kritisiert

Die 63 Mandate, die Mugabe im Parlament hat, reichen nicht aus, um den Einparteienstaat rasch durchzusetzen. Nach der Verfassung kann er frühestens 1987 – und dann nur mit einer Mehrheit von siebzig Stimmen – die Vertretung der zwanzig Weißen im Parlament beenden. Als das unerwartete Wahlergebnis der Weißen bekannt wurde, reagierten Mugabe und sein Sicherheitsminister Emerson Munangagwa wütend. Mugabe nannte die Verfassung ein „schmutziges Stück Papier" und kündigte eine Säuberungskampagne an, „damit wir nur Weiße, die mit der Regierung arbeiten wollen, behalten".

Ian Smith und seine Abgeordneten rätseln über diese Aussagen und wiederholten in einem Gespräch mit der WELT ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der scharzen Regierung. „Wir wissen nicht, was Mugabe plant", sagte der frühere Außenminister Peter van der Byl.

Liberale Weiße gehen mittlerweile auf Distanz zur CAZ. Sie analysieren deren Mehrheit dahingehend, daß tatsächlich nur 55 Prozent, also 33 000 weiße Wähler für Smith gestimmt hätten, während sich 45 Prozent für die Mugabe wesentlich genehmere Unabhängige Zimbabwe Gruppe (IZG) ausgesprochen hätten. Auch Smiths Angebot an Mugabe betrachten sie mit Skepsis.

Shanghais Bischof küßt den Ring des Nachfolgers

HEINER KLINGE, Bonn

Als sich für den 1950 vom Vatikan zum Bischof von Shanghai bestellten Ignatius Kung vor wenigen Tagen nach rund 30jähriger Haft die Gefängnistore öffneten, kniete der fast 84jährige Priester vor seinem Nachfolger nieder und küßte dessen Bischofsring. Diesen Vorfall gab die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua in ihrer Meldung über die Begnadigung des Bischofs Kung wieder.

Damit sollte ausgedrückt werden, daß die Regierung der Volksrepublik China ihre Haltung nicht aufgegeben hat, die den chinesischen Katholiken vorschreibt, die Autorität des Papstes in Rom nicht anzuerkennen. Der Bischof – sein chinesischer Name lautet Gong Pinmei – konnte seine Begnadigung nur erreichen, indem er sich dem mit Zustimmung Pekings, aber ohne Zustimmung des Vatikans ernannten Bischof von Shanghai unterwarf.

Nach der Gründung der Volksrepublik China (1. Oktober 1949) setzte im Jahr 1950 die Verfolgung all der chinesischen Katholiken ein, die dem Papst die Treue halten und sich nicht der von der Regierung geförderten Katholischen Patriotischen Vereinigung anschließen wollten. Kung war der prominenteste der Hunderte von Priestern, die ihre Haltung mit dem Verlust der Freiheit bezahlen mußten. Er wurde 1955 verhaftet und – ohne die Freiheit wiedererlangt zu haben – 1960 zu lebenslanger Gefängnisstrafe verurteilt.

Xinhua zitierte jetzt nochmals die Begründung für dieses harte Urteil: Der Bischof habe „Hochverrat" begangen und habe die Religion als Deckmantel für seine Aktivitäten benutzt. Kung habe damals „sein Verbrechen eingestanden" und „während der Ableistung seiner Strafe Reue gezeigt". Nach seiner Freilassung habe der Bischof sich verpflichtet, „die Gesetze zu achten und seinem Vaterland treu zu bleiben". Nach Angaben von Amnesty International sind noch zehn Priester in Haft.

In Diplomaten-Kreisen Pekings wird die Ansicht vertreten, daß die weitere Inhaftierung des Bischofs die Glaubwürdigkeit der Politik Pekings aufs Spiel gesetzt hätte, religiöse Aktivitäten wieder in größerem Umfang zu gestatten. Die Diplomaten sind sich jedoch nicht darüber einig, ob Chinas „starker Mann" Deng Xiaoping einen modus vivendi mit dem Vatikan anstrebt, oder ob er bei der strikten Ablehnung jeglicher Einflußnahme des Papstes auf die chinesischen Katholiken bleiben will. Immerhin haben in den letzten Jahren einige Persönlichkeiten inPekingvorgesprochen, die im Auftrag oder mit Wissen des Vatikans die Haltung Chinas zu erkunden und zu beeinflussen suchten.

In diesem Jahr hat auch Mutter Teresa, die für ihre Fürsorge für die Bewohner der Slums von Kalkutta



Bischof Ignatius Kung FOTO: AP

mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, eine Einladung in die chinesische Hauptstadt erhalten. Sie hatte ebenfalls vorher mit Amtsträgern des Vatikans Kontakt, ehe sie in Peking mit Deng Pufang, dem Sohn des „starken Mannes", sprach.

Der vom Staat geduldeten „patriotischen" katholischen Kirche gehören nach amtlichen Angaben rund drei Millionen Gläubige an. Weitere drei Millionen Katholiken sollen aber in ihren geheimen „Hauskirchen" dem Papst treugeblieben sein. Immerhin stehen den Christen Chinas heute wieder mehr als 300 katholische und 700 protestantische Gotteshäuser offen. Nach Angaben des katholischen Handbuchs 1950 „Le Missioni Cattoliche" gab es 1947 in China 3,2 Millionen Katholiken, rund 1,5 Millionen Protestanten und etwa 200 000 orthodoxe Christen.

Bonn will sich in Asien stärker engagieren

Neu-Delhi ist die letzte Station der Rundreise Genschers

BERNT CONRAD, Bonn

Nach seinen bisherigen Besuchsstationen Thailand, Brunei, Japan und Südkorea wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher morgen zu einem zweieinhalbtägigen Aufenthalt in Indien erwartet. Damit endet die Asien-Reise Genschers, die politisches und wirtschaftliches Interesse an einem zukunftsträchtigen Kontinent signalisieren soll, in dem Land mit der zweitgrößten Bevölkerung der Welt (700 Millionen).

Mit Interesse sieht Genscher vor allem seiner Zusammenkunft mit Ministerpräsident Rajiv Gandhi entgegen. Der Sohn und Nachfolger der ermordeten Indira Gandhi hat Indien – so der Eindruck deutscher Diplomaten – zu einem neuen Aufbruch mit einer weithin optimistischen Grundstimmung verholfen. Da Gandhi gerade Moskau und Washington besucht hat, erhofft sich der Bundesaußenminister von ihm Aufschlüsse über den künftigen Kurs Neu-Delhis gegenüber den Supermächten.

Natürlich geht es Genscher auch und in erster Linie um das Verhältnis Indiens zur EG und zur Bundesrepublik Deutschland. Im Auswärtigen Amt rechnet man damit, daß Gandhi im nächsten Jahr möglicherweise die Bundesrepublik besuchen wird. Ein Termin steht allerdings noch nicht fest. Indien gilt als wichtiger politischer und ökonomischer Partner Bonns. Experten halten das Engagement der deutschen Wirtschaft noch für erheblich steigerungsfähig, besonders angesichts der von Gandhi wesentlich verbesserten Rahmenbedingungen.

Export von nur 7 Prozent

Die Absicht stärkeren Engagements stand schon in den anderen Reisestationen im Mittelpunkt von Genschers Gesprächen. Dabei ist die Rechnung für den Bundesaußenminister ebenso klar wie für Bundeskanzler Helmut Kohl, der vor eineinhalb Jahren Japan, Indonesien und Indien besucht hat: In Asien lebt die Hälfte der Weltbevölkerung – das sind mehr als 2,5 Milliarden Menschen.

Trotzdem sind 1984 nur sieben Prozent der deutschen Warenexporte in diesen Teil der Welt gegangen. Die Direktinvestitionen der Bundesrepublik in Asien (von Pakistan bis Japan) betragen 5,9 Milliarden Mark. Das sind nur 4,8 Prozent der weltweiten deutschen Investitionen.

Daß hier Abhilfe geschaffen werden sollte, ist Genschers und Kohls übereinstimmende Meinung. Das gilt auch für die mit der EG besonders verbundenen Asean-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen, Brunei).

Nachholbedarf in Japan

Dort beträgt der Anteil der Bundesrepublik am Außenhandel 3,1 Prozent, jener der EG insgesamt 13 Prozent, während Japan und die USA zusammen 43 Prozent halten. Bei den Direktinvestitionen beläuft sich das prozentuale Verhältnis der Europäer zu den Japanern und Amerikanern auf 7:37. Das Mißverhältnis ist eklatant.

Im hochindustrialisierten Japan hat Genscher zwar eine andere Lage als in den asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern, aber ebenfalls einen starken Nachholbedarf vorgefunden, der allerdings mindestens ebenso bei den Japanern wie bei den Europäern liegt. Hier lautet das Stichwort „Marktöffnung".

Wie zuvor schon Kohl unterstrich Genscher in Tokio die prinzipiell gleichgerichteten Interessen im außen- und sicherheitspolitischen und im wirtschaftlichen Bereich. Dabei beschwor er das „Kräftedreieck Westeuropa, Nordamerika, Japan" als einen der entscheidenden Faktoren für die Entwicklung der Welt mit drei zentralen Zielen: Sicherung des Friedens, Bewahrung der Stabilität auch in der Dritten Welt, Stärkung des freien Welthandelssystems.

Nakasone stimmte ihm zu. Er vernahm auch mit Interesse, daß sein deutscher Gast für eine intensivere industrielle Kooperation zwischen Japan und Europa plädierte, und zwar „nicht Kooperation auf Abruf, sondern langfristige, vor allem auch auf gemeinsame Produktion angelegte Zusammenarbeit". Das klang nach phantasievoller Zukunftsmusik. Aber gerade in Asien ist die Zukunft ohne Phantasie nicht zu bewältigen.

Kreml: Impulse für Kontakte mit den USA

dpa, Moskau

Das Moskauer Parteiorgan „Prawda" hat am Sonntag erklärt, daß den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ein „ernster Impuls auf hoher politischer Ebene" gegeben werden müsse. „Unsere Völker und andere Länder" sollten sehen, daß der politische Kurs der UdSSR und der USA nicht auf Feindschaft, sondern auf der „Suche nach gegenseitigem Verständnis und einer friedlichen Entwicklung ausgerichtet sind", bemerkte das Blatt zu dem für den 19. und 20. November in Genf angesetzten Gipfeltreffen zwischen Kreml-Chef Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan.

Die „Prawda" wies auf das Grußtelegramm des Präsidiums des Obersten Sowjet an Reagan aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages hin und erklärte ferner, die Ankündigung des sowjetisch-amerikanischen Gipfels sowie des offiziellen Gorbatschow-Besuchs in Frankreich im Oktober hätten in der Welt ein „riesiges Interesse" gefunden.

Im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis ist nach Darstellung der „Prawda" eine Phase erreicht worden, die nicht nur für die weitere Richtung dieser Beziehungen, sondern auch für die gesamte Entwicklung der Welt entscheidend sei. „Die Menschheit steht vor der Wahl: Entweder ein Rüstungswettlauf in allen Richtungen und eine Zunahme der Kriegsbedrohung oder eine Stärkung der allgemeinen Sicherheit und ein dauerhafterer Friede für alle." Zu den sowjetisch-französischen Beziehungen meinte die „Prawda", daß sie sich „insgesamt im Auftrieb befinden und gute Perspektiven haben".

Die gleichzeitige und entgegen sowjetischen Gepflogenheiten ausgesprochen frühzeitige Ankündigung der beiden Gipfelgespräche wurde von westlichen diplomatischen Kreisen in Moskau als „bemerkenswert" bezeichnet. Nach ihrer Auffassung dürfte es nicht zufällig gewesen sein, daß die Termine für Gorbatschows Reisen nach Paris und Genf einen Tag nach der Wahl des bisherigen UdSSR-Außenministers Andrej Gromyko zum sowjetischen Staatsoberhaupt veröffentlicht wurden.

Die EG ist für viele britische Industriezweige lebensnotwendig

Nach dem Mailänder Gipfel wird wieder über den Nutzen der Mitgliedschaft diskutiert

WILHELM FURLER, London

Kaum war in der britischen Presse verbreitet worden, daß Premierministerin Margaret Thatcher „wutschnaubend" und „vor Zorn bebend" vom Mailänder EG-Gipfeltreffen nach London zurückgekehrt sei, wurde beinahe schon zwangsläufig die Frage nach Sinn und Nutzen einer Mitgliedschaft Großbritanniens in der Europäischen Gemeinschaft gestellt. Das heißt, um präzise zu sein, nach der Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Denn bislang weigern sich die britischen Politiker und Medien hartnäkkig, von der Europäischen Gemeinschaft (European Community) zu reden oder zu schreiben. So weit ist es eben längst noch nicht, und damit läuft das Europa der Zehn (demnächst Zwölf) unverändert unter dem Kürzel EEC (European Economic Community). Lediglich in Wirtschaftskreisen bedient man sich überwiegend der „auf dem Kontinent" gebräuchlichen Terminologie.

Die britische Wirtschaft ist es auch, die kompromißlos und ohne Umschweife alle Behauptungen zurückweist, die zwölfjährige Mitgliedschaft in der EG habe dem Land nichts außer Ärger gebracht. Zwar steht die Mehrheit der Briten heute hinter der Fortsetzung der Mitgliedschaft. Auch die oppositionelle Labour-Partei hat sich – dies wohl wissend – in letzter Zeit mit ihren früheren Austritts-Androhungen völlig bedeckt gehalten. Doch sobald sich ein Anlaß bietet, taucht sowohl in politischen Kreisen als auch bei Gewerkschaften und in weiten Teilen der Bevölkerung die alte Behauptung auf, der Beitritt habe sich nicht „ausgezahlt", sei kein Geschäft für die Briten gewesen.



Enttäuscht und wütend war Margaret Thatcher nach dem EG-Gipfel, weil sie sich mit ihrem pragmatischen Vorschlag „Aufbauen, auf dem, was wir haben" nicht durchsetzte. Inzwischen gibt sie sich wieder gelassen, entschlossen, das Beste aus ihrer Situation zu machen.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Massive Umschichtung des Außenhandels

In der britischen Wirschaft wird dies weit realistischer gesehen. Immer wieder weist der Industrieverband CBI in Aufklärungskampagnen darauf hin, daß ein EG-Austritt ein „Desaster" anrichten würde. Rund drei Millionen britische Arbeitsplätze hängen heute von der EG-Mitgliedschaft ab, hat der CBI ausgerechnet. Ein Austritt würde Hunderttausende gefährden und schwerwiegende Folgen nicht nur für diejenigen Unternehmen haben, die direkt in Partnerländer exportieren, sondern auch für deren Zulieferfirmen.

Anläßlich der zehnjährigen Mitgliedschaft Großbritanniens wurde 1973 bei Unternehmen in den West-Midlands, dem Zentum der verarbeitenden Industrie Großbritanniens, eine Umfrage durchgeführt, die mehr als alles andere die Abhängigkeit des Landes von der Gemeinschaft verdeutlicht. So gaben mehr als 60 Prozent der Befragten an, daß ein EG-Austritt, gefolgt von der Errichtung einer siebenprozentigen Zollbarriere, einen totalen Gewinnausfall zur Folge haben würde.

Seit dem EG-Beitritt hat eine massive Umschichtung des britischen Außenhandels weg von den ComLändern hin zur EG stattgefunden. Heute liegt der Anteil britischer Ausfuhren *in die Mitgliedsländer* bei 45 Prozent der Gesamtexporte Großbritanniens, womit die EG mit großem Abstand der größte Handelspartner des Vereinigten Königreiches ist.

Statistiken verdeutlichen diese Entwicklung. Während 1971 von den britischen Gesamtexporten im Wert von 9,176 Milliarden Pfund nur 1,927 Milliarden in die EG-Länder flossen und zwei Milliarden in Commonwealth-Länder, gingen im vergangenen Jahr von den Gesamtexporten in Höhe von 70,511 Milliarden Pfund nur 7,691 Milliarden in den Commonwealth-Bereich, aber 31,6 Milliarden Pfund in die EG-Länder. So liegt heute die Bundesrepublik Deutschland auf Platz zwei im britischen Außenhandel hinter den USA, während Großbritannien seine Stellung als viertgrößter Handelspartner Deutschlands festigen konnte.

Ganze Industriezweige in Großbritannien hängen heute auf Gedeih und Verderb von der Zusammenarbeit mit Partnern aus EG-Ländern ab. Angefangen von der britischen Luft- und Raumfahrtindustrie, die sowohl auf zivilem Gebiet (gut 20prozentige Beteiligung am Airmonwealth-bus-Programm) als auch im militärischen Bereich (Tornado) und nicht zuletzt bei der Turbinen-Herstellung und -Lieferung (Rolls-Royce) eng mit den europäischen Partnern verflochten ist, über Schiffahrtskonferenzen, Luftverkehrsabkommen, bis hin zu Kooperationen bei Banken und anderen Dienstleistungsunternehmen: Ein Austritt Großbritanniens aus der Gemeinschaft würde einen Schaden anrichten, der von den übrigen EG-Mitgliedern weit eher zu verkraften wäre als vom Inselreich.

Auch ein Blick auf die Direktinvestitionen gibt gute Argumentationshilfe an die Hand. So kam etwa den jüngsten Angaben der Deutschen Industrie- und Handelskammer in London zufolge 1984 jede zweite, von Ausländern in Deutschland investierte Mark aus Großbritannien. Damit überschritt der Gesamtbestand britischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik die Zehn-Milliarden-Mark-Marke.

Immer mehr kritisieren Subvention der Landwirte

Umgekehrt liegen die britischen Inseln seit nunmehr drei Jahren nach den USA an zweiter Stelle als Zielland deutscher Direktinvestitionen. Im vergangenen Jahr investierte die deutsche Wirtschaft rund eine Milliarde Mark im Vereinigten Königreich, womit das Gesamtvolumen deutscher Direktinvestitionen auf über sechs Milliarden Mark stieg. Heute gibt es in Großbritannien einschließlich Nordirland mehr als 700 deutsche Niederlassungen. Was aus all den Investitionen würde, wenn Großbritannien der EG den Rücken kehrte, läßt sich leicht ausmalen.

Immer wieder wird im übrigen argumentiert, die britischen Landwirte seien durch die europäische Agrarmarktpolitik eher benachteiligt. Doch um dies beurteilen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß die britische Landwirtschaftsstruktur etwa gegenüber der deutschen elementare Vorteile aufweist. Die britische, mit gut 200 000 landwirtschaftlichen Betrieben, ähnelt eher dem amerikanischen Farmwesen. So liegt die durchschnittliche Hofgröße in Großbritannien heute bei 120 Hektar und damit weit über der in allen übrigen europäischen Ländern. Etwa die *Hälfte der Betriebe stellt ungefähr* 90 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Produktion Großbritanniens her. Rund 50 000 große Farmeinheiten, die mindestens vier Mitarbeiter voll beschäftigen, erbringen 50 Prozent der Gesamtproduktion des Landes.

Während sich die Regierung in Bonn nach eigenen Angaben gezwungen sah, aufgrund der Einkommenslage der deutschen Bauern, die – so Bundeskanzler Kohl – wie keine andere Berufsgruppe benachteiligt ist, ein Veto im EG-Ministerrat gegen die Senkung des Getreidepreises einzulegen, wächst in Großbritannien die Kritik an der Subventionierung britischer Landwirte.

Forderung nach einem freien Binnenmarkt

Immer mehr Politiker fragen, wie lange es noch hingenommen werden könne, daß mit Steuergeldern und EG-Zuschüssen ohnehin schon reiche Farmer noch reicher gemacht werden. Insbesondere kritisieren sie, daß mit einem Teil dieser Gelder der landwirtschaftliche Anbau derart intensiviert wird, daß weite Teile des ländlich-idyllischen Großbritanniens bereits „veramerikanisiert" wurden.

Dagegen hat sich die Kritik an dem durch die EG-Politik aufgeblähten *binnenwirtschaftlichen Agrarpreisniveau* derart abgenutzt, daß von zu hohen Agrarpreisen kaum noch Aufhebens gemacht wird. Es wird als ein gewisser Preis für die Mitgliedschaft in Kauf genommen, und dies um so mehr, als das sich endlos hinschleppende Problem der Ausgleichszahlungen für die britischen Beiträge zum EG-Haushalt im Juni letzten Jahres in Fontainebleau im Sinne Londons gelöst wurde.

Was die britische Wirtschaft selbst an der EG in letzter Zeit wohl am meisten enttäuscht hat, ist die Weigerung einiger Mitgliedsländer, einen wirklich freien EG-Binnenmarkt mit gleichen wirtschaftlichen Bedingungen in allen Mitgliedsstaaten und insbesondere mit einer völligen Liberalisierung im Dienstleistungsbereich zu schaffen. An erster Stelle steht dabei die Forderung, die Versicherungsmärkte etwa in der Bunderepublik und in Frankreich für den ungehinderten Zugang für Firmen aus Partnerländern zu öffnen. Ähnliches gilt für eine Liberalisierung des Luftverkehrs mit ungehindertem Wettbewerb innerhalb Europas.

Doch die Weichen in diese Richtung sind längst gestellt. Und Bonn, so Kohl, will sich dafür „intensiv engagieren". Bei gutem Willen aller sei das Ziel einer Freihandelszone 1992 erreichbar.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Appeasement-Mantel

„Genscher will leisere Töne gegenüber dem Sowjetblock"; WELT vom 29. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bundesaußenminister Genscher will eine „neue Phase der Entspannungspolitik" eingeleitet wissen. Dazu sei es vonnöten, die Menschenrechte nicht „als ideologische Waffe" zu mißbrauchen und in der Ostpolitik auf jede „Effekthascherei" zu verzichten.

Leider kann ich dem Herrn Minister in seiner Argumentation nicht folgen, da mir die „alte Phase der Entspannungspolitik" in den 70er Jahren noch zu sehr in Erinnerung ist. Diese alte Phase wurde von den „Volksdemokratien" vortrefflich genutzt, um unter dem Schutz des westlichen Appeasement-Mantels noch rigoroser als zuvor ihren Krieg gegen die innere Opposition zu betreiben.

Der Herr Minister, der maßgeblich an der alten „Entspannungspolitik" beteiligt war, müßte das eigentlich auch wissen, aber er verschließt die Augen. Wie schrieb Lenin 1921: „Die Kapitalisten und ihre Regierungen werden gegenüber unseren Aktivitäten die Augen verschließen. Auf diese Weise werden sie nicht nur taubstumm, sonder auch noch blind werden." Dieses Zitat Lenins ist auch heute noch brandaktuell und sollte als Warnung verstanden werden.

Der Hinweis auf die unmenschlichen Praktiken des Ostblocks ist weder eine ideologische Waffe noch Effekthascherei. Es geht darum, das Bewußtsein der freien Welt zu schärfen und die moralische Verachtung aller auf die Folterknechte der vielen GULags zu lenken.

Die historische Erfahrung hat gezeigt, daß Diktatoren (von Hitler bis Gorbatschow) eine klare Sprache verstehen. Noch immer zeigten sie sich sehr empfindlich, wenn man sie vor der Weltöffentlichkeit bloßstellte und ihre Verbrechen anprangerte. Die westlichen Demokratien sollten sich hüten, durch ihr Schweigen mitschuldig am schreienden Unrecht jenseits des Eisernen Vorhangs zu werden. Besonders Genscher scheint dagegen nicht gefeit zu sein.

Mit freundlichen Grüßen
B. Bähr,
Weinheim

„Gegenstand Mensch"

„Ein Leid, das viele und vieles bewegte"; WELT vom 12. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

je weiter die medizinische Technologie fortschreitet, um so mehr besteht für die Menschheit die Gefahr, daß Verfahren angewendet werden, die zwar momentan Abhilfe zu bringen scheinen, deren langfristige Folgen aber noch nicht überschaubar sind. Dies zeigt sich an der verwirrten ethischen Diskussion über Genforschung, Retortenbabys oder künstliche Lebensverlängerung wie im vorliegenden Fall der Karen Ann Quinlan.

Der Mensch scheint mehr und mehr zum „Gegenstand" der Medizintechnologie herabgewürdigt zu werden. Unser Schöpfer gab dem Menschen den freien Willen, also die Möglichkeit, über sein Schicksal selbst zu bestimmen. Diese Freiheit ist nicht absolut zu sehen, sondern vollzieht sich im Rahmen natürlicher und geistiger Gesetzmäßigkeiten. Das Gesetz von Ursache und Wirkung sei beispielhaft herausgegriffen. Darauf wies vor 2000 Jahren schon Christus hin in seiner Aussage: „Was ihr sät, das werdet ihr ernten."

Jeder Mensch hat den freien Willen, über sein Verhalten zu entscheiden, aber er trägt auch selbst die Folgen. Kann das Leid des einzelnen als Folge früher gesetzter Ursachen gesehen werden? Wenn es eine Gerechtigkeit gibt, dann dürfen leidvolle Folgen nur denjenigen treffen, der entsprechende Ursachen gesetzt hat.

Häufig sind in den wenigen Jahren eines Menschenlebens keine Ursachen für sein Leid zu finden. Daraus ergibt sich die Feststellung, daß aufgrund der Lehre vom einmaligen *Leben des Menschen*, mit der die Kirchen das christliche Abendland prägten, keine vollständige Antwort möglich ist.

Muß nicht mit der Aussage von Saat und Ernte ein geistiges oder gar materielles Leben der menschlichen Geburt vorausgegangen sein, ein Leben, in dem Ursachen gesetzt wurden, deren Wirkungen jetzt zum Ausfluß kommen? Damit erhält Leid einen tiefen Sinn. Es ist die Möglichkeit, vergangenes Fehlverhalten auszugleichen. Es bringt uns wieder in Harmonie mit der alles Sein durchströmenden Urkraft, von der wir uns durch ungesetzmäßiges Verhalten entfernt haben.

Welche Folgen ergeben sich daraus: In der Medizin müssen wir den natürlichen, vom Schöpfer gegebenen Verläufen einer Krankheit wieder mehr Beachtung schenken, mehr natürliche Heilverfahren und Heilmittel anwenden als bisher und dürfen nicht der Natur mit allen, vom Menschen erdachten Technologien entgegenwirken.

Es ist gut für uns, wenn wir den tiefen Sinn des Leids erkennen, weil wir es dann leichter annehmen und tragen können.

Mit freundlichen Grüßen
W. Dobhan,
Augsburg

Wort des Tages

„Der Wege zum Glauben sind so viele, als es Menschen gibt. Jedenfalls ist das, was als ein Vordringen und Durchkämpfen des Menschen erscheint, in Wahrheit ein Gerufen- und Geführtwerden durch *Gott. Gott aber ruft* jeden Menschen als den, der er ist, und auf seinem besonderen Weg."

Romano Guardini; dt. Theologe (1885–1968)

„Schaugefechte"

„Kritik des DGB an Bonn und dem Beamtenbund"; WELT vom 4. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß ich als stellvertretender DBB-*Bundesvorsitzender* und CSU-Bundestagsabgeordneter „in die Schußlinie führender Vertreter der DGB-Gewerkschaften" geraten bin, kann mich natürlich nicht überraschen. Was überrascht, ist der in der WELT am 4. Juli dafür vom stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Fehrenbach vorgetäuschte Anlaß.

Gerade WELT-Leser wissen seit langem, daß mein Engagement als stellvertretender DBB-Bundesvorsitzender und CSU-Politiker seit langem und in allererster Linie der Besserstellung des einfachen Dienstes gilt. Was die Bundesregierung in ihrem jetzt zur parlamentarischen Beratung anstehenden Gesetzentwurf dazu vorsieht, ist unzureichend, aber ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Das Gesetzgebungsverfahren bietet die Chance für Nachbesserungen am Regierungskonzept, wie sie sich ja auch schon im Falle der Justizwachtmeister abzeichnen. Die Beamten- und Besoldungspolitik darf nicht den Zielen der Haushaltskonsolidierung untergeordnet werden. Richtig ist aber auch, daß Maximalforderungen à la DGB von vornherein an den finanziellen Rahmenbedingungen scheitern würden. Mit einer „alles oder nichts"-Strategie ist den unteren Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst jedenfalls nicht weiter geholfen.

Wer wie der DGB mit seiner Attacke Schaugefechte anzettelt, wird sich leicht verzetteln und kritische Rückfragen provozieren. Zum Beispiel diese: Wie ernsthaft und aufrichtig ist das Engagement des DGB für die kleinen Beamten, solange er an seiner Forderung festhält, alle – also auch die kleinen Beamten – mit einer Arbeitsmarktabgabe oder einem Solidarbeitrag von zwei Prozent zu belasten? Hier zeigt sich, wie absurd die DGB-Kritik ist und wieviel Anlaß zu Gegenkritik besteht.

Mit freundlichen Grüßen
Otto Regenspurger,
stellvertretender Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes (DBB) und CSU-Bundestagsabgeordneter

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Dr. **Erich Gladtke**, Direktor der Universitätsklinik Köln, feierte seinen 65. Geburtstag. Der in Osterode im Harz geborene Wissenschaftler studierte an der Universität Berlin Medizin. Im Oktober 1970 folgte er einem Ruf auf den Lehrstuhl für Kinderheilkunde und wurde zugleich Direktor der Universitäts-Kinderklinik Köln. Zu seinen Hauptforschungsgebieten zählt die Entwicklungspharmakologie, die klinische Pharmakologie beim Kind und die Pharmakokinetik. Professor Gladtke ist Mitglied der Zulassungskommission für Arzneimittel beim Bundesgesundheitsamt und Mitglied des Gremiums für klinische Pharmakologie beim Kind der Internationalen Pädiatrischen Gesellschaft.

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist der Hörspielregisseur und Produktionsleiter des Hessischen Rundfunks, **Hans Heinrich Vollmer**, ausgezeichnet worden. Vollmer hat bevor er 1964 als Regisseur zum Hessischen Rundfunk kam, als Schauspieler und Regisseur an verschiedenen Bühnen in Deutschland und in den USA gearbeitet. Darüber hinaus hat er eine Reihe von Theaterstücken aus dem Englischen übersetzt. Sein besonderes Engagement gilt der Ausbildung des schauspielerischen Nachwuchses an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, wo er als Lehrbeauftragter tätig ist.

*

Dr. **Norbert Hellmann** aus Hamminkeln ist mit dem Verdienstkreuz am Band des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Hellmann hat neben seiner Tätigkeit als Pädagoge und Psychologe über seine beruflichen Aufgaben hinaus im Bereich psychologischer Betriebsberatung und Jugendpsychologie Entscheidendes geleistet. Der 1919 in Weidenau im Kreis Siegen Geborene gehörte in den 50er Jahren zu den Mitinitiatoren der Problemanalyse und -lösung der Farbgebung. In Betrieben und verschiedenen Werken erarbeitete er hierzu Musterobjekte.

EHRUNG

Für seine großen wissenschaftlichen Verdienste ist der Nobelpreisträger für Chemie des Jahres 1967, Professor Dr. **Manfred Eigen**, von der Universität Bielefeld mit einer weiteren Ehrenpromotion ausgezeichnet worden. Der 1927 in Bochum geborene Direktor des Max-Planck-Instituts für bio-physikalische Chemie in Göttingen, ist bereits 11facher Ehrendoktor ausländischer Hochschulen.

ERNENNUNGEN

Professor Dr. **Gerfried Appelt** wurde neuer Präsident des Bayerischen Landesvermessungsamtes in München. Bayerns Finanzminister **Max Streibl** führte den Präsidenten in sein neues Amt ein. Appelt tritt die Nachfolge von Dr. **Theodor Ziegler** an, der die Leitung der Vermessungsabteilung im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen übernimmt. Das Landesvermessungsamt in München hat mit seinem Landesluftbildarchiv auch die Steuerung und Überwachung umwelterhaltender Maßnahmen gekoppelt.

*

Das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut *SIPRI*, vom schwedischen Parlament 1966 gegründet, erhält einen deutschen Direktor: **Walter Stützle** soll Nachfolger von **Frank Blackaby** (Großbritannien) werden. Stützle war von 1976 bis 1982 Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium und arbeitet derzeit als Militärkorrespondent der „Stuttgarter Zeitung". Stützle war von dem SIPRI-Kuratoriumsmitglieds **Egon Bahr** vorgeschlagen worden. Bekannt wurde der Militärexperte, der wesentlich für den Inhalt der Weißbücher in der sozialliberalen Koalition verantwortlich war, durch das Buch „Politik und Kräfteverhältnis. Die Bundesrepublik im Wechselspiel der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte von Ost und West".

WAHL

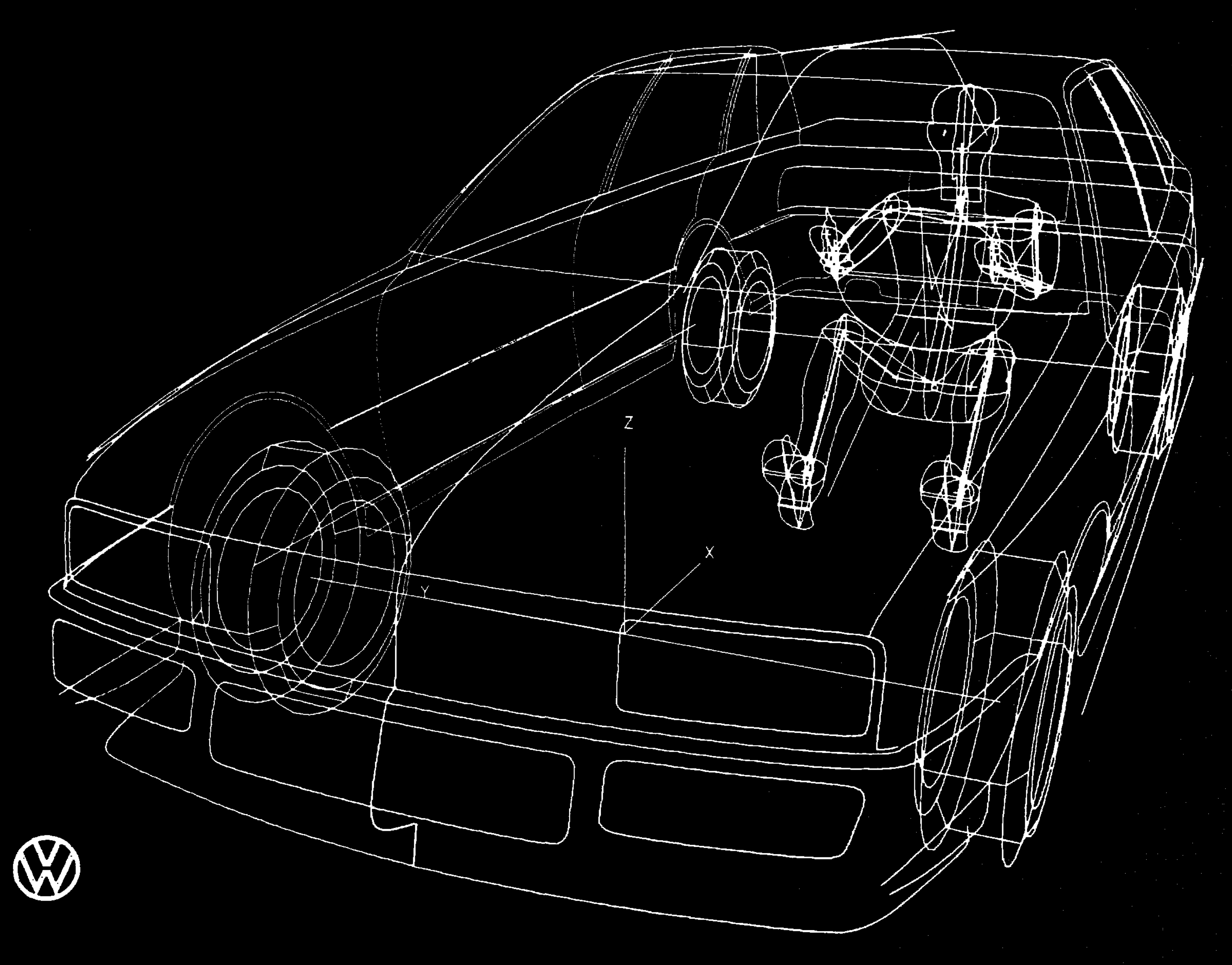
Berlins Akademie der Künste im Hansaviertel nahm jetzt zehn neue Mitglieder aus unterschiedlichen Bereichen auf. Es sind: In der Abteilung „Bildende Kunst" wurden **Karl Bobeck** aus Maruth und **Meret Oppenheim** aus Bern gewählt. Der Abteilung „Baukunst" gehören künftig die Architekten **Ralph Erskine** aus Stockholm und **Roland Rainer** aus Wien an. **Christobald Halffter** aus Madrid und **Hans Werner Henze** aus Zürich ergänzen die Abteilung „Musik". Der Schriftsteller **Peter Eichsel** aus Dellach erhielt die Berufung in die Literatur-Abteilung. Die drei Mimen **Cornelia Froboess** (München), **Hannelore Heger** (Hamburg) und **Otto Sander** (Berlin) wurden in die Abteilung „Darstellende Kunst" gewählt.

Das Jahr 2000 gewinnt Gestalt.

Die deutsche Automobilindustrie stellt sich – im Inland wie auf den Auslandsmärkten – mit Erfolg dem harten internationalen Wettbewerb. Sie hat zur Lösung der anstehenden Probleme ihren Beitrag geleistet. Investitionen von jährlich annähernd 10 Mrd. DM sowie glänzende Exportergebnisse sind dafür herausragende Beispiele. Die Automobilindustrie ist in ihrer Gesamtheit unverändert eine wettbewerbsfähige Schlüsselbranche und mit zuletzt festgestellten 134 Mrd. DM Umsatz größter Industriezweig der deutschen Wirtschaft. Um die Zukunft zu meistern, brauchen wir neben unseren eigenen Anstrengungen adäquate Rahmenbedingungen. Insbesondere sind wir auf eine marktwirtschaftliche Erneuerung im Sinne von mehr Flexibilität im Wirtschaftsleben und eine Erweiterung des unternehmerischen Handlungsspielraums angewiesen. Von ebenso großer Bedeutung ist es, daß allenthalben Forschung und Entwicklung verstärkt werden. Nur durch sie können wir in den harten Wettbewerbssituationen der Märkte Vorsprung in der Technologie erkämpfen und behaupten.

Im Volkswagen-Konzern stehen Forschung und Entwicklung im Dienste einer technischen Philosophie, die immer wieder in allen Fahrzeugklassen durch bessere Technik und Qualität, durch mehr Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Leistung und Komfort den Fortschritt im Automobilbau vorantreiben und dem Verbraucher damit bessere Produkte bieten will. Für diese Zielsetzung haben wir im Jahr 1984 rd. 1,4 Mrd. DM aufgewendet, d. h. mehr als 3,5 Prozent des Umsatzes. Ihren Ausgangspunkt nehmen technische Neuerungen in der Forschung. Dutzende von Innovationen sind auf diese Weise im Volkswagen-Konzern für den Automobilbau ersonnen worden.

Das ist der Weg, auf dem wir sicher und mit Zuversicht dem Jahr 2000 entgegen gehen.



Jahresabschluß des Volkswagen-Konzerns

in zusammengefaßter Form

Bilanz
(Stand 31. Dezember)

Aktiva	Mio. DM 1984	Mio. DM 1983
Anlagevermögen		
Sachanlagen	11.515	11.801
Finanzanlagen	425	345
Ausgleichsposten aus der Erstkonsolidierung	119	119
Umlaufvermögen		
Vorräte und Geleistete Anzahlungen	6.654	5.878
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.319	1.734
Flüssige Mittel	6.820	4.323
Eigene Aktien	21	21
Übrige Vermögensgegenstände	4.849	4.262
Rechnungsabgrenzungsposten	271	317
Konzernbilanzverlust	–	59
Gesamtvermögen	32.993	28.859

Passiva	Mio. DM 1984	Mio. DM 1983
Grundkapital der Volkswagenwerk AG	1.200	1.200
Konzernrücklagen	5.017	5.055
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	323	284
Sonderposten mit Rücklageanteil	325	427
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	51	45
Rückstellungen		
Pensionsrückstellungen	4.739	4.235
Andere Rückstellungen	7.240	5.400
Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	2.387	2.011
Andere Verbindlichkeiten		
aus Lieferungen und Leistungen	3.094	2.681
gegenüber Kreditinstituten	5.352	4.840
Übrige	2.942	2.501
Rechnungsabgrenzungsposten	199	180
Konzernbilanzgewinn	124	–
Gesamtkapital	32.993	28.859

Gewinn- und Verlustrechnung

Januar–Dezember	Mio. DM 1984	Mio. DM 1983
Umsatzerlöse	45.671	40.089
Bestandsveränderung	630	76
Andere aktivierte Eigenleistungen	471	515
Gesamtleistung	46.772	40.680
Materialaufwand	23.824	20.852
Personalaufwand	13.227	12.371
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	4.021	3.689
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	1.266	494
Sonstige Steuern	102	86
Mehraufwand aus den übrigen Aufwands- und Ertragsposten	4.104	3.403
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	228	–215

Die ungekürzten Fassungen der Jahresabschlüsse des Volkswagen-Konzerns und der Volkswagenwerk AG zum 31. Dezember 1984 sind mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der TREUARBEIT Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Hannover, versehen und werden im Bundesanzeiger Nr. 123 vom 9. Juli 1985 veröffentlicht.

Wolfsburg, im Juli 1985

DER VORSTAND

Streit in Nordelbien vorerst beigelegt

Kein ethischer Vorrang für Kriegsdienstverweigerung

MICHAEL JACH, **Rendsburg**

Mit ihrem „uneingeschränkten Ja" zur Beschlußvorlage der Kirchenleitung hat die Bekennende Gemeinschaft in der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche es am Wochenende ermöglicht, auf der Rendsburger Sondersynode zur Frage „Was gilt in der Kirche?" den Streit um Ausrichtung und Ordnung der nordelbischen Kirche zu überwinden. Die Vorlage wurde nach teilweise kontroverser Beratung, jedoch in den wesentlichen Aussagen kaum verändert, bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung als verbindliche „Kundgebung" der Synode beschlossen.

Zu den zuvor besonders heftig umstrittenen „politischen Konsequenzen" des Evangeliums stellte das – gemeinsam mit den Bischöfen zur Leitung der Kirche befugte – „Kirchenparlament" grundsätzlich fest: Verkündigung solle der Gemeinde „Weisung für ihr Leben" geben, Weisung könne aber „nicht zur Bedingung ihres Heils werden". Folgerichtig ließen die nordelbischen Bischöfe Karlheinz Stoll (Schleswig), Ulrich Wilckens (Lübeck) und Peter Krusche (Hamburg) zum aktuellen Streit um die Wehrdienstverweigerung in Rendsburg keinen Zweifel, daß von einem „relativ christlicheren" oder „deutlicheren Glaubenszeichen" im Unterschied zum Wehrdienst zu sprechen, theologisch unverantwortlich sei.

Bekenntnis zum Staat

Die Synode bekannte sich zum freiheitlich-demokratischen und sozialen Staat des Grundgesetzes und zu seiner Rechtsordnung, denen „die Achtung der Christen" gebühre. Dies schließe die Verpflichtung ein, diesen Staat „konstruktiv mitzugestalten, wachsam und kritisch zu begleiten". Kirchliche Amtsträger insbesondere hätten sich – mit Rücksicht auf die „Belastbarkeit der kirchlichen Gemeinschaft" – davor zu hüten, „jede wichtige politische Entscheidung zu einer Glaubensentscheidung hochzustilisieren".

Unter diesen Maßgaben sollen die Kräfte der nordelbischen Kirche nicht weiterhin in Streitigkeiten verschlissen, sondern auf die Verkündigung „auf der Grundlage von Bibel und Bekenntnis" konzentriert werden. Bischof Stoll hatte schon zu Beginn der Tagung zur „Mission vor der eigenen Haustür" gerufen, um der Auszehrung der Volkskirche zu begegnen.

Die Bekennende Gemeinschaft und jene elf bekannten evangelischen Persönlichkeiten, die mit ihrem „Aufruf an unsere Bischöfe" vom Frühjahr den entscheidenden Anstoß für die Rendsburger Sondersynode gaben, zeigten sich – „zum Nutzen der Kirche" – erfolgsbewußt: „Die Vorlage der Kirchenleitung hat gezeigt, daß unser Aufruf etwas bewirkt hat.Ihre richtungweisende Tendenz ist gut, daher unser uneingeschränktes Ja", erklärte der Itzehoer Pastor Jens Motschmann.

Innerkirchlicher Frieden

Gegen eine von Bischof Krusche als Ziel gesetzte „versöhnte Verschiedenheit" in der Kirche meldete Motschmann jedoch Bedenken an: diese lasse immer noch Raum „für nicht schriftgemäße Positionen".

Im Verlauf der Synodenberatung über die Vorlage brachten die Vertreter der innerkirchlichen „Friedensgruppen" Befürchtungen vor, sie sollten künftig „diszipliniert" werden. Als Beleg wurden die Bischofsäußerungen zum ethischen „Vorrang" der Wehrdienstverweigerung angeführt.

Noch bis kurz vor Synodenschluß war der Vorwurf gegen die Bekenntnisgruppen strittig, sie hätten „voreilig" die Öffentichkeit benutzt, um „Druck von außen" auf die Kirche auszuüben. Schließlich aber setzten selbst bisherige Gegner der Gemeinschaft aus der Kirchenleitung sich dafür ein, den Vorwurf fallenzulassen: Ausgerechnet mit ihren Pressekonferenzen während der Synode „haben sie zum innerkirchlichen Frieden beigetragen".

Das Mitglied des Executivkomitees des Lutherischen Weltbundes (LWB), Sieglinde Hörschelmann (Brekum), meinte, die Sondersynode habe für alle lutherischen Kirchen, die an Konflikten leiden, ein Zeichen „bewiesener Toleranz" gesetzt. Sie hoffe, daß der beschlossene Konsens Nordelbien helfen werde, innerkirchliche Mißverständnisse ohne öffentliche Kontroversen zu lösen.

„DDR"-Jugend sucht sich eigene Vorbilder

AP/DW. **Berlin**

Mit „revolutionären Vorbildern" hat die Jugend in der „DDR" zum Leidwesen des kommunistischen Jugendverbandes „Freie Deutsche Jugend" (FDJ) offenbar nicht mehr viel im Sinn. Das Informationsbüro West zitierte aus der FDJ-Funktionärszeitschrift „Junge Generation", die in ihrer jüngsten Ausgabe dazu aufruft, größere Anstrengungen zu unternehmen, um der Jugend „revolutionäre Vorbilder" zu vermitteln.

Untersuchungen hatten ergeben, daß die über 14jährigen in der „DDR" in der Regel Personen „aus der unmittelbaren Lebensumwelt" zu ihren Vorbildern wählten. Mit zunehmendem Alter wachse zudem der Trend zu gleichaltrigen Vorbildern. Demgegenüber würden revolutionäre und kommunistische Politiker von Jugendlichen kaum noch gewählt. Hier sei im Vergleich zu früheren Untersuchungsergebnissen ein grundlegender Wandel eingetreten, schreibt das Informationsbüro West.

„DDR"-Wissenschaftler versuchen diese Veränderung mit einem „höheren Realitätsgrad der Lebenszielsetzung der Gegenwartsjugend" zu erklären. Doch sei nicht zu übersehen, daß die Ausstrahlungskraft des Kommunismus und damit seiner Repräsentanten auf die Jugend generell abgenommen habe und der Alltag im „realen Sozialismus" weit kritischer als früher beurteilt werde.

Die Abkehr der Jugendlichen von ideologischen Leitbildern und eine zunehmende Gleichgültigkeit hatte die FDJ-Führung in den vergangenen Jahren mehrfach beklagt. So monierten die Funktionäre bereits 1983, daß ausgerechnet im Karl-Marx-Jahr der „DDR" die Zahl der Hörer der Theorien der Sozialismus-Väter an den Universitäten bisweilen nur 75 Prozent der Soll-Stärke eines Semesters erreiche. Auch das starke Interesse der „DDR"-Jugend an westlicher Mode, Musik und Kulturleben behagt der FDJ-Führung nur wenig.

Für viele Jugendliche ist die Mitgliedschaft in der FDJ ein notwendiges Übel für Studium und Karriere. Nach offiziellen Angaben gehören der Organisation 2,3 Millionen Mitglieder an, rund drei Viertel aller 14 bis 25jährigen in der „DDR".

Auch in Italien Unmut über Kontakte deutscher Sozialdemokraten zur KPI

WELT-Gespräch mit Dregger / Lob für den sozialistischen Regierungschefs Craxi

GÜNTHER BADING, **Bonn**

In den Unionsparteien wächst die Besorgnis über die enge Zusammenarbeit der deutschen Sozialdemokraten mit der Kommunistischen Partei Italiens. Bundeskanzler Kohl hatte in der vergangenen Woche von „erstaunlichen Kontakten" der SPD zur KPI gesprochen, die allerdings „in das Gesamtbild einer Partei" paßten, „die dabei ist ihre Identität völlig zu verlieren." Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, berichtete nach seiner Rückkehr von einem zweitägigen Italien-Besuch im Gespräch mit der WELT, daß ihm gleichlautende Sorgen nicht nur von den christdemokratischen Parteifreunden dort, sondern auch von Politikern anderer Couleur vorgetragen worden seien.

Zur Kooperation deutscher Sozialdemokraten mit italienischen Kommunisten erinnerte Dregger daran, daß diese Kontakte schon in der Zeit vor der Kanzlerschaft des SPD-Vorsitzenden Brandt aufgenommen worden seien. Horst Ehmke habe damals die neue Ostpolitik mit der KPI abgestimmt. „Inzwischen ist das eine sehr eingefahrene Schiene. Und seither gibt es auch eine spürbare Distanz der SPD zu den italiensichen Sozialisten und eine sehr enge Kooperation mit den Kommunisten dort." Die sozialistische Partei Italiens unterscheide sich ganz wesentlich von den deutschen Sozialisten durch ihre klare Politik der Westbindung. Sie stünden in dieser entscheidenden Frage den Christdemokraten Italiens weit näher als den Kommunisten. Seine christdemokratischen Gesprächspartner hätten ihm versichert, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Italiens, Ministerpräsident Craxi, sei ein „absolut vertrauenswürdiger Partner des Westens". Hingegen sei schon „bemerkenswert", sagte Dregger gegenüber der WELT, daß „die Politik der Distanz zu Amerika – um zurückhaltend zu formulieren – und des Eingehens auf sowjetische Propaganda- und Desinformations-Vokabeln wie ‚Krieg der Sterne' und ‚eindeutige Ablehnung von SDI' in Deutschland von der SPD und in Italien von der KPI gleichlautend vertreten wird."

In der innenpolitischen Auseinandersetzung Italiens machten die Kommunisten eifrig Gebrauch von der Gemeinsamkeit mit der SPD; sie bezögen sich in ihrer Argumentation immer wieder auf deren Position.

Dregger fand nach seinen Gesprächen mit dem Vorsitzenden der Democrazia Cristiana (DC) Piccoli, dem christdemokratischen Außenminister Andreotti und dem Parteichef der Republikaner, Verteidigungsminister Spadolini, geradezu bewundernde Worte für die Leistungen der italienischen Regierung. Besonders hervorzuheben seien die Abwehr der Regierungsbeteiligung von Kommunisten im sogenanten „historischen Kompromiß", die Beseitigung der „scala mobile" (automatische Einkommenserhöhung zum Inflationsausgleich) und die „Festigkeit und Gelassenheit" mit der Italien den NATO-Nachrüstungsbeschluß verwirkliche.

Anlaß für die Rom-Reise des Fraktiosnchefs war eine Privataudienz bei Papst Johannes Paul II., in der nach Dreggers Angaben über die „Lage Europas in Ost und West" gesprochen wurde. Der zeitliche Zusammenhang zwischen der Papst-Audienz für den CDU-Politiker und dessen privater Polen-Reise vom 17. bis 28. Juli ist jedoch für Beobachter unverkennbar. Die polnische Regierung hatte zwar in der Vergangenheit Interesse an engeren Kontakten mit der CDU bekundet, jedoch den Fraktionsvorsitzenden in einer offiziellen Erklärung davon ausdrücklich ausgenommen (WELT vom 4.Juli). Dregger erklärte zu seiner ersten Unterredung mit Papst Johannes Paul II., er verehre ihn nicht nur als Oberhaupt der katholischen Christenheit, „sondern auch als einen hervorragenden Repräsentanten der polnischen Nation und als einen der wirksamsten Kämpfer für die Menschenrechte."

Agcas Hintermann kam nach Istanbul

dpa, **Istanbul**

Der Türke Bekir Celenk, der in das Papst-Attentat vom Mai 1981 verwikkelt sein soll, ist überraschend aus Sofia in die Türkei zurückgekehrt, was von entscheidender Bedeutung für den Verlauf des in Rom geführten Prozesses sein könnte. Der Attentäter Ali Agca sagte aus, Celenk habe ihn im Auftrag des bulgarischen und des sowjetischen Geheimdienstes angeworben und ihm für den Mordanschlag Geld gegeben.

Celenk, der 1980 aus der Türkei floh und seit 1982 in Bulgarien unter Hausarrest stand, wurde in Istanbul sofort von Sicherheitsbeamten zum Verhör abgeführt. Es war noch nicht klar, ob er an Italien ausgeliefert wird, um im Papst-Prozeß gehört zu werden.

Arbeitslosengeld länger als bisher?

rtr, **Bonn**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat sich für eine längere, über 12 Monate hinausgehende Zahlung von Arbeitslosengeld ausgesprochen.

In einem Interview von Radio Luxemburg sagte Blüm, die zu erwartenden Überschüsse in der Arbeitslosenversicherung, die aus dem Wechsel vieler Arbeitslosengeldbezieher in die Arbeitslosenhilfe entstanden sind, sollten nicht an die Beitragszahler zurückgegeben werden, sondern den Arbeitslosen zugute kommmen.

Eine Versicherung demontiere sich selbst, wenn die originären Versicherungsleistungen zurückgingen. Wer länger Arbeitslosenbeitrag bezahlt habe, der solle deshalb auch länger Arbeitslosengeld beziehen.

Papst-Kommission kritisiert SDI

DW. **Rom**

Eine vom Papst eingesetzte Kommission von Wissenschaftlern aus Ost und West soll schon Ende Januar zu dem Ergebnis gekommen sein, daß die von den USA geplante Raketenabwehr im Weltraum keinen 100prozentigen Schutz biete, zu teuer sei und ein weiteres Wettrüsten begünstige.

Zu diesen Berichten der italienischen Presse erklärte nun Vatikan-Sprecher Nicolini jedoch, die Experten der Päpstlichen Akademie – unter ihnen Pentagon-Berater Eugenio Fubini und der UdSSR-Forscher Roald Segdejew – hätten ihren Schlußbericht noch nicht fertiggestellt. Der Papst hatte im Januar beschlossen, den Bericht zunächst nicht zu veröffentlichen.

Briefmarke erregt Unmut in Warschau

fac. **Bonn**

Kopfschütteln hat in Bonn der Protest des polnischen Postministeriums gegen die Pläne der Bundespost hervorgerufen, im November eine Briefmarke mit der Aufschrift „40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher" herauszugeben. Warschauer Zeitungen hatten am vergangenen Samstag gemeldet, alle Sendungen nach Polen, die mit einer solchen Marke frankiert seien, würden mit einer entsprechenden Notiz als unzustellbar zurückgeschickt. Die Briefmarke, so die polnische Version, unterstütze revisionistische Schlagworte und richte sich somit gegen die territoriale Integrität Polens.

Die Briefmarke ist seit Oktober vergangenen Jahres angekündigt. Ganz bewußt hat man in Bonn, um erwarteten Unmut in Warschau auszuschließen, darauf verzichtet, 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges an die Tatsache der Vertreibung aus dem Osten zu erinnern. Noch 1955 und 1965 waren jeweils Marken auf den Markt gekommen, die an 10 bzw. 20 Jahre Vertreibung erinnerten. Damals hatte es Schwierigkeiten mit der polnischen Post gegeben. Diesmal wird lediglich die soziale Leistung der Eingliederung der Millionen Ostdeutschen in die Erinnerung gerufen.

Bisher war lediglich bekannt, daß die Volksrepublik Polen dem Auswärtigen Amt in Bonn ein Schreiben übergeben ließ, in dem die Erwartung geäußert wurde, die Bundespost werde auf die Herausgabe der Marke verzichten. Daß jetzt aber offen damit gedroht wird, entsprechend frankierte Sendungen nicht zu befördern, ist ein weiterer Schritt in der Warschauer Kampagnie gegen die Bundesrepublik Deutschland. „Hier wird gegen Dinge protestiert, die es gar nicht gibt", hieß es gestern aus dem Bundespostministerium unter Hinweis auf die Tatsache, daß es in diesem Jahr bewußt auf eine früher übliche „Vertreibungs-Briefmarke" verzichtet wurde. Sollte es bei den Protesten bleiben und die polnische Post in der angekündigten Weise in die Briefbeförderung eingreifen, so sei dies eine „eindeutige Einmischung in die innere Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland".

Ein erfülltes Leben hat sich in Frieden vollendet.

Adele Ernst

* 1. 12. 1903 † 1. 7. 1985

Wir gedenken ihrer in Liebe und Dankbarkeit.

Alfred und Renata Ernst geb. Sickinger
Rolf und Sylvia Ernst geb. Stöckicht
Klaus und Ulrike Ernst geb. Voswinkel
Karl-August und Gerlind Ernst geb. Müller
und 10 Enkelkinder

2000 Hamburg 52, Zickzackweg 35

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis in aller Stille stattgefunden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jurgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.), Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffka (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesktrs, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt, München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD. Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



BADENWERK
Aktiengesellschaft Karlsruhe

– Wertpapier-Kenn-Nr.: 515 060 –

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung vom 5. Juli 1985 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1984 von 32 002 735 DM zur Ausschüttung folgender Dividende: 4,50 DM je 50-DM-Aktie auf nominell 150 000 000 DM Namensaktien, die von der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart, gehalten werden; 6,00 DM je 50-DM-Aktie auf nominell 75 000 000 DM Namensaktien, die von der LKB-Energiebeteiligungsgesellschaft mbH, Karlsruhe, gehalten werden; 6,00 DM je 50-DM-Aktie auf – nach Abzug des Eigenbesitzes – nominell 74 863 050 DM Inhaberaktien zu verwenden und den Restbetrag von 519 169 DM auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Dividende wird – nach Abzug der Kapitalertragsteuer – vom 8. Juli 1985 an gezahlt, und zwar auf Namensaktien unmittelbar durch die Gesellschaft, auf Inhaberaktien gegen Einreichung der Gewinnanteilscheine Nr. 12 bei einer der im Bundesanzeiger Nr. 123 vom 9. Juli 1985 veröffentlichten Zahlstellen.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Anteilseignern gegen Vorlage der vom depotführenden Kreditinstitut auszustellenden Steuerbescheinigung auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet und im Falle der Überzahlung erstattet.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nichtveranlagungs-Bescheinigung des Wohnsitzfinanzamts eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Karlsruhe, den 8. Juli 1985

Der Vorstand

Montag, 8. Juli 1985
Nr. 155

Etappen-Sieg

Stü. – Niedersachsens Wirtschaftsministerin Birgit Breuel ist es gelungen, die Mehrheit der Bundesländer auf ihren Gesetzentwurf zum Ausbau der Vermögensbildung einzuschwören. Sie hat mit dem Beschluß des Bundesrates nicht nur den Eigentumspolitikern im Bundestag die Schau gestohlen, vor allem bringt sie die Regierung in Zugzwang. Denn die Bonner Ministerien, trotz langer Vorbereitungszeit über Positionspapiere nicht hinausgekommen, müssen sich nun innerhalb von drei Monaten zu einer Stellungnahme zusammenraufen.

Der Bundesrats-Vorschlag setzt Markierungen: Spezielle Investmentfonds sollen die Möglichkeit bekommen, bis zu 40 Prozent ihres Vermögens in stillen Beteiligungen an Unternehmen zu investieren. Für die Arbeitnehmer bedeutete dies eine interessante Erweiterung des Anlagekatalogs im 936-Mark-Gesetz, für die Unternehmen erschlösse sich eine neue Eigenkapital-Quelle. Die von der mittelständischen Wirtschaft gezahlten vermögenswirksamen Leistungen könnten von den Arbeitnehmern endlich auch dort wieder angelegt werden. Eine von 23 auf 30 Prozent erhöhte Arbeitnehmer-Sparzulage für echte Beteiligungstitel sollte jedenfalls ein ausreichender Anreiz sein.

Gewiß wäre ein solches Gesetz ein großer Schritt nach vorn. Aber so weit ist es noch lange nicht. Den Gewerkschaften paßt die ganze Richtung nicht und auch im Arbeitgeberlager hält sich die Begeisterung in Grenzen. Frau Breuel und ihre Mitstreiter müssen deshalb noch viel Überzeugungsarbeit leisten, wenn es nicht bei dem einen Etappensieg bleiben soll.

Information

HH – Der Bundesrat hat am Freitag „die noch bestehende Lücke im deutschen Recht für umweltfreundliche Autos geschlossen". Damit geht ein zweijähriger Leidensweg zu Ende, der in der Bonner Gesetzgebung vielleicht ohne Beispiel ist. Nicht nur die immer neuen Ankündigungen zur Schadstoffregelung, auch die jetzt in Kraft getretene komplizierte Bestimmung selbst haben bewirkt, daß sich außer ein paar Experten niemand mehr auskennt. Entscheidend für die rasche Einführung des schadstoffarmen Autos ist nun die Aufklärung der Verbraucher. Unter dem Titel „Was Autofahrer jetzt wissen wollen", hatte das Bundespresseamt zu Jahresbeginn eine Broschüre in Fünf-Millionen-Auflage herausgebracht, die allerdings den Nachteil hatte, falsch zu sein. Das läßt die Schlußfolgerung zu, daß das Thema selbst für Experten seine Tücken hat. Daraus sollte man in Bonn lernen und rasch korrekte, allgemeinverständliche Informationen bieten. Nichts hindert die Auto-Industrie, sich daran zu beteiligen.

IMMOBILIEN / Eine Untersuchung des Göttinger Instituts für Wohnungswesen

Anlagechancen bietet allenfalls der Markt für Laden- und Büroflächen

LEO FISCHER, Bonn

Auf dem Immobilienmarkt der Bundesrepublik bieten sich für aussichtsreiche Neuinvestitionen nur noch wenig Chancen. Pauschal gesehen sind das Angebot und die Nachfrage ausgeglichen. Nur auf räumlichen und sachlichen Teilmärkten bieten sich nach einer Untersuchung des Instituts für Wohnungswesen in Göttingen noch Anlagemöglichkeiten. Als solcher Teilmarkt gilt der Markt für Ladenflächen und Büroflächen in guten City-Lagen.

Das Institut weist darauf hin, daß die gemischt genutzte Immobilie eine bevorzugte Anlageform darstellt. Als Beleg für die Chancen auf diesem Teilmarkt wird der Erfolg der offenen Immobilienfonds angesehen, die in ihren Portefeuilles bis zu 85 Prozent gewerblich genutzte Immobilien – darunter zu einem großen Teil gemischt genutzte Immobilien in guten Lagen – halten.

Gleichzeitig warnen die Göttinger jedoch davor, generell Immobilieninvestitionen in diesen Marktsegmenten als aussichtsreich einzustufen. Denn Grundstücke in Zentrumslagen seien knapp und daher teuer. Der hohe Grundstücksaufwand bei solchen Objekten bringe es mit sich, daß nur schwer eine Rentabilität zu erzielen ist. Gleichwohl wird der Marktbereich Laden- und Büroflächen – mit gewissen Einschränkungen bei der rein bürogenutzten Immobilie – noch als „relativ günstig" eingeschätzt. Dennoch bedarf es bei jeder konkreten Investitionsentscheidung einer eingehenden Analyse der Chancen und Risiken. Die geographische Verteilung günstiger und weniger günstiger Zentrumsmärkte ist uneinheitlich. Von einem Süd-Nord-Gefälle könne – wenn überhaupt – nur sehr bedingt gesprochen werden.

Das Institut für Wohnungswesen untersuchte die Märkte für einzelhandels- und bürogenutzte Immobilien in Zentrumslagen der Großstädte (65 Städte über 100 000 Einwohner) und der Mittelstädte (47 mit jeweils über 60 000 Einwohnern). Dabei ergab sich bei Ladenflächen in 77 aller untersuchten Städte (68,8) Prozent) ein Nachfrageüberhang, in 26 Städten (23,2 Prozent) ein Ausgleich und in neun Städten (acht Prozent) Überschuß des Angebots. Eine Differenzierung nach Groß- und Mittelstädten ergibt von diesen Zahlen nur unerhebliche Abweichungen.

Ausgeweitet hat sich sowohl das Angebot wie die Nachfrage. In 52 (46,4 Prozent) aller untersuchten Städte ist das Angebot in der letzten Zeit gestiegen, in 60 Städten (53,6 Prozent) blieb es konstant. Auch bei der Angebotsentwicklung sind kaum Abweichungen zwischen Groß- und Mittelstädten festzustellen. Etwas weniger stark als das Angebot dehnte sich die Nachfrage aus: In 42 (37,5 Prozent) der Städte nahm sie zu, in 60 (53,6) Prozent blieb sie gleich und in zehn Städten verminderte sie sich. Überproportional erhöhte sich die Nachfrage nach Feststellungen der Göttinger in den Mittelstädten. Auch der Rückgang war hier weniger ausgeprägt als in den Großstädten.

Insgesamt stellen die Göttinger Experten einen Anstieg der Mietpreise für Ladenflächen fest. In 49 (43,75 Prozent) zogen die Preise an, in ebenfalls 49 blieben sie stabil, in 14 (12,5 Prozent) schwächten sie sich ab. Stärker als in den Großstädten war die Aufwärtstendenz der Preise in den Mittelstädten.

Bei der Analyse des Marktes für Büroflächen (hier wurden statt 47 insgesamt 56 Mittelstädte einbezogen) wurde überwiegend ein Angebotsüberhang festgestellt. So übersteigt das Angebot in 103 Städten (85,1 Prozent) die Nachfrage, während in 15 (12,4 Prozent) Städten der Markt ausgeglichen und in nur drei Städten (2,5 Prozent) die Nachfrage das Angebot übersteigt.

Insgesamt – das gilt für Groß- und Mittelstädte – ist eine starke Zunahme des Angebots festzustellen, während gleichzeitig die Nachfrage eine stark sinkende Tendenz aufweist, die in den Großstädten ausgeprägter ist als in den Mittelstädten.

Die Mietpreise für Büroflächen sind per Saldo eher als stabil zu bezeichnen. In 61 der Groß- und Mittelstädte (50,4 Prozent) waren die Preise unverändert. Die Zahl der Städte, in denen die Preise stiegen oder fielen, war in etwa gleich.

US-KONJUNKTUR

Am Arbeitsmarkt beginnt der Motor zu stottern

H.-A. SIEBERT, Washington

Zweifel werden am amerikanischen Beschäftigungswunder laut, das die Europäer in den vergangenen 31 Monaten bestaunt haben. Immerhin sind in den USA seit dem Ende der Rezession mehr als sieben Mill. Jobs geschaffen worden. Aber der Antriebsmotor beginnt zu stottern; es geht nicht mehr aufwärts. Besorgnis macht sich in der Reagan-Administration breit, zumal da das verarbeitende Gewerbe seit Januar 220 000 Arbeitsplätze verloren hat.

Nach Angaben des Arbeitsministeriums in Washington war die Arbeitslosenrate auch im Juni bei 7,3 Prozent eingefroren: Sie hat sich damit seit fünf Monaten nicht verändert. Ähnlich lange verharrte sie bei 7,4 Prozent. Immer nocht sind 8,4 Mill. arbeitswillige US-Bürger ohne Job; weil entmutigt, fragen 1,1 Mill. keine Arbeit mehr nach. Im letzten Monat schrumpfte die zivile Gesamtbeschäftigung sogar erstmals wieder, und zwar von 107 auf 106,4 Mill. Personen. Seit April 1980 ist in den USA die Arbeitslosenquote nicht unter sieben Prozent gesunken.

Seit Beginn des Konjunkturaufschwungs im November 1982 findet in Amerika, wie jetzt immer deutlicher wird, in den Fabriken eine dramatische Umstrukturierung statt. Geradezu unaufhaltsam wächst die Lücke zwischen dem Dienstleistungssektor und der Weiterverarbeitung. Allein im Juni stiegen auf der einen Seite die Einstellungen um 85 000, während auf der andereren die Entlassungen wieder 45 000 ausmachten. Im Mai waren es 40 000, im April 59 000 und im März 35 000. Im verarbeitenden Gewerbe hat das Beschäftigungsniveau seit dem vergangenen Sommer von 19,44 auf 19,38 Mill. abgenommen.

Der Niedergang begann also mit der ersten Konjunkturschwäche im dritten Quartal 1984 und beschleunigte sich im ersten Halbjahr 1985. Vermutlich muß die Blitzprognose des Bruttosozialprodukts für das zweite Quartal, die real auf 3,1 Prozent (Jahresrate) zielte, nach unten revidiert werden. Schon im ersten betrug das Wachstum nur 0,3 Prozent.

Die Antwort liegt im stark überbewerteten Dollar, der über hohe Importe in den USA den Verdrängungswettbewerb forciert. Inländische Produktion wird ins Ausland verlagert. Gleichzeitig sind amerikanische Erzeugnisse für Ausländer zu teuer, um attraktiv zu sein, was ebenfalls Arbeitsplätze kostet.

Verlierer innerhalb der Weiterverarbeitung sind die Stahl-, Textil-, Chemie-, Mineralöl-, Kohle- und Lederindustrie. Insgesamt hat das verarbeitende Gewerbe während der wirtschaftlichen Erholung nur 58 Prozent der Jobverluste in der Rezession wettmachen können. In der Metall-, Maschinen-, Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie sowie im Bereich Steine, Erden und Glas wurden weniger als die Hälfte der Entlassenen wiedereingestellt.

Kammern machen Märkte

Von HANS BAUMANN

Alle reden von Technologie-Zentren, von Technologie-Transfer. Die Idee, die dahintersteckt leuchtet ein: Die Innovation soll schneller auf die Fließbänder kommen. Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen, predigt die engere Zusammenarbeit der Hochschulen im Lande vornehmlich mit der mittelständischen Industrie, um auch sie wie die Großunternehmen zügiger an Innovationen teilnehmen lassen zu können. Er strebt sogar an, etwa Wissenschaftler aus dem Kernforschungszentrum Jülich an die interessierte Wirtschaft auf Zeit „auszuleihen" (Ideen-Leasing), um aus papierenem wissenschaftlichem Know-how Produkte oder Produktverbesserungen werden zu lassen.

Gerade ein Jahr alt ist ein Instrument, das als Pilotversuch zum erstenmal auf der Hannover-Messe 1984 eingesetzt wurde: die Technologie-Börse. Veranstalter sind die Industrie- und Handelskammern, ihre „Clearingstelle" ist der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT). Erste Überlegungen über eine „Börse" für Unternehmertum schlechthin gehen auf das Jahr 1982 zurück. Einer der Vorreiter war die Industrie- und Handelskammer Dortmund, eine der mobilsten in der Bundesrepublik.

Bekannt war, daß viele Unternehmer Kontakte suchten, um Ideen in die Märkte zu bringen, zu kooperieren, um räumlich zu diversifizieren, größere Vertriebsgebilde aufzubauen, Partnerschaften zu suchen, um sich bei der Produktion oder im Vertrieb zu ergänzen, Lizenzen zu vergeben, oder nach Mitteln zum Export-Drive zu suchen. Es galt, diese Wünsche zu sammeln und wieder zu streuen.

So entstanden seit Hannover 1984 Kooperationsrundbriefe, die an alle im Handelsregister eingetragene Firmen versandt werden. Der DIHT seinerseits veröffentlicht Rundschreiben zur Kooperationsvermittlung, die nicht nur an die Industrie- und Handelskammern zur Weiterverwertung, sondern auch an Auslandskammern, an die Intercooperation AG für die Handelsförderung, Budapest, an das Büro für Unternehmenskooperation in Brüssel, an das Internationale Zentrum für Ost-West-Kooperation in Berlin, an die polnische Außenhandelskammer in Warschau und an das Centre for Industrial Development in Brüssel gerichtet sind.

Die Resonanz hat alle Erwartungen übertroffen. Gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die schon von der Kapazität her nicht in der Lage sind, im Inland – geschweige denn im Ausland – zu expandieren oder zu kooperieren, haben nun ein Instrument, das ihnen hilft, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten oder gar zu stärken, an neue, bessere und oft auch kostengünstigere Produkte und Verfahren heranzukommen. Sie nehmen kostenlos teil am Transfer von Ergebnissen aus Forschung und Entwicklung – grenzenlos. Sie praktizieren, was bisher nur als Theorie bekannt war: Neue Märkte lassen sich nicht durch den Export von Blaupausen, sondern nur durch begehrte neue Produkte erobern.

Das Pilotprojekt von Hannover hat inzwischen weltweite Dimension angenommen. In der sechsten Auflage ist bereits ein Katalog des DIHT erschienen, der rund 2000 Technologieangebote und Technologie-Gesuche enthält. Alle Angebote und Gesuche dieses Katalogs (Schutzgebühr 5 Mark) sind in der Datenbank BUSINESS gespeichert und können – online – über die Hosts DATA-STAR (Bern) und über INKA (Karlsruhe) abgerufen werden.

Ein Blick in den Katalog und in die Kooperationsbriefe gibt einen Einblick in die Breite dieses Instruments und in seine Effizienz. Vom Vertriebspartner für Aromakosmetik über die Herstellung von Stockschirmen für Gehbehinderte bis zur Vermittlung kompletter gebrauchter Industrieanlagen für China reichen die Angebote und Gesuche. Im vergangenen Jahr kamen (dem Startjahr) bereits 404 Kooperationsofferten aus dem Inland und 200 Angebote aus dem Ausland. Spitzenreiter im Inland war Baden-Württemberg mit 107 Kooperationsofferten vor NRW mit 83, Bayern mit 72 und Hessen mit 38. Bei den Angeboten aus dem Ausland führte Indien mit 86 Angeboten, gefolgt von Frankreich, USA und Tunesien.

Auskunft der Kammer Dortmund: Die weltweiten Kontakte häufen sich. Die Unternehmer haben ein neues Instrument, mit dem sie etwas unternehmen können.

AUF EIN WORT

» Man wird in einer Zeit des raschen Wandels und der schnellen Entwicklung von immer perfekteren technischen Hilfsmitteln gut daran tun, sich ständig der Tatsache zu erinnern, daß tüchtige und motivierte Mitarbeiter das weitaus wertvollste Potential des Unternehmens sind. «

Franz Luterbacher, Verwaltungsratspräsident der BBC AG Brown Boveri & Cie, Baden/Schweiz FOTO: DIE WELT

Bremen erhält Geld aus Bonn

HH. Bonn

Bremen erhält 1986 erstmals Ergänzungszuweisungen des Bundes in Höhe von 94,4 Millionen Mark; für 1987 sind 99,4 Millionen zu erwarten. Darauf haben sich die Regierungschefs der Länder aufgrund einer Empfehlung ihrer Finanzminister und -senatoren geeinigt. Die Bundesergänzungszuweisungen betragen 1,5 Prozent der gesamten Umsatzsteuereinnahmen und erreichen 1986 schätzungsweise 1,78 Milliarden Mark. Bremen wird daran mit 5,3 Prozent beteiligt. In Höhe dieser Zuwendungen müssen die übrigen finanzschwachen Länder auf einen Teil ihrer Überweisungen verzichten.

US-AKTIENMÄRKTE

Die verkürzte Börsenwoche verhinderte klaren Trend

VWD/DW. New York

In fester Verfassung präsentierte sich zum Wochenschluß die Aktienbörse in New York. Der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte stieg um 8,06 auf 1334,45 Punkte, ermäßigte sich im Wochenverlauf allerdings um 1,01 Punkte. Der umfassende NYSE-Index stieg in der durch den Unabhängigkeitstag am Donnerstag verkürzten Börsenwoche um 0,56 Punkte auf 111,6. Wie Händler anmerkten, konnten die am Nachmittag erzielten Tageshöchststände nicht ganz behauptet werden.

Die Umsatztätigkeit war wegen des Feiertags sehr unterschiedlich. Wurden am Mittwoch noch 98,79 Millionen Aktien umgesetzt, so wechselten am Freitag nur noch 62,63 Millionen Aktien den Besitzer. Deshalb ist es nach Angaben von Händlern auch nicht möglich, aus dem Verlauf der Freitagssitzung Rückschlüsse auf den weiteren Trend zu ziehen.

Erst nach Börsenschluß teilte die New Yorker Federal Reserve Bank mit, daß die US-Geldmenge in der Definition M-1 in der Woche zum 24. Juni unerwartet stark um 2,6 Milliarden Dollar auf saisonbereinigt 591,9 Milliarden Dollar gegenüber 589,3 in der Vorwoche gestiegen ist.

Trotz des starken Anstiegs der Geldmenge rechnet der Zinspapst der Wall Street, der Chefvolkswirt des Brokerhauses Salomon Brothers, Henry Kaufman, mit einer Lockerung der Kreditpolitik, wenn der Offenmarktausschuß des Federal Reserve Board am Dienstag und Mittwoch zusammentritt. Diese Auffassung begründete Kaufman mit den neuesten Zahlen des Arbeitsmarktes, die eine deutliche Verschlechterung signalisieren.

ÄNDERUNG DES WASCHMITTEL-GESETZES

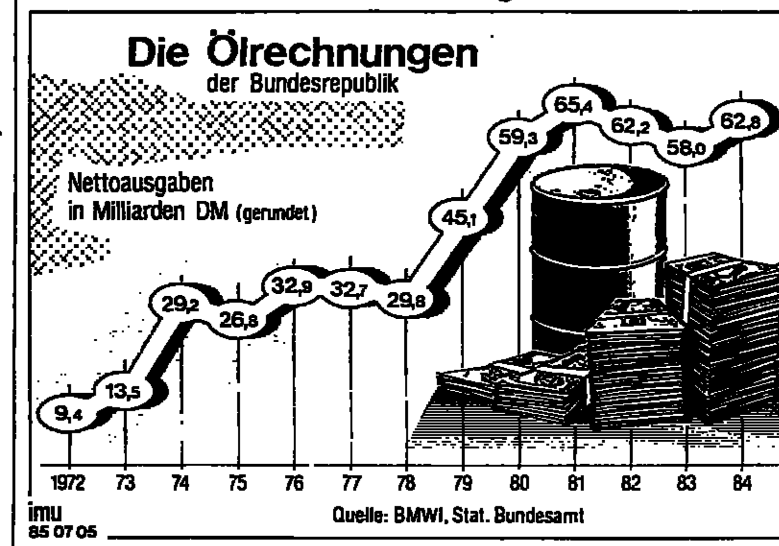
Schärfere Anforderungen an Umweltverträglichkeit

AP, Bonn

Bundesinnenminister Zimmermann will die gesetzlichen Anforderungen an die Umweltverträglichkeit von Wasch- und Reinigungsmitteln verschärfen. Der entsprechende Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des Waschmittelgesetzes von 1975 ist den betroffenen und beteiligten Verbänden zur Stellungnahme zugeleitet worden. Der Entwurf, der im Oktober mit den zuständigen Länder- und Bundesressorts abgestimmt und dann dem Kabinett vorgelegt werden soll, hat sechs Schwerpunkte:

- Waschmaschinen und entsprechende technische Einrichtungen müssen künftig so konstruiert sein, daß so wenig Waschmittel wie möglich benötigt werden.
- Künftig sollen auch sogenannte Waschhilfsmittel wie Weichspüler und Enthärter unter die Bestimmungen des Gesetzes fallen.
- Beschränkungen bis hin zum Verbot der Anwendung bestimmter Stoffe sollen künftig nicht mehr erst dann möglich sein, wenn vermeidbare Belastungen der Gewässer „zu erwarten sind", sondern schon dann, wenn aufgrund begründeter Anhaltspunkte solche Auswirkungen zu befürchten sind.
- Die Information des Verbrauchers über die Inhaltsstoffe und die Anwendung der Mittel soll verbessert werden, etwa durch Dosierungsempfehlungen bei unterschiedlichen Härtegraden des Wassers, zu deren Bekanntgabe die Wasserwerke verpflichtet werden.
- Ein verbessertes System der Meldung der Zusammensetzung der Produkte an das Umweltbundesamt.
- Die Vorschriften über Höchstmengen für Phosphate in Wasch- und Reinigungsmitteln sollen künftig für alle Phosphorverbindungen gelten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Netto-Ölrechnung der Bundeserepublik hat sich 1984 erstmals seit 1981 wieder erhöht. Die Einfuhr von Rohöl und Fertigprodukten abzüglich der Exporte kostete fast 63 Milliarden Mark, 8,2 Prozent mehr als 1983. Die hohe Steigerungsrate bei nur geringer Zunahme der Menge ist zu einem wesentlichen Teil auf den Anstieg des Dollarkurses zurückzuführen. QUELLE: IMU

„DDR": Wachstum hat sich abgeschwächt

Berlin (dpa/VWD) – In der „DDR" blieb im 1. Halbjahr 1985 das gesamtwirtschaftliche Wachstum leicht unter dem des Vorjahreszeitraums. Das „Produzierte Nationaleinkommen" stieg nach vorläufigen Angaben der Nachrichtenagentur ADN um 4,1 Prozent, nachdem es noch im 1. Halbjahr 1984 bei 5,1 Prozent gelegen hatte. Geplant sind für 1985 insgesamt 4,4 Prozent. Der spezifische Verbrauch wichtiger Roh- und Werkstoffe wurde um mehr als vier Prozent gesenkt. Das „DDR"-Nationaleinkommen entspricht etwa dem Bruttosozialprodukt minus „nichtproduzierender Wirtschaftsbereiche" und Abschreibungen.

Gebremster Personalabbau

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Beschäftigungsabbau in der Textilindustrie hat seinen Höhepunkt offensichtlich überschritten. Mit 1,9 Prozent Rückgang in den ersten vier Monaten 1985 hat sich der Personalschwund weiter verlangsamt, geht aus einer Übersicht des Gesamtverbandes der Textilindustrie, Frankfurt, hervor. Im Vorjahr hatte die Zahl der Beschäftigten noch um 2,5 Prozent auf rund 235 000 abgenommen. Den Anpassungsprozeß der Branche verdeutlicht die im Zehnjahreszeitraum bis 1984 um 40 Prozent geschrumpfte Belegschaft.

Schiedsstelle geplant

Bayreuth (VWD) – Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels will im Kampf gegen die Rabattspreizung und gegen Unterpreisverkäufe eine Schiedsstelle einrichten. Ihr Präsident Wolfgang Hinrichs betonte, der einjährige Versuch der Eigenverpflichtung sei zwar nicht gescheitert, mit dem Ergebnis sei er aber nicht zufrieden. Dennoch werde der Einzelhandel im Kampf gegen Wettbewerbsnachteile für die zahlreichen Kleinbetriebe nicht den Gesetzgeber fordern, sondern auf Selbsthilfemaßnahmen setzen.

Gegen Exportsubventionen

Kempten (VWD) – Nach einem Treffen mit US-Landwirtschaftsminister Block sagte Bundesernährungsminister Kiechle, die EG habe sich bereit erklärt, über eine Verbesserung der Handelsbeziehungen im Rahmen des Gatt zu verhandeln. Er halte es jedoch für besser, wenn man schon vorher sich mit den USA in großen Linien einigen könne. Die jüngsten US-Maßnahmen im internationalen Agrarhandel seien nicht dazu angetan, die bevorstehenden Verhandlungen zu erleichtern. Block erklärte, es wäre gut, wenn beide Seiten ihre Systeme der Exportsubvention aufgeben würden. Davon profitierten nicht die Bauern der eigenen Länder, sondern jene Staaten, die amerikanische und europäische Agrarprodukte weit unter den eigenen Gestehungskosten kaufen könnten.

Protest des Handwerks

Bonn (HH) – Das Handwerk bleibt bei seiner ablehnenden Haltung zur Arbeitsplatzgarantie im Erziehungsurlaub. Denn negative Auswirkungen für die Betriebe sind unvermeidlich, hat der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), Kübler, im ZDF erklärt. Eine „Überbrückung" der bis zu fast 14 Monate dauernden Fehlzeiten durch befristete Arbeitsverträge sei in kleinen und mittleren Unternehmen kaum möglich, zumal qualifizierte Fachkräfte für befristete Arbeitsverträge nur schwer zu gewinnen seien.

Appell an Helmut Kohl

Bremen (dpa/VWD) – Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven hat Bundeskanzler Helmut Kohl „dringend um Hilfe" zur Bildung einer Fangunion genannten Hochseefischerei-Einheitsgesellschaft gebeten. Die wirtschaftspolitische Berechtigung von Bundeshilfen für die Hochseefischer ergebe sich „allein schon aus der Tatsache, daß ihre Krise nicht auf wirtschaftlichen Fehlentscheidungen der Fischereiunternehmen" beruhe. Hauptursache sei vielmehr die Entwicklung des internationalen Seerechts.

Londoner Kassapreise

	5.7.	28.6.
Kupfer(£/t)	1076,5	1093
Blei(£/t)	299	304,25
Zink(£/t)	561	616,5
Zinn(£/t)	9497,5	9557,5
Gold($/Unze)	311,75	317,75
Silber(p/Unze)	448	471,65
Kakao[1](£/t)	1770	1706,5
Kaffee[1](£/t)	1864,5	1964
Zucker(£/t)	85	85
Kautschuk(p/kg)	66	66
Wolle(p/kg)	453	453
Baumwolle[2](cts/lb)	62	–

[1])Abladung September;
[2])A-Index-Preis Liverpool

BÖRSENZULASSUNG

Bundesrat will auf Mitwirkung der Banken nicht verzichten

HEINZ STÜWE, Bonn

Im neuen geregelten Börsenmarkt soll nach dem Willen der Bundesländer auf die Beteiligung von Kreditinstituten beim Zulassungsantrag nicht verzichtet werden. Auf Antrag Hessens hat der Bundesrat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause eine entsprechende Empfehlung beschlossen. Im Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Einführung eines neuen Marktabschnittes an den Wertpapierbörsen" heißt es knapp: „Die Zulassung ist vom Emittenten der Wertpapiere zu beantragen". Dies war bei den Spitzenverbänden der Wirtschaft und den Wertpapierbörsen auf massive Kritik gestoßen. Die fachkundige Beratung und Unterstützung vor allem mittlerer und kleinerer Unternehmen durch Banken ist nach ihrer Auffassung unverzichtbar.

Die Länderkammer empfiehlt nun eine Zulassungsregelung, die der zum amtlichen Handel entspricht. Danach ist die Zulassung vom Emittenten zusammen mit einem Kreditinstitut zu beantragen, das an einer inländischen Börse zur Teilnahme am Handel zugelasssen ist.

Der geregelte Markt mit nicht amtlicher, aber börsengesetzlicher Notierung soll mittleren und kleinen Unternehmen den Zugang zur Börse erleichtern. Dazu sind geringere Anforderungen beim Mindestbetrag der Emission, der Streuung der Papiere und der Publizität vorgesehen.

Die Ausschüsse des Bundesrates hatten auch das Monopol der Banken bei der Einführung zugelassener Wertpapiere in den amtlichen Handel in Frage gestellt. Ein entsprechender Prüfungsauftrag an die Bundesregierung fand im Plenum der Länderkammer jedoch keine Mehrheit.

OPEC / Fast unüberbrückbare Differenzen über Programm für Ministerkonferenz

Widerstand gegen Ölpreissenkung

DW./dpa/VWD, Wien

Gestern nachmittag gab es in Wien noch keine Anzeichen dafür, daß sich die 13 Ölexportländer, die in der Opec (Organisation of Oil Exporting Countries) zusammengeschlossen sind, auf ein Programm einigen können, nach dem eine Konferenz der Energieminister dieser Länder arbeiten und neue Beschlüsse fassen kann. Während sich vor allem Saudi-Arabien und die Emirate für eine Senkung der Schwerölpreise um 1 bis 1,50 Dollar je Faß einsetzen, um mit dem Schwerölpreis der Preisherabsetzung für leichtere Ware vom Herbst vorigen Jahres zu folgen, setzen sich neun der Opec-Staaten energisch gegen solche Pläne zur Wehr.

Einig waren sich die 13 Delegationen am Sonntag lediglich darüber, daß die Einkommen der Ölexportländer gesichert werden müssen. Das aber setzt voraus, daß ein Weg gefunden wird, die im Herbst vereinbarte Kürzung der Opec-Förderung auf 16 Mill. Barrel (159 Liter) pro Tag einzuhalten. Gedacht wird an eine Überwachungsinstanz. Ungeklärt ist aber noch, ob diese Instanz losgelöst von dem bereits existierenden Markt-Überwachungsausschuß arbeiten oder in diesen integriert werden soll.

Die Überwachung der Förderquoten der einzelnen Länder ist unumgänglich geworden, nachdem sich herausgestellt hat, daß zahlreiche Länder sich nicht an die verbale Vereinbarung vom Herbst 1984 halten. Allen voran gilt Nigeria als der größte Quoten-Sünder. Die Delegation Nigerias hat in Wien bereits mit einem Austritt aus der Opec gedroht, falls ihm eine Überschreitung der Quote mit Sanktionen untersagt wird.

Wie schwierig es ist, Einigung innerhalb der Opec zu erzielen, zeigt die Tatsache, daß die Gespräche in Wien zum Teil bilateral geführt weren. Am Samstag fiel auf, daß weder der saudiarabische Ölminister Yamani noch seine Kollegen aus den Emiraten, Otaiba, an den Sitzungen teilnahmen. Aus der Konferenz verlautete schon am Freitag, daß sich alle Teilnehmer darüber im klaren seien, daß die Opec „um ihr Überleben kämpft". Der Leiter der Konferenz, der indonesische Ölminister Subrotot, wies darauf hin, daß sich alle Opec-Länder einig seien in der Verteidigung der Marktanteile und der Preise.

Die Ölwirtschaft der westlichen Welt ist sicher, daß die Opec nicht auseinanderfallen wird, weil damit automatisch ein Preissturz unkontrollierbaren Ausmaßes ausgelöst werden würde, an dem auch die Produzenten von Alternativenergien nicht interessiert seien. Die Opec-Preise schwanken zur Zeit zwischen 26 und 28,50 Dollar je Faß (Barrel). Vom Spotmarkt und für Netback-Verträge sind schon Preise von 22 Dollar zu hören.

ITALIEN / Die überbewertete Lira schwächt internationale Wettbewerbsfähigkeit

Private Nachfrage wächst zu schnell

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Wirtschaftslage ist weiterhin von relativ hoher Nachfrage und Inflation, zunehmender Arbeitslosigkeit und ausgeprägten Defiziten der Güter- und Dienstleistungsbilanzen gekennzeichnet. Daran dürfte sich den Prognosen aller Konjunkturforschungsinstitute zufolge in den Sommermonaten nichts ändern.

Statt einer von der Regierung am Anfang des Jahres anvisierten Inflationsrate von sieben Prozent, liegt die Steigerung der Lebenshaltungskosten noch immer stabil knapp unter der neun-Prozent-Grenze. Eine der Folgen davon ist eine höhere Zunahme der Produktionskosten als im Ausland und damit eine Fortdauer des Konkurrenzverlustes insbesondere gegenüber den westeuropäischen Hauptwettbewerbern. Da, angetrieben von den Indexmechanismen, die Lohneinkommen eine unverändert starke reale Steigerung zeigen und das Wachstum der privaten Nachfrage bislang nichts von seiner Dynamik eingebüßt hat, ist bisher kein Rückgang des Importsogs eingetreten.

Sollte dieser Trend bis zum Jahresende ungebrochen anhalten, was ohne Stabilisierungsmaßnahmen der Regierung inzwischen denkbar erscheint, erwartet der Spitzenverband der italienischen Industrie ein Rekordwarendefizit um die 30 000 Mrd. Lire (48 Mrd. DM).

Besonders bedenklich ist dabei, daß sowohl in den metallverarbeitenden Bereichen als auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie, die traditionell den höchsten Überschuß im Warenverkehr erwirtschaften, seit einigen Monaten der Zuwachs der Einfuhr den der Ausfuhr bei weitem überschreitet. Dadurch tendieren in beiden Fällen die Aktivsalden zur Schrumpfung, während sich gleichzeitig die Passivsalden in den Energie- und Ernährungsgüterbreichen unvermindert weiter ausdehnen.

Auf die in den letzten Monaten ebenfalls immer tiefer in die roten Zahlen gesunkene Zahlungsbilanz ist die Verschlechterung im Güter- und Dienstleistungsverkehr nur deshalb noch nicht voll durchgeschlagen, weil die hohen Zinsen für einen anhaltenden Kapitalzufluß aus dem Ausland sorgen. Das ist auch hauptsächlich der Grund dafür, daß die Lira innerhalb des Europäischen Währungssystems ihre stabile Haltung bis jetzt bewahren konnte und inzwischen gegenüber den Währungen der meisten EWS-Ländern sogar überbewertet ist.

Die Zinsen selbst werden vor allem durch die noch immer zunehmende Kapitalnachfrage der öffentlichen Hand hochgehalten. Darin ähnelt die italienische Situation paradoxerweise der der Vereinigten Staaten, allerdings, wie kürzlich der italienische Schatzminister Giovanni Goria erklärte, mit dem Unterschied, daß „wir noch keine Dollars drucken" und Italien, anders als die USA, die Ungleichgewichte an der Außenfront nicht lange durchzuhalten in der Lage sei. Das heißt nach Ansicht von Beobachtern, daß spätestens im Herbst Maßnahmen zur Stabilisierung der Konsumnachfrage Platz greifen müssen. Dabei besteht die Schwierigkeit darin, daß die monetären Bremsen nicht angezogen werden können, ohne auch die Investitionen in Mitleidenschaft zu ziehen. In Wirtschaftskreisen werden daher neben Kreditinterventionen vor allem Fiskalmaßnahmen und eine Lohn-Stabilisierung erwartet.

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben: In den ersten vier Monaten stiegen die Löhne und Gehälter in der Industrie und in den Dienstleistungsbereichen gegenüber der Vergleichsperiode um über zehn Prozent mit einem Kaufkraftgewinn von real mehr als ein Prozent. Das heißt, daß ein Stabilisierungseingriff möglich wäre, ohne das Regierungsziel, ein reales Nullwachstum der Lohneinkommen, zu gefährden.

MINISTERTREFFEN / Abbau von Handelshemmnissen

Gespräche auf Expertenebene

AP, Sils Maria

Die Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz haben in Sils Maria im Engadin bei ihrem jährlichen informellen Treffen eine mehrheitlich zuversichtliche Lagebeurteilung vorgenommen und in verschiedenen wirtschaftspolitischen Bereichen Fortschritte konstatiert. Dies gaben die drei Minister Kurt Furgler, Martin Bangemann und Norbert Steger in Sils Maria bekannt.

Nach den Worten des Schweizer Bundespräsidenten Furgler erwies sich das informelle Treffen erneut als nützliche Einrichtung. Zu dritt und zu zweit seien sehr gute Gespräche geführt worden. Die Themenliste des dreitägigen Treffens, das am Samstag zu Ende ging, umfaßte eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in den eigenen Ländern, eine wirtschaftliche Tour d'horizon, die Erörterung der Beziehung zwischen EG und EFTA, die sogenannte Linzer Erklärung der drei Länder von 1981 zum Abbau der technischen Handelshemmnisse sowie Aussprachen über den Umweltschutz und das Projekt Eureka.

Was die Wirtschaftslage betrifft, so stellten die Minister laut Furgler markante Verbesserungen in ihren eigenen Ländern bezüglich Wachstum und Teuerungsbekämpfung fest, wobei sich die Schweiz im zweiten Punkt nicht ganz anschließen konnte. Ein anhaltendes Problem vor allem für die Bundesrepublik bildet die Beschäftigungslage.

Bei der Diskussion über den Abbau der technischen Handelshemmnise, wie sie am Dreiertreffen von 1981 in Linz in Aussicht genommen wurde, schlug Furgler die Schaffung eines Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von technischen Prüfungen von elektronischen Waagen vor. Diese Anregung soll nun in den nächsten Wochen auf Expertenebene realisiert werden.

Im Hinblick auf das nächstjährige Dreiertreffen, das turnusgemäß in der Bundesrepublik stattfinden wird, kündigte Bangemann an, daß die Problematik der Entwicklungsländer im Mittelpunkt stehen solle.

IG-LIQUI / Höhere Erträge erwirtschaftet

Noch keine Ausschüttung

VWD, Frankfurt

Die von einigen Kleinaktionären beantragte Ausschüttung aus den Abwicklungsüberschüssen der IG-Farbenindustrie AG I. A. ist nach Darstellung der Verwaltung derzeit noch nicht möglich. Die Liquidatoren haben, wie es im Geschäftsbericht heißt, nach der Rechtslage zunächst bestehende Verbindlichkeiten zu begleichen und für etwaige Risiken Vorsorge zu treffen. Eine Ausschüttung lasse sich erst dann vertreten, wenn sämtliche Belastungen aus der Liquidation wertmäßig erkennbar geworden und in der Bilanz berücksichtigt sind. Die IG-Liquidatoren wollen auf der Hauptversammlung am 16. August ausführlich auf die Anträge der Kleinaktionäre eingehen.

Im Geschäftsjahr 1984 hat die IG-Farbenindustrie deutlich höhere Erträge erwirtschaftet. Der Überschuß wird für die AG mit 3,43 (2,50) Mill. DM ausgewiesen – die gesamten vorläufigen Abwicklungsüberschüsse erhöhen sich damit in der Bilanz der AG auf 20,7 (17,3) Mill. DM und für den Konzern auf 25,5 (21,7) Mill. DM. In der AG-Rechnung zeigen vor allem die Beteiligungserträge mit 3,0 (0,1) Mill. DM eine kräftige Zunahme – nach dem Geschäftsbericht handelt es sich dabei um den Gewinn aus der Veräußerung des Kommanditanteils an der Wrede KG.

Ausschlaggebend für die kräftige Ausweitung des Bilanzvolumens auf 80,6 nach 54,6 Mill. DM ist die Erhöhung der Beteiligungen auf 48,0 (29,0) Mill. DM. Hier hat IG-Farben 1984 für 30 Mill. DM 50 Prozent des Kommandit-Kapitals bei der Oeynhausen KG übernommen, die seit 1975 mit guter Rendite eine Rehabilitationsklinik betreibt. Daneben sei aus einem vorübergehenden Immobilien-Engagement in den USA ein Veräußerungsgewinn von insgesamt 2,6 Mill. DM erzielt worden, von dem allerdings rund 1,9 Mill. DM erst 1985 zufließen dürften. Per Ende 1984 hat sich der Wertpapierbestand auf 22,8 nach 16,8 Mill. DM erhöht, davon entfallen 15,5 (8,9) Mill. DM auf Aktien und 7,3 (7,9) Mill. DM auf Renten.

Datev: Kräftige Umsatzsteigerung

dpa/VWD, Nürnberg

Die Datenverarbeitungsorganisation der Steuerberater, Datev, Nürnberg, verzeichnete 1984 das beste Geschäftsergebnis ihrer 19jährigen Firmengeschichte. Wie Heinz Sebiger, Vorstandsvorsitzender der mehr als 25 000 Mitglieder zählenden Genossenschaft, erklärte, steigerte die Datev ihren Umsatz 1984 real um fast 13 Prozent auf 311,7 Mill. DM und zählt damit zu den zehn größten Computer-Serviceunternehmen in Europa. Für 1985 liegt das Umsatzziel bei gut 350 Mill. DM. Diese Planung werde durch die Erlöse des 1. Halbjahres von rund 178 Mill. DM bestätigt.

Der Betriebsaufwand von 1984 lag bei 261 Mill. DM, wobei der Aufwandszuwachs von 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr wiederum deutlich unter dem Umsatzzuwachs gelegen habe. Der Reingewinn betrage mehr als 13 Mill. DM. Als genossenschaftliche Rückvergütung werden 6 Prozent des Umsatzes an die Mitglieder ausgeschüttet. Die Investitionssumme 1984 lag bei 38 Mill. DM. Das Unternehmen hat jetzt 1882 Mitarbeiter. Im vergangenen Jahr seien fast 100 Mitarbeiter neu eingestellt worden.

HAUSBAU WÜSTENROT / Gesunde Kapitalstruktur

Programm stark reduziert

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Eine nach wie vor flaue Lage an den Immobilienmärkten von der Nachfrageseite her registriert die Hausbau Wüstenrot gemeinnützige GmbH, Ludwigsburg, eine der führenden Bauträgergesellschaften. Erschwerend wirke sich in einzelnen Regionen das Auslaufen der Bauherren-Modelle aus. Die Gesellschaft selbst, die zur Wüstenrot-Gruppe gehört, erwartet für das laufende Geschäftsjahr 1985 eine Stabilisierung ihrer Bautätigkeit, nachdem das Bauprogramm des Berichtsjahres 1984 entsprechend der schwächeren Immobiliennachfrage drastisch auf 126 (380) Wohneinheiten reduziert worden ist.

Durch Anwendung kosten- und flächensparender Planungs- und Bauverfahren sei es auch unter schwierigen Marktbedingungen gelungen, zu „marktgerechten" Preisen zu verkaufen. Insbesondere bei „Ausbauhäusern" seien gute Umsätze erzielt worden. Das Unternehmen sehe sich – so Geschäftsführer Wolfgang Müller – mit Pilotprojekten in mehreren Bundesländern als einer der Pioniere im kostengünstigen Wohnungsbau.

Fertiggestellt wurden im Berichtsjahr 387 (275) Wohneinheiten und verkauft 192 (303) Wohneinheiten für 50,1 (80) Mill. DM. Die Umsatzentwicklung in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres entspreche den Erwartungen. Das Ergebnis wird als „befriedigend" bezeichnet.

Der Jahresüberschuß von 0,73 (2,25) Mill. DM wird zur Stärkung der Reserven verwendet. Die auf 38,2 (37,5) Mill. DM angestiegenen Rücklagen ergeben zusammen mit dem 5 Mill. DM betragenden Stammkapital eine Eigenmittelquote von fast 39 Prozent. Die gesunde Vermögens- und Kapitalstruktur darf als gute Basis für die weitere Geschäftstätigkeit der Gesellschaft gewertet werden.

WISI / Überdurchschnittliches Ergebnis

Kooperation mit China

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Wilhelm Sihn jr. KG (WISI), Niefern-Öschelbronn, eines der führenden Unternehmen in der Bundesrepublik in der Herstellung von Antennen- und Satelliten-Empfangsanlagen, sieht im Hinblick auf die neuen Technologien, nämlich Kabelfernsehen, Richtfunk und Empfangsanlagen für den Satelliten-Empfang, deutliche Wachstumsimpulse auf sich zukommen. Dieses mittelständische Familienunternehmem mit insgesamt gut 1000 Beschäftigten und Werken in Niefern, Breisach, Colmar/Frankreich und Hongkong rechnet sich für das laufende Jahr einen Umsatzanstieg von rund 10 Prozent aus.

In 1984 ist der konsolidierte Umsatz der Firmengruppe um 11 Prozent auf 108 Mill. DM angewachsen. 40 Prozent des Umsatzes entfallen auf den Export. Unter anderem wurden jetzt Kooperationsverträge mit Unternehmen in der Volksrepublik China abgeschlossen. Dabei ist in der ersten Stufe der Zusammenarbeit die Lieferung von Teilesätzen zur Montage von Verstärkern, Verteilern und Steckdosen für Gemeinschaftsantennen- und Kabelfernsehanlagen vorgesehen. Das Geschäftsvolumen umfaßt im zweiten Halbjahr 1985 mit rund 5 Mill. DM knapp 5 Prozent des WISI-Gesamtumsatzes.

Rund 70 Prozent des Umsatzes entfallen auf das sogenannte konventionelle Geschäft mit Einzelantennen, Gemeinschaftsantennen, Autoantennen und Hochfrequenzsteckverbindungen, die neuen Technologien machen etwa 30 Umsatzprozente aus. Zu den Zukunftsperspektiven in puncto des direkten Satellitenempfangs meint Frank Sihn, geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens, daß diese Technik Zukunft habe und man sich deshalb auf ein Massengeschäft einrichte. Man investiere in doppelter Höhe des (nicht genannten) Abschreibungsvolumens. Beim Ergebnis liege man über dem Branchendurchschnitt.







JETAIR / „Reiseveranstalter schenken dem Unternehmen allmählich Vertrauen"

Optimistisch nach schwierigem Start

DANKWARD SEITZ, München

Allen Widrigkeiten der Vergangenheit zum Trotz hat Deutschlands jüngste Charterflug-Gesellschaft Jetair Luftverkehrs-AG, München, für 1985/86 Steigflug angemeldet. Mit zwei weiteren gebrauchten Boeing 727 will Vorstandsvorsitzender Wolfgang Jünger dann das Sitzplatzangebot auf 520 verdoppeln. Von welchen Fluggesellschaften die beiden Maschinen zum Stückpreis von 10 bis 12 Mill. DM übernommen werden, darüber schweigt Jünger noch. Doch hofft er, daß es diesmal nicht solche Schwierigkeiten gibt, wie zuletzt.

Der Start des Charterunternehmens hatte sich 1984 mehrfach verzögert, weil die Air Panama statt der für März 1984 bestellten drei Maschinen „aus innenpolitischen Gründen" nur eine Maschine erst im Juni auslieferte. Den zweiten kaufte man dann bei einer US-Gesellschaft. Zudem verzögerte sich dann noch die Zulassung als Luftfahrtunternehmen durch das Bundesverkehrsministerium in Bonn.

Das laufende Geschäftsjahr 1984/85 (31. 10.) – dem ersten mit vollem Flugbetrieb – bezeichnete Jünger als „Jahr der Konsolidierung", da die größeren Reiseveranstalter dem Unternehmen „allmählich Vertrauen schenken" würden. „Planmäßig" habe man die verfügbare Kapazität von 260 Plätzen voll vermarktet. Mehr als 200 000 Passagiere könne Jetair für die Hauptreisezeit von April bis Oktober 1985 erwarten. Mit zusammen 500 Stunden Flugzeit pro Monat seien beide Maschinen „gut ausgelastet". Angeflogen werden von München, Düsseldorf, Hamburg und Frankfurt hauptsächlich die Türkei, Griechenland und Spanien.

Für das Rumpfgeschäftsjahr 1984 (1. 1.–31. 10.), der Flugbetrieb wurde erst im August aufgenommen, weist Jetair bei einem Umsatz von 0,63 Mill. DM einen Bilanzgewinn von 0,24 Mill. DM aus. Maßgeblich wird die Ertragsrechnung dabei durch einen Buchgewinn von 4,26 Mill. DM beeinflußt, der aus einem „sell and lease back"-Verfahren einer Maschine an einen atypischen stillen Gesellschafter der Jetair entstand.

Auf der Aktivseite der Bilanz schlägt sich dies in einem Sachanlagenabgang von 4,95 Mill. DM sowie 9,3 Mill. DM Forderungen an verbundene Unternehmer nieder. Insgesamt werden 5,1 Mill. DM Sachanlagevermögen und knapp 5,1 Mill. DM Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen. Auf der Passivseite stehen dem langfristige Verbindlichkeiten von 2,4 Mill. DM sowie andere Verbindlichkeiten von insgesamt fast 7 Mill. DM gegenüber, darunter 4,06 Mill. DM an verbundene Unternehmen.

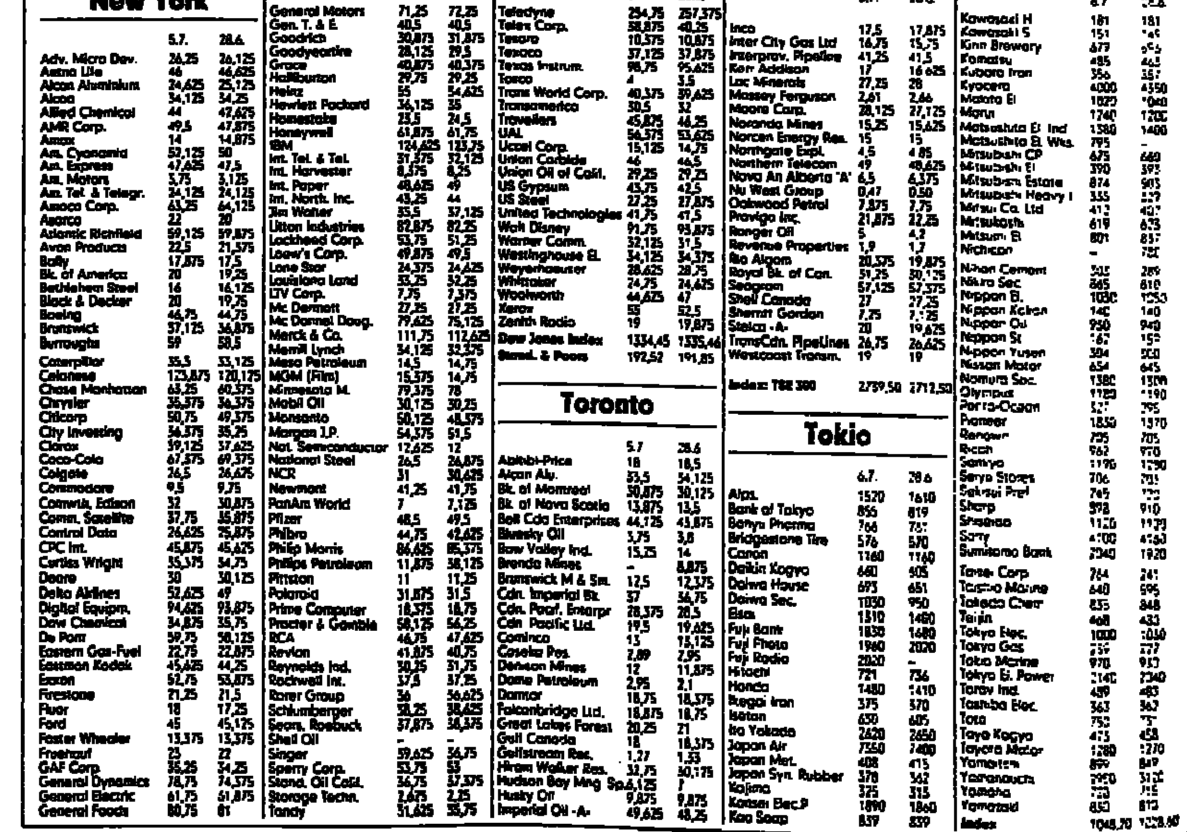
Noch nicht in die Bilanz eingegangen ist die Grundkapitalerhöhung auf 15 (10) Mill. DM im Rahmen einer Emission von 100 000 Vorzugsaktien bei privaten Anlegern zum Kurs von 185 DM je 50-DM-Aktie sowie die aus dem Agio den Rücklagen zufließenden 13,6 Mill. DM.

RENTENMARKT / Pöhls Zinsprognose stimulierte

Renditen sind stark gefallen

Die Prognose von Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl, daß noch Spielraum für eine Zinssenkung bestehe, den die Bundesbank auch zu nutzen gedenke, ist am Rentenmarkt auf fruchtbaren Boden gefallen. Der Rentenmarkt tendierte die ganze Woche über freundlich und die Renditen gingen deutlich zurück. Die von der Börsen-Daten-Zentrale berechnete Durchschnittsrendite für die Anleihen von Bund, Bahn und Post ging in der letzten Woche sehr stark von 6,50 auf 6,35 Prozent zurück. Der Renditenrückgang erfaßte alle Marktbereiche, kürzere und längere Laufzeiten, inländische und ausländische Werte. Etwas stärker war der Renditenrückgang aber bei Papieren mit Restlaufzeiten von bis zu vier Jahren. Entsprechend der Entwicklung am Rentenmarkt konnten auch die Zinsen für die Daueremissionen des Bundes (Bundesobligationen und Finanzierungsschätze) zurückgenommen werden. Von den durch die Börsen-Daten-Zentrale erfaßten Rentenwerte sind 2242 Titel im Kurs gestiegen, 831 Titel notierten unverändert und nur 290 Titel sind im Kurs gefallen. (lf)

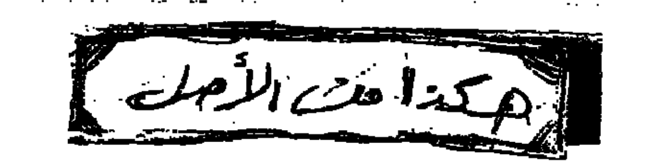
Emissionen	5.7. 85	28.6. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,35	6,50	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,60	6,67	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,56	6,58	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,85	6,87	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,54	6,63	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,26	6,34	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,06	7,13	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,54	6,62	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,11	7,19	7,20	8,08	8,45



Wochenschlußkurse

New York

	5.7.	28.6.
Adv. Micro Dev.	26,25	26,125
Aetna Life	46	46,625
Alcan Aluminium	24,625	25,125
Alcoa	34,125	34,25
Allied Chemical	44	47,625
AMR Corp.	49,5	47,875
Amax	14	14,875
Am. Cyanamid	52,125	50
Am. Express	47,625	47,5
Am. Motors	3,75	3,125
Am. Tel. & Telegr.	24,125	24,125
Amoco Corp.	63,25	64,125
Asarco	22	20
Atlantic Richfield	59,125	59,875
Avon Products	22,5	21,375
Bally	17,875	17,5
Bk. of America	20	19,25
Bethlehem Steel	16	16,125
Black & Decker	20	19,75
Boeing	46,75	44,75
Brunswick	37,125	36,875
Burroughs	59	58,5
Caterpillar	35,5	33,125
Celanese	123,875	120,175
Chase Manhattan	63,25	60,375
Chrysler	35,375	36,375
Citicorp	50,75	49,375
City Investing	36,375	35,25
Clorox	39,125	37,625
Coca-Cola	67,375	69,375
Colgate	26,5	26,625
Commodore	9,5	9,75
Commw. Edison	32	30,875
General Motors	71,25	72,75
Gen. T. & E.	40,5	40,5
Goodrich	30,875	31,875
Goodyeartire	28,125	29,5
Grace	40,875	40,375
Halliburton	29,75	29,25
Heinz	55	54,625
Hewlett Packard	36,125	35
Homestake	23,5	24,5
Honeywell	61,875	61,75
IBM	124,625	123,75
Int. Tel. & Tel.	31,375	32,125
Int. Harvester	8,375	8,25
Int. Paper	48,625	49
Int. North. Inc.	43,25	44
Jim Walter	35,5	37,125
Litton Industries	82,875	82,25
Lockheed Corp.	53,75	51,25
Loew's Corp.	49,875	49,5
Lone Star	24,375	24,625
Louisiana Land	33,25	32,25
LTV Corp.	7,75	7,375
Mc Dermott	27,25	27,25
Mc Donnel Doug.	79,625	75,125
Merck & Co.	111,75	112,625
Merrill Lynch	34,125	32,375
Mesa Petroleum	14,5	14,75
MGM (Film)	15,375	14,75
Minnesota M.	79,375	78
Mobil Oil	30,125	30,25
Monsanto	50,125	48,375
Morgan J.P.	54,375	51,5
Nat. Semiconductor	12,625	12
National Steel	26,5	26,875
NCR	31	30,625
Newmont	41,25	41,75
PanAm World	7	7,375



SEL-HV / Keine Aussage zur SEL-Garantiedividende

ITT will nicht verkaufen

MANFRED FUCHS, Fellbach

Die Firmengruppe der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, rechnet für das Geschäftsjahr 1985 mit zweistelligen Zuwachsraten im In- und Auslandsgeschäft und wird in diesem Jahr die Umsatzmarke von 5 Mrd. DM überschreiten. Wie SEL-Vorstandsvorsitzender Helmut Lohr auf der Hauptversammlung in Fellbach bei Stuttgart erklärte, sei er optimistisch, den Ertrag wesentlich verbessern zu können. Ein Auftragsbestand, der im ersten Halbjahr 1985 um über 15 Prozent auf 3,3 Mrd. DM stieg, sichere die volle Auslastung der Kapazitäten. Bis auf den Unternehmensbereich Audio Video Elektronik, der immer noch unter der unbefriedigenden Nachfrage im Inland leidet, war das Umsatzwachstum in allen Unternehmensgruppen außerordentlich erfreulich. Der Umsatz in der SEL-Gruppe wuchs im ersten Halbjahr 1985 um 8 Prozent.

Zur Garantiedividende von 21 Prozent für die freien SEL-Aktionäre, die bis einschließlich des Geschäftsjahres 1985 garantiert ist, erklärte Dr. Lohr, ab 1986 begründe nur noch der 1966 mit dem SEL-Mehrheitsgesellschafter ITT geschlossene Beherrschungsvertrag das Weiterbestehen einer Garantiedividende. Dieser Beherrschungsvertrag könne jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres aufgehoben oder gekündigt werden. Letzteres aber nur mit einer Frist von 6 Monaten und damit praktisch erstmals zum 31. Dezember 1986. Der SEL-Vorstand sei seit längerem dabei, diesen Komplex mit dem Mehrheitsaktionär ITT zu erörtern. Die freien SEL-Aktionäre könnten spätestens auf der SEL-Hauptversammlung im nächsten Jahr mehr darüber erfahren.

Der ITT-Konzern stelle keine Überlegungen an, SEL-Aktienpakete an Dritte zu verkaufen. ITT habe ebensoviel Freude an SEL wie die Kleinaktionäre und wolle diese Freude behalten. Diese vom ITT-Konzern autorisierte Erklärung gab SEL-Aufsichtsratsvorsitzender Dipl.-Chem.-Ing. Johannes C. Welbergen auf entsprechende Fragen von Vertretern der Minderheitsaktionäre ab, die darüber spekulierten, daß der ITT-Konzern SEL verkaufen könnte.

HERMES KREDITVERSICHERUNG / Höhere Dividende

Schäden haben zugenommen

KARL-H. STEFAN, Hamburg

Im Verlauf dieses Jahres haben, wie Gerhard Beuck, Vorstandsvorsitzender der Hermes Kreditversicherungs-AG, vor der Presse sagte, die Unternehmensinsolvenzen erneut zugenommen. Dies verdeutliche die angespannte Risikolage, mit der sich Hermes heute konfrontiert sehe. In den ersten fünf Monaten 1984 erzielte das Unternehmen einen Umsatzzuwachs von 9 Prozent, „was nicht ganz den Erwartungen entsprach". Auch liegt die Schadenquote höher als in der gleichen Vorjahreszeit.

Bei der Warenkreditversicherung verläuft das Neugeschäft zufriedenstellend, allerdings gelang es nicht, die günstige Schadenentwicklung des Vorjahres fortzusetzen. Die Zahl der Versicherungsfälle steigt wieder an. Die Investitionsgüterversicherung mußte vor allem unter dem Druck eines rückläufigen Leasing-Geschäftes erstmalig seit Jahren einen Umsatzrückgang hinnehmen.

Als ingesamt recht zufriedenstellend bezeichnete Beuck das Geschäftsergebnis 1984. Das Beitragsaufkommen dieses mit Abstand größten deutschen Kreditversicherers stieg 1984 gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent auf 324 Mill. DM. Die Zuwachsraten der einzelnen Sparten schwankten zwischen 2 und 32 Prozent, wobei insbesondere die Warenkreditversicherung, auf die derzeit rund zwei Drittel des direkten Geschäfts entfallen, ihren Anteil weiter verbessern konnte.

Die Schäden machten im Berichtsjahr 55 Prozent der Beitragseinnahmen aus, was angesichts der gestiegenen Firmeninsolvenzen als „erfreulich" angesehen wird. Darüber hinaus wurde mit 23,5 Mill. DM eine besonders hohe Summe für die vorgeschriebene Dotierung der Schwankungsrückstellung benötigt.

Angesichts des verbesserten Geschäftsergebnisses wird der Hauptversammlung eine Dividende von 14 (12) Prozent vorgeschlagen, die jungen Aktien aus der vorjährigen Kapitalerhöhung von 24 auf 40 Mill. DM nehmen daran für sechs Monate teil.

STEINBEIS-GRUPPE / Die Papiernachfrage übertraf 1984 alle Erwartungen

Moderates Wachstum angestrebt

DANKWARD SEITZ, München

Mit Zuversicht beurteilt die auf die Herstellung von Druck-, Schreib- und Technische Papiere spezialisierte Steinbeis-Gruppe, Brannenburg, das Geschäftsjahr 1985. Allerdings geht Wolfgang Gieringer, bislang Vorsitzender der Geschäftsführung der Steinbeis-Verwaltungsgesellschaft und nun Vorsitzender des Gesellschafter-Ausschusses, dabei nicht davon aus, daß das Umsatzplus von 20 Prozent der ersten fünf Monate bis zum Jahresende gehalten werden kann. Der Auftragseingang – auch in der Branche – deute schon eine starke Nachfrageberuhigung an.

Für Gieringer ist dies kein Unglück, denn „solche Zuwachsraten sind an sich zu viel und liegen erheblich über unserem Plan". Langfristiges Ziel sei vielmehr unverändert ein „moderates Wachstum" von jährlich 3 bis 5 Prozent, zumal man nicht in Massenmärkte wie beispielsweise die Herstellung von Zeitungspapier einsteigen wolle. Das geplante Investitionsvolumen für die nächsten fünf Jahre von rund 100 Mill. DM sei, so Gieringer, eine „ganz normale Sache zur Zukunftssicherung" nach zwei ruhigeren Vorjahren. 17 bis 18 (8,3) Mill. DM sollen davon 1985 bereitgestellt werden.

Die weltweit boomartige Papiernachfrage übertraf 1984 nach den Worten von Gieringer alle Erwartungen. Der Gruppenumsatz stieg sprunghaft um 21 (3) Prozent auf 393,5 Mill. DM. Alle Werke seien bis an die Grenzen ihrer Kapazität ausgelastet gewesen, und trotz Sonderschichten habe man zeitweise die Nachfrage nicht erfüllen können. Dabei sei es endlich auch möglich gewesen, längst überfällige Preiskorrekturen (im Durchschnitt plus 6 Prozent) durchzusetzen.

Von diesem „Ausnahmejahr in der Papierindustrie" profitierten alle drei Steinbeis-Produktionsgesellschaften. Die Steinbeis Papier GmbH, Gemmrigheim, größter europäischer Hersteller von mittelfeinem, farbigem Druck-und Schreibpapier, steigerte ihren Umsatz um 21 Prozent auf 154 Mill. DM. Unverändert knapp ein Drittel davon kamen aus dem Export. Die im Druck und der Papierverarbeitung tätige Zweckform Werk GmbH, Holzkirchen, kam auf ein Umsatzplus von 16 (6,5) Prozent auf 132 Mill. DM. Am besten schnitt erneut die Gessner & Co. GmbH, Brannenburg, mit einem Zuwachs von 26 (13) Prozent auf 107 Mill DM ab. Ihre Exportquote belief sich auf 58 (59) Prozent.

Entsprechend positiv schlug sich diese Entwicklung in der Ertragsrechnung der Gruppe nieder. Zum Ausdruck kommt dies in dem auf 29,6 (22,9) Mill. DM gestiegenen Cash-flow und dem Steueraufwand von knapp 7,3 (3,7) Mill. DM. Die Rücklagen wurden um fast 2 Mill. auf fast 6 Mill. DM und die Rückstellungen um 10,2 Mill. auf 46,9 Mill. DM aufgestockt. Zudem konnten die kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten um 11,5 Mill. DM abgebaut werden. Unter dem Strich wird ein Jahresüberschuß von 4,7 (4,1) Mill. DM und einschließlich eines Gewinnvortrags ein Bilanzgewinn von 7,2 (6,2) Mill. DM ausgewiesen. Auf das Stammkapital von 30,8 Mill. DM soll eine Dividende von 8 Prozent ausgeschüttet werden.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

P. A. Steinbuch: Computertextverarbeitung, Verlag Langen Müller/Herbig, München 1985. 280 S., 48 Mark.

Die große Rationalisierungsreserve im Büro ist die Textverarbeitung. Diese alte Expertenweisheit ist bislang in der Praxis eher Theorie geblieben. Zentrale Schreibzimmer und Textverarbeitung nach dem Bausteinsystem haben die Kosten wohl vermindert, der wirklich große und erhoffte Einsparungserfolg ist bisher jedoch ausgeblieben. Dabei machen es das Terminal und der Personalcomputer durchaus möglich, Texte unmittelbar zu erstellen. Das neue Buch von Professor Steinbuch gibt alle Informationen für die Praxis, die für eine Rationalisierung der Textverarbeitung erforderlich sind.

Der Markt für Unterhaltungselektronik, hrsg. vom Axel Springer Verlag, 121 Seiten, Schutzgebühr 75 Mark

Die Preise für Geräte der Unterhaltungselektronik stagnieren seit einigen Jahren – Folge des harten Wettbewerbs nicht nur zwischen den verschiedenen Herstellern sowie im Einzelhandel, sondern auch zwischen Europa und Japan. In dieser Konkurrenzlage kommt innovativen Entwicklungen eine Schlüsselrolle zu. Die vom Axel Springer Verlag herausgegebene Analyse „Der Markt für Unterhaltungselektronik" widmet sich nach einem Überblick über die Gesamtlage der Branche neuen technologischen Trends, die bereits erste Auswirkungen auf den Markt haben. Daran schließen sich Ausführungen über die Nachfrage nach Geräten der Unterhaltungselektronik, Vertriebswege und Werbeaufwendungen sowie Informationen über wichtige Herstellerfirmen an.

Peter F. Drucker: Innovations-Management für Wirtschaft und Politik, Econ Verlag, Düsseldorf 1985. 400 S., 78 Mark.

Alle Welt spricht von Innovation als dem Zauberwort für die Lösung aller wirtschaftlichen Probleme. Der Management-Professor und Unternehmensberater Drucker entwikckelt in seinem neuen Buch Ideen, Konzepte und unternehmerische Strategien für die praktische Umsetzung von Innovationen. Insbesondere für die deutsche Wirtschaft sieht er positive Signale, appelliert aber an die Verantwortlichen in freier Wirtschaft und Verwaltung, für den entsprechenden Rahmen zu sorgen.

Thomas Töben: Die Besteuerung des deutsch-deutschen Wirtschaftsverkehrs, Nomos Verlag, Baden-Baden 1985. 404 S., 118 Mark.

Die Besteuerung des deutsch-deutschen Wirtschaftsverkehrs fand im Schrifttum bislang nicht die ihr gebührende Berücksichtigung. Aufgrund der Auseinanderentwicklung der Steuersysteme sind Fälle denkbar, in denen es zu Doppelbesteuerungen kommt oder aber Besteuerungsfreiräume entstehen. Der Verfasser behandelt ausführlich die relevanten steuerrechtlichen Vorschriften und ermittelt auf dieser Grundlage die Gesamtsteuerbelastung ausgewählter praxisrelevanter Wirtschaftsaktivitäten im „DDR"-Geschäft. Insbesondere werden auch Gestaltungshinweise gegeben, wie sich Steuerbelastungen vermeiden lassen.

GOTHAER / Plus im Lebensversicherungs-Neugeschäft

Keine Angst vor den Banken

dpa/VWD, Frankfurt

Mit Zuversicht blickt die Gothaer Lebensversicherung a. G., Göttingen, in die Zukunft. Bei der Vorlage der Bilanzen für die Lebensversicherung und die Allgemeine Versicherung AG in Frankfurt betonte Generaldirektor Harry Bartsch, er sei mit dem Verlauf von 1984 durchaus zufrieden, 1985 werde ebenfalls gute Ergebnisse bringen.

In der Lebensversicherung konnte das Neugeschäft in den ersten fünf Monaten 1985 im Wert um 5,4 Prozent ausgeweitet werden, während die gesamte Branche noch ein Minus meldet. Die Konkurrenz der Banken, die seit dem Herbst 1983 Sparpläne mit Versicherungsschutz anbieten und damit in die Domäne der Versicherungen eingedrungen sind, sieht Bartsch schwinden. Im Zuge der sinkenden Zinsen müßten die Kreditinstitute die garantierten Zinsen bei dieser Anlageform inzwischen zurücknehmen. Hätten die Sparpläne der Banken zum Auftakt noch zur Hälfte einen Versicherungsschutz gehabt, so sei dieser Anteil inzwischen auf ein Drittel geschrumpft.

Die Gothaer Leben, die in die Gothaer Versicherungsgruppe mit einem jährlichen Beitragsaufkommen von zwei Mrd. DM eingebettet ist, konnte 1984 ihre Erträge aus Kapitalanlagen um 9,2 Prozent auf 386 Mill. DM steigern. Die Beitragseinnahmen kletterten um 2,7 Prozent auf 570 Mill. DM. Der Jahresüberschuß betrug 250,7 (236,4) Mill. DM. Das Neugeschäft lag mit 2,16 Mrd. DM auf dem Niveau der Vorjahre. Der Versicherungsbestand kam mit einem Wachstum von 5,2 Prozent bei 17,6 Mrd. DM an.

Die Gothaer Allgemeine erreichte 1984 ein Beitragsvolumen von 222,7 Mill. DM. Die Erträge aus Kapitalanlagen konnten um 10,6 Prozent auf 25,4 Mill. DM erhöht werden. Trotz des versicherungstechnischen Verlustes konnte deshalb ein unveränderter Jahresüberschuß von zwei Mill. DM ausgewiesen werden. In den ersten fünf Monaten von 1985 stiegen die Beitragseinnahmen um 7,9 Prozent, darunter vor allem in der Kraftfahrzeugsparte, deren Tarife zu Jahresbeginn angehoben wurden.

NAMEN

Professor **Peter Ludwig**, Aufsichtsratsvorsitzender der Leonard Monheim AG, Aachen, und bekannter Kunstmäzen, feiert am 9. Juli den 60. Geburtstag.

Franz-Josef Schmitt (53) und **Bruno Steinborn** (53) wurden zu Vorstandsmitgliedern der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE), Essen, bestellt. Sie sind Nachfolger für die im November in den Ruhestand gehenden **Werner Rinke** und **Matthias Breuer**.

Hans-Georg Pohl (53), Vorstandsvorsitzender der Deutschen Shell AG, Hamburg, übernimmt am 1. August 1985 die Aufgabe des Koordinators für Europa bei der Shell-Gruppe in Den Haag. Sein Nachfolger wird **Cornelius A. J. Herkströter** (47), der seit 1982 Vorstandsmitglied der Shell Francaise, Paris, war.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Brigitte Rode, Tanksicherungs u. Ölfeuerungs GmbH; **Gelsenkirchen:** Torwesten GmbH, Gelsenkirchen-Horst; **Hannover:** Seegers Elektroanlagen GmbH; **Höxter:** Stürznickel & Hufnagel Import und Export GmbH, Beverungen 1; **Leverkusen:** KCS – Compaktair Verdichtertechnik GmbH & Co. KG; **Recklinghausen:** Kesselwagenreinigung Ges. mbH Fred Braack; **Soltau:** Bremische Spannbetonwerke Hillmann & Co. (GmbH & Co.), Schneverdingen; **Stuttgart:** Ges. f. Kunhardt GmbH, An- u. Verkauf von Computern, Waiblingen.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Köln: Navitrans Speditionsgesellschaft für Übersee- und Landtransporte mbH.

Vergleich eröffnet: Pforzheim: Erwin Kircher GmbH & Co. KG.

Vergleich beantragt: Ansbach: Reinhold Grimm, Kfm., Opfenried; **Köln:** Gebrüder Wüst GmbH & Co. KG; Wüst Verwaltungsges. mbH; **Ludwigsburg:** Projekt-, Beratungs- u. Gewerbebau GmbH, Gerlingen; **Lüdinghausen:** Fiducia Geschäftsführungsges. mbH.

WIMBLEDON / Der größte Tag für das deutsche Tennis seit Gottfried von Cramm und Wilhelm Bungert

Martina: „Ich will acht Titel“

DW. London

„Schon als kleines Mädchen habe ich geträumt, die Nummer eins im Welttennis zu werden. Etwas anderes kam für mich nicht in Frage.“ Den Kindertraum hat Martina Navratilova längst verwirklicht. Seit Jahren ist sie die Nummer eins im Welttennis. Seit Samstag aber ist auch der Wunsch der erwachsenen Martina Navratilova in die Nähe der Wirklichkeit gerückt: Einmal als „größte Tennisspielerin aller Zeiten“ eingestuft zu werden. Am Samstag gewann sie bei den All England Championships zum sechsten Mal das Finale im Damen-Einzel. Mit 4:6, 6:3, 6:2 in 1:46 Stunden.

Sechs Wimbledonsiege, davon vier in Folge. Das hat bisher nur Billie-Jean King geschafft. Seit fast einem Jahrzehnt beherrscht nun Martina Navratilova das Welttennis. Der Weltverband der Berufsspielerinnen notierte für sie 1045 Siege und 102 Niederlagen im Einzel sowie 51 Siege und 20 Niederlagen im Doppel. Martina Navratilova ist das Siegen gewohnt und jubelte doch nach ihrem sechsten Wimbledon-Erfolg ebenso wie beim ersten Sieg 1978. Nach dem entscheidenden Rückhand-Fehler ihrer Gegnerin Chris Evert-Lloyd, der das Spiel beendete, riß Martina Navratilova die Arme hoch, als wolle sie den Himmel umarmen. Ihr Gesicht überstrahlte die Sonne, jede Bewegung geriet zum Ausdruck ihres Glücksgefühls. Trotz zehnjähriger Überlegenheit ist das Siegen noch nicht zur Routine geworden.

Möglicherweise deshalb, weil Martina Navratilova nicht die große Favoritin war, sondern in ihrer langjährigen Rivalin Chris Evert-Lloyd eine fast gleichwertige Gegnerin hatte. Die beiden amerikanischen Ausnahmespielerinnen wurden auf der Setzliste gemeinsam als Nummer eins geführt, ein Novum in der Wimbledon-Geschichte. Zum 66. Mal mußten sie gegeneinander antreten – zum 34. Mal blieb die jüngere Martina Navratilova (28) erfolgreich. Obwohl sie ungewohnt nervös begann und mit einem Aufschlagverlust in das Finale startete. Doch mit einem Break zum 3:1 fand sie ihr Gleichgewicht wieder und steigerte sich danach mit fast jedem Schlag. Chris Evert-Lloyd fand kein Gegenmittel und verlor ihr fünftes Wimbledon-Finale gegen Martina Navratilova. Sie reagierte mit Trotz: „Ich denke nicht ans Aufhören“, erklärte sie herausfordernd und wurde von der Gegnerin mit einem Kompliment bedacht: „Wenn ich Chris sehe, wie gut sie noch mit 30 geworden ist! Sie spornt mich an, noch mehr an mir zu arbeiten.“

Schlechte Aussichten also für den Nachwuchs. Für die erst 15jährige Argentinierin Gabriela Sabbatini, ein „phänomenales Talent“, oder die schon „sehr gute“ Deutsche Steffi Graf (16), die in den Augen von Martina Navratilova am ehesten fähig sind, ihre Nachfolge anzutreten. Doch das ist fernere Zukunft. Für die nächsten Jahre beansprucht Martina Navratilova die Wimbledon-Trophäe noch für sich selbst: „Vier Einzeltitel in Folge und sechs insgesamt sind herrlich, aber halten Sie mich nicht für unverschämt, wenn ich wenigstens acht gewinnen will.“

Das ist Kampfansage und Absichtserklärung zugleich. Sie braucht solche Herausforderungen, um sich motivieren zu können. Denn Geld kann die Tennis-Millionärin nicht mehr locken. In zehn Jahren hat sie 9 560 526 Dollar an Gewinngeldern eingespielt. Materielle Gründe reichen da nicht mehr, um sich noch über Jahre zu motivieren. Martina Navratilova will die ideelle Krone des Titels „beste Tennisspielerin aller Zeiten“. Um aber Konkurrentinnen wie die legendären Spielerinnen Suzanne Lenglen und Billie-Jean King, Margaret Court, Helen Wills Moody oder auch Chris Evert-Lloyd in der ewigen Bestenliste eindeutig zu überflügeln, braucht sie noch einige Wimbledonsiege.





Siegeszeichen: Martina Navratilova, Boris Becker nach seinem Einzug ins Finale. FOTOS: AP

Jetzt eine Wende in der Weltspitze?

So schnell kann es also gehen. Über Jahre hinweg gab es auf der internationalen Tennisbühne nur langweiligen Eintopf. Es waren die großen Vier, die die Grand-Slam-Titel unter sich aufteilten. John McEnroe, Ivan Lendl, Jimmy Connors und Mats Wilander dominierten. Der Klassenunterschied zum Rest war zu groß.

Selbstverständlich ist es nach 14 Wimbledon-Tagen verfrüht, von einer Wende zu sprechen. Das trifft nicht nur auf die Spielstärke der Stars zu. Das gilt auch für die spielerische Entwicklung. Weltweit wird nach dem Björn-Borg-Boom die Sehnsucht nach dem klassischen Tennis immer lauter. Noch immer gibt es zu viele, die versuchen, die Ausnahmeerscheinung Borg zu kopieren: Möglichst viel Spin (Vorwärtsdrall) und den Ball so lange wie es nur geht von der Grundlinie aus im Spiel halten. Deshalb darf man sich auch nicht von den Aktionen in Wimbledon täuschen lassen.

Klar, auf den schnellen Rasenplätzen kann kaum ein Spiel von der Grundlinie gewonnen werden. Und deshalb gibt es die Spezialisten, Kevin Curren oder Tim Mayotte zum Beispiel, deren Stärken für das Rasenspiel geradezu prädestiniert sind: Aufschlag und Volley. Doch die große Masse bevorzugt noch das Top-Spin-Gewürge, nur langsam orientieren sich die jüngeren Spieler an den jetzigen Stars.

Genau an dieser Stelle kommt es zu dem Punkt, an dem auch einmal John McEnroe der ihm gebührende Respekt erwiesen werden muß. Er war es, der in den letzten Jahren für ein Umdenken der betriebsblinden Top-Spin-Gemeinde gesorgt hat. Ausgestattet mit dem besten Ballgefühl aller Tennis-Profis und der phantastischen intuitiven Begabung, jedem Ball die gewünschte Richtung mit dem richtigen Schnitt geben zu können, ist er auch nach Wimbledon der mit Abstand beste Tennis-Spieler der Welt. Seine Titelgewinne in Wimbledon, bei den US-Open und dem Masters-Turnier in New York kommen nicht von ungefähr. Auch einer Nummer eins muß, wie in Wimbledon, eine Schwächeperiode zugestanden werden.

Nur, und das ist die vielleicht wichtigste Frage an den Weltranglisten-Besten: Verspürt er überhaupt noch die Lust, sich von Woche zu Woche aufs neue zu stellen? Ständig gejagt zu werden, kann auch an den Nerven zehren. McEnroe zeigte dann auch mehrmals in diesen Tagen Ermüdungserscheinungen: „Ich kann Borg verstehen, der mit 26 Jahren von der Bühne verschwand. Auch ich will endlich etwas mehr von meinem Leben haben.“ Für die internationale Szene wäre es ein herber Schlag, sollte sich der exzentrische McEnroe frühzeitig zurückziehen.

Jimmy Connors wird nach seiner deprimierenden Niederlage mit Sicherheit früher oder später Abschied nehmen. Der 32jährige, der zu seinen besten Zeiten häufig mit seiner Einstellung begeistern konnte, hat seinen „Fighting Spirit“ verloren – und damit seine Spielstärke.

Ivan Lendl, der sich vor dem Turnier als der heimliche Sieger fühlte, wird bei seiner Spielanlage nie ein großer Rasenspieler werden. Genausowenig wie die große populäre Spielerpersönlichkeit, als die er sich selbst gerne darstellen möchte. Nach wie vor wirkt der Ostrauer eckig und unnahbar. Nicht zuletzt deshalb werden seine teilweise großartigen Spiele auf Sand- oder Zementplätzen nur registriert, mehr nicht.

Viel besser geht es in dieser Beziehung auch dem Vierten im Bunde, Mats Wilander, nicht. Sein Spiel wirkt immer noch allzu oft wie ein Schlafmittel. Dabei gilt der 21jährige außerhalb des Centre Courts als verbindlich und zugänglich. Doch er hat nun mal das Pech, eine der sogenannten Borg-Kopien zu sein – und diese Welle ebbt ab. Zu wenig Ausstrahlung auf dem Platz, lautet die Kritik der Öffentlichkeit. Damit ist genau der Punkt getroffen.

Neue Gesichter werden deshalb gesucht. Boris Becker ist in diese Lücke gesprungen. Eine Sensation, Becker, der neue Superstar? Langsam, langsam. Noch, und das sei bei aller Freude über Beckers Wimbledon-Auftritte gesagt, ist der 17jährige nicht jener Top-Spieler, den viele bereits aus ihm machen wollen. Fast hatte man in diesen Tagen in London den Eindruck, als ob hier einer auf dem Platz steht, der wie in Trance spielt. Unglaublich, mit welcher Frechheit dieser rotblonde Bursche gerade in kritischen Situationen noch mutiger spielt – und gewinnt. Seine wahre Klasse wird sich erst nach Wimbledon beweisen müssen.

HANS JÜRGEN POHMANN

Um 14.57 Uhr sagte gestern Peter Morris, der Garderobenwächter von Wimbledon, den Satz: „Your Court is ready, Sir.“ Das ist Tradition. Doch diesmal ging der jüngste Final-Teilnehmer aller Zeiten auf den Platz, der immer noch die Tennis-Welt bedeutet: Boris Becker, 17 Jahre alt, aus Leimen bei Heidelberg. Sein Spiel gegen den in Süafrika geborenen Kevin Curren war bei Redaktionsschluß nicht beendet.

McEnroe besiegt, Lendl, Connors, Wilander auch – beginnt jetzt die Weltspitze zu wanken? Warum wird Becker plötzlich von Englands Presse kritisiert? Fragen, die auf dieser Seite von zwei WELT-Mitarbeitern beantwortet werden, die Experten sind. Hans-Jürgen Pohmann (mit Faßbender) stand 1975 im Doppel-Halbfinale von Wimbledon. Claus Geissmar war in diesem Jahr zum 15. Mal als Journalist dabei.

Boris Becker – „ein Feuerkopf, der seine Gefühle ausspucken muß“, soll nun so einer wie Beckenbauer werden

DW. London

Über dem Torbogen steht ein Satz des englischen Schriftstellers Rudyard Kipling („Dschungelbuch“): „Wenn Du mit Sieg und Niederlage dort draußen gleichermaßen fertig wirst, dann bist Du Du selbst.“ Hinter diesem Torbogen liegt der Centre Court von Wimbledon. Boris Becker, 17 Jahre alt, ging durch ihn hindurch. Seit gestern wird es schwer für ihn sein, so zu bleiben, wie er einmal war.

Boris Becker ist der jüngste Spieler, der jemals im Finale um die begehrteste Tennistrophäe der Welt kämpfen durfte. Becker füllt die Schlagzeilen, seine Konterfeis gingen um die Welt. Und die Welt kennt plötzlich diesen 1,91 m großen, rotblonden Jungen aus einem kleinen badischen Ort bei Heidelberg. Heidelberg liegt jetzt bei Leimen...

In den letzten 14 Tagen hat sich das Leben dieses Jungen verändert. So geblieben zu sein, wie er war, erforderte eine fast unmenschliche Leistung, verlangte mehr als Siege gegen sportliche Gegner. Wer will Unmenschliches von einem 17jährigen verlangen? Auch wenn er jetzt bald Millionär ist?

Das Finale von Wimbledon hat Boris Becker zu einem Weltstar gemacht – ob kurzfristig oder von längerer Dauer, muß sich zeigen. Trainer Günter Bosch sagt: „Manager Ion Tiriac und ich sind froh, daß Boris gar keine Zeit hatte, darüber nachzudenken, was passiert ist. So ganz hat er selbst noch nicht begriffen, was aus ihm geworden ist.“ Und, noch einmal Bosch: „Er war in den letzten zwölf Monaten, in denen wir jeden Tag zusammen waren, ein junges, unruhiges Fohlen, das gebändigt werden mußte. Es ist wunderbar zu sehen, wie er vor allem in Wimbledon täglich reifer geworden ist. Boris ist jetzt seinen 17jährigen Altersgenossen weit voraus. Er ist nicht nur körperlich und psychisch stärker, sondern auch viel reifer als andere Jungen in seinem Alter.“

Da mischen sich also Reifeprozeß und die ursprüngliche, natürliche Art eines Jungen, der in die Weltklasse stürmte. „Man hat halt diese Fähigkeiten, oder man hat sie nicht.“ Derart locker und selbstbewußt beurteilte Becker in einem ARD-Fernseh-Interview seine Spielweise, die die hohen Favoriten verblüffte. Dieses unbekümmerte Auftreten auf dem Platz zeigt sich schon in der Art, wie er an der Grundlinie beim Erwarten des Aufschlags seines Gegners hin- und herspringt, wie er nach einem Punktgewinn mit einem fast schon klassischen Ali-Shuffle und gestreckter Faust seinen Erfolg feiert. Das ist keine Show, es zeigt nur den innerlich aufgeputschten Boris Becker, der in Wimbledon fast schon wie im Traum spielte.

Doch gerade hier ergibt sich der plötzliche Widerspruch für den 17jährigen. Er wird bereits genauer beobachtet, sein Charakter anders ausgelegt, als er vielleicht ist. Die ehrwürdige „Times“ widmete Becker nicht nur artige und distinguierte Spalten nach seinem Erfolg im Halbfinale gegen den Schweden Anders Jarryd. Der Sport-Leitartikler der Zeitung warf ihm Rüpelhaftigkeit vor. Er habe Jarryd beim Seitenwechsel einmal gerempelt. Das Trampeln mit den Füßen als Zeichen der Freude bei einem gelungenen Schlag wird hier als „unmögliches Benehmen und Arroganz“ angeprangert. Die englische Presse, vor allem die der Straße, kennt kein Erbarmen. Ein John McEnroe wurde unter Dreck begraben, Martina Navratilova bis aufs Blut gehetzt.

Nur zwei Aussagen zu den angeblichen „Fußballer-Manieren“ des 17jährigen aus Leimen. Trainer Günter Bosch: „Boris ist ein Feuerkopf. Er muß sich entlasten, seine Gefühle während des Spiels ausspucken. Dann ist er wieder voller Konzentration.“ Sein Halbfinal-Gegner Anders Jarryd: „Er hat seine Aggressionen nicht gegen mich gerichtet. Er motiviert sich selbst mit seinen Ausbrüchen. Das ist in Ordnung.“

Jarryd – vielleicht schwingt hier der Zorn über die eigene Niederlage noch mit – sagte auch: „Ein Björn Borg wird er nicht.“ Das ist die Frage, die nun diskutiert werden darf.“ Liebe wie einst Borg, das ist die Beobachtung der letzten Tage, schlug Becker in London nicht entgegen. Eher Respekt, vielleicht auch Bewunderung. Der Beifall prasselte sicherlich auf ihn herab, der Applaus der Anerkennung für Außergewöhnliches, für einen jungen Mann, der nicht mehr erklärbar ins Wimbledon-Finale stürmte. Vielleicht war Borg auch englischer. Der Schwede stülpte nicht seine Gefühle nach außen.

Doch was ist eigentlich von Beckers Gefühlen bekannt? In englischer Sprache gab er nach dem Halbfinalsieg der BBC ein Interview, das fast alle englischsprachigen Fernsehstationen in aller Welt übernahmen. Da sagte er: „Ich weiß, daß sich mein Leben nun ändern wird. Ich weiß aber auch, daß ich nun eine neue, ganz besondere Verantwortung für unseren Tennissport trage.“ Trainer Bosch ergänzte später: „Wir wollen aus ihm ein Vorbild für den deutschen Tennissport machen. Warum sollte er im Tennis nicht das werden, was Bekkenbauer im Fußball ist.“

Becker, besser: seine Persönlichkeit, schwankt noch – nur auf dem Platz kann er mitunter dastehen wie ein Fels. Wie gut, daß in dieser Phase außer Günter Bosch auch sein Manager Ion Tiriac neben ihm steht. Tiriac, einst selbst ein Spieler der Weltklasse, hat als Berater eines Spielers schon einmal eine Art von nationaler Begeisterung erlebt: Zusammen mit Guillermo Vilas in Argentinien. Ohne ihn und Bosch wäre Becker in den letzten Tagen in London wohl verloren gewesen.

Da saßen Scharen von eigens eingeflogenen Reportern in der Halle des Gloucester-Hotels und balgten um die Exklusiv-Stories und das ganz besondere Foto. Tiriac blockte sie alle ab, steckte Boris ins Zimmer und sagte nur: „Laßt mir den Jungen zufrieden.“ Bosch kam manchmal zu den nächtlichen Audienzen mit den Journalisten an die Hotelbar. Es war schon erstaunlich, wie es der 48 Jahre alte Tennis-Lehrer immer wieder schaffte, Becker durch diese Hektik zu führen. Denn, von vielen unbemerkt, verging kaum ein Vormittag, an dem Becker keine Schwierigkeiten mit seinem Körper hatte. Erst war es der verrenkte Knöchel, dann kamen Magenbeschwerden hinzu, die wahrscheinlich hervorgerufen wurden durch entzündungshemmende Tabletten (wegen des Knöchels). Vor dem Spiel gegen Jarryd hatte er Durchfall und mußte sich übergeben.

Am Abend vor dem großen Spiel war dann alles wieder in Ordnung. Einziges Problem: In einem argentinischen Steak-Restaurant einen Platz in einer stillen Ecke zu finden. Neun von zehn Londonern erkennen ihn, ungestört außerhalb des Hotel-Zimmers essen zu können war schwer. Und gestern aß Becker dann zum Frühstück Brötchen ohne Butter („auf die verzichte ich schon lange“), zwei Schalen Müsli, Erdbeeren mit Ananas, er trank dazu viel Tee. Um 13.30 Uhr stand Sparrings-Partner Pavil Slozil zum Training bereit. Danach hatte Becker Zeit, um seine obligatorischen 30 Minuten Gymnastik in der Garderobe von Wimbledon zu absolvieren: Laufen auf der Stelle, Bauchmuskeltraining, Seilspringen und zum Abschluß Liegestütz.

Das ist die sportliche Vorbereitung eines großen Talents vor einem großen Spiel. Und es war das Größte bisher, das Becker gestern erlebte. Der Spruch von Kipling am Torbogen zum Centre Court bleibt – er wird ihn im nächsten Jahr wieder lesen können.

Schon jetzt auf dem Weg zum Millionär

Schon vor dem Finale hatte Boris Becker in Wimbledon 84 720 Dollar (etwa 295 425 Mark) verdient. Der Sieger des Finales erhält in diesem Jahr 167 870 Dollar. Daß der junge Deutsche bereits auf dem Wege ist, Millionär zu werden, beweist diese Summe: Vor dem Turnier von Wimbledon hatte er in diesem Jahr bereits 502 285 Mark allein an Preisgeldern bei anderen Turnieren verdient. In diesem Jahr wird Becker nur zweimal in Deutschland spielen: Vom 2. bis 4. August in Hamburg beim Daviscup gegen die USA und in der Mannschaft von Rot-Weiß Berlin, die in die Bundesliga aufsteigen will.

Der Weg ins Finale – durch Regen und Schrecksekunden

Die Dramaturgie vom Aufstieg des 17 Jahre alten Boris Becker aus der Schar der 128 Teilnehmer bis ins Wimbledon-Finale konnte nicht aufregender sein. Da waren der große Regen und das lange Warten am Anfang. Da war die Schrecksekunde, als er im Viertelfinale gegen Tim Mayotte mit dem linken Fuß umknickte und Erinnerungen an den Bänderriß vor einem Jahr an gleicher Stelle weckte. Aber nichts und niemand stoppte ihn.

Montag, 24. Juni: Statt der Aufschläge von Boris Becker schlägt auf der traditionsreichsten Tennis-Stätte der Welt lediglich ein Blitz ins Pressehaus ein. Das Warten für Becker beginnt.

Dienstag, 25. Juni: Der zweite Regentag. Wieder wird das Match gegen den Amerikaner Hank Pfister verschoben.

Mittwoch, 26. Juni: Endlich Sonne. Und für Boris Becker die Ehre, auf dem Centre Court beginnen zu dürfen. Doch bei seiner 2:1-Satzführung bricht die Dunkelheit beim Stand von 2:2 im vierten Satz herein – und der Schiedsrichter die Partie ab.

Donnerstag, 27. Juni: Becker gewinnt die Fortsetzung des Spiels gegen Pfister 6:4.

Freitag, 28. Juni: In nur 72 Minuten macht Becker kurzen Prozeß mit dem Amerikaner Matt Anger (6:0, 6:1, 6:3).

Samstag, 29. Juni: Zweiter Abbruch wegen Dunkelheit. Diesmal bei 3:6, 7:6 gegen Joakim Nystroem.

Montag, 1. Juli: In einem Tennis-Thriller bezwingt Becker Nystroem im zweiten Teil der Begegnung mit 6:1, 4:6 und – nervenzerfetzend – mit 9:7 im letzten Satz.

Dienstag, 2. Juli: Schon das Achtelfinale! Und wieder fünf Sätze. Im vierten die Schrecksekunde: Becker knickt um, unterbricht das Match, wird beim nächsten Seitenwechsel bandagiert und wendet bei 1:2-Satzrückstand das Spiel gegen den Amerikaner Tim Mayotte. Endstand: 6:3, 4:6, 6:7, 7:6, 6:2.

Mittwoch, 3. Juli: Titelverteidiger McEnroe ist draußen, Becker bleibt im Turnier. Der Franzose Henri Leconte ist das nächste Opfer des Jung-Stars, der sich mit 7:6, 3:6, 6:3, 6:4 durchsetzt.

Freitag, 5. Juli: Beim Stand von 2:6, 7:6 und 1:1 wird das Halbfinale gegen den Schweden Anders Jarryd wegen Regens vertagt.

Samstag, 6. Juli: Mit 6:3 und 6:3 steckt Becker auch die dritte Unterbrechung eines seiner Spiele erfolgreich weg. Er hat das Finale erreicht. Beim Spiel zwischen Chris Evert-Lloyd und Martina Navratilova schnuppert er unbekümmert Final-Atmosphäre: Wie ein Zaungast ohne Eintrittskarte schaut er um die Ecke einer Absperrung.

Bisher nur zwei Siege

Bisher standen 15 deutsche Tennisspieler in einem Wimbledon-Finale, zwei Siege schlugen dabei zu Buche. 1931 gewann Cilly Aussem (Köln) gegen Hilde Krahwinkel aus Essen mit 6:2, 7:5. Mit Tennisbaron Gottfried von Cramm siegte Hilde Krahwinkel 1933 im Mixed 7:5, 8:6 gegen die Südafrikaner Mary Heeley/Norman Farquharson.

Dreimal in Folge (von 1935 bis 1937) stand von Cramm im Einzel-Finale – zweimal verlor er gegen den Briten Fred Perry (2:6, 4:6, 4:6 und 1:6, 1:6, 0:6), dann gegen Donald Budge aus den USA (3:6, 4:6, 2:6). Auch Wilhelm Bungert mußte sich als bislang letzter deutscher Einzel-Finalist 1967 gegen John Newcombe (Australien) mit 3:6, 1:6, 1:6 geschlagen geben. Erst im Finale beendeten zwei deutsche Herren-Doppel das Wimbledon-Turnier: 1913 Kleinschroth/Rahe gegen die Briten Roper/Dixon, 1938 Henkel/von Metaxa gegen Budge/Mako (USA).

Die gemischten Doppel Hilde Krahwinkel/Daniel Prenn (1930 gegen Ryan/Crawford, England/Australien), Sarah Palfrey (USA)/Henner Henkel (1938 gegen Marble/Budge, USA) und Edda Buding/Bob Howe (Australien) (1961 gegen Turner/Stolle, Australien) verabschiedeten sich ebenfalls erst im Finale aus Wimbledon.

Kevin Curren – sein Hobby sind die wilden Tiere . . .

„Vielleicht gewinne ich dieses Jahr in Wimbledon“, sagte Kevin Curren vor Monaten, allerdings eher entschuldigend. In der Weltrangliste war er auf Rang 15 abgerutscht. Das Preisgeld für 1984 hielt sich bei 32 gewonnenen und 17 verlorenen Spielen mit 245 516 Dollar in Grenzen. Für einen Spitzenmann, wohlgemerkt.

In diesem Jahr gewann der in Durban (Südafrika) geborene und in New Germany aufgewachsene Curren bisher gerade ein Turnier: Am 24. Februar in Toronto gegen den Schweden Anders Jarryd, den er sich lieber als Boris Becker ins Wimbledon-Endspiel gewünscht hätte. Bei den 99. All England Championships marschierte Curren „mit einem der schlimmsten Aufschläge im ganzen Circuit“ zuletzt fast nach Belieben durch die Runden.

Mit seinen 27 Jahren ist der 1,85 Meter große Rechtshänder nicht nur zehn Jahre älter als sein Final-Gegner, sondern auch um viele Jahre als Tennis-Weltenbummler erfahrener. Er reist fast immer zusammen mit seinem amerikanischen Doppelpartner Steve Denton. In Wimbledon haben sich die beiden zwar getrennt, sie sollen künftig aber wieder zusammen spielen. Beide bezahlen den gemeinsamen australischen Trainer Warren Jacques.

Auf Empfehlung des ehemaligen südafrikanischen Tennis-Asses Cliff Drysdale verließ Kevin Curren Südafrika, kam in die USA und studierte an der University of Texas. Anfang dieses Jahres hat er die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen, um mit seinem neuen Paß auch dorthin fahren zu können, wo Südafrikaner wegen der Apartheid-Politik Schwierigkeiten haben.

Currens großes Hobby ist die Tierwelt der afrikanischen Wildnis. Ein Urlaub in Botswana faszinierte ihn so, daß ihn sein Trainer mahnen mußte: „Deine Wimbledon-Vorbereitungen sind in diesem Jahr zu spät.“ Vielleicht kauft sich Curren von seinen Tennis-Einkünften später einen Wildpark in Südafrika.

Unter den Spielern gehört Curren zu den zurückhaltenden Charakteren. Er sucht keine schnellen Bekanntschaften, hat dafür aber einen kleinen, festen Freundeskreis.

Alle Experten sind sich darüber einig, daß er sich in diesem Jahr in Wimbledon in eine Hochform gespielt hat, die er möglicherweise nicht wieder erreicht. Zumindest bei den amerikanischen Tennisfans haben sich die ansonsten so zugeknöpften US-Einwanderungsbehörden mit ihrer Entscheidung im März viele Freunde erworben. Sonst wären die 53 US-Asse im Hauptfeld von Wimbledon erstmals seit 1976 ohne Vertreter im Herrenfinale geblieben.

Erfolge der Außenseiter

Zwei Stunden nach dem Titelgewinn im Damen-Einzel verlor Martina Navratilova mit ihrer Doppel-Partnerin Pam Shriver (beide aus den USA) mit 7:5, 3:6, 4:6 überraschend das Finale gegen Liz Smylie (Australien) und Kathy Jordan (USA). Smylie/Jordan hatten im Halbfinale die glücklose Saarbrückerin Claudia Kohde und die Pragerin Helena Sukova mit 5:7, 6:1, 6:4 geschlagen. Für Navratilova/Shriver ging eine Serie von 109 Siegen zu Ende. Viermal hintereinander hatten beide zuvor das Finale von Wimbledon gewonnen.

Den ersten Wimbledon-Titel für ihre Länder gewannen im Herren-Doppel die zweimaligen Weltmeister Heinz Günthardt (Schweiz) und Balazs Taroczy (Ungarn) mit 6:4, 6:3, 4:6, 6:3 gegen die Australier Pat Cash und John Fitzgerald. Es war der erste europäische Doppel-Erfolg seit 1958. John McEnroe, erstmals seit 1977 ohne Wimbledon-Titel, war zu der Zeit schon aus London abgereist. In der britischen Zeitung „News of the World“ hieß es, McEnroe sei nicht wegen nachlassender Konzentration, sondern an einer Virusinfektion gescheitert. Zum Doppel-Halbfinale sei er nur angetreten, um seinen langjährigen Partner Peter Fleming nicht zu enttäuschen.

NACHRICHTEN

Brüssel: Erstes Urteil

Brüssel (UPI) – In Brüssel wurde ein erstes Urteil gegen einen Teilnehmer an den Krawallen vor und während des Fußball-Europacupfinales zwischen Turin und Liverpool am 29. Mai gefällt. Ein 19jähriger aus Liverpool erhielt zwölf Monate Haft, weil er sich an einem Überfall auf einen Imbiß-Stand beteiligt hatte. – Die englischen Fußball-Fans waren neben den Organisatoren und den Ordnungskräften in erster Linie für die blutigen Krawalle im Heysel-Stadion verantwortlich. Zu diesem Ergebnis ist der parlamentarische Untersuchungsausschuß der belgischen Volksvertretung gekommen.

Behle auf falschem Ski?

München (sid) – Ski-Pool-Manager Heinz Krecek, München, hat ein Disziplinarverfahren gegen den deutschen Skilanglauf-Meister Jochen Behle beantragt. Behle soll gegen Ende der letzten Saison seiner österreichischen Ski-Firma untreu geworden sein und mit einem deutschen Ski gelaufen haben.

Hans Müller arbeitslos

Mailand (sid) – Nachdem die Verhandlungen mit dem FC Udinese und Atalanta Bergamo gescheitert sind, ist der ehemalige deutsche Fußball-Nationalspieler Hans Müller vorerst arbeitslos. Sein Dreijahresvertrag bei Inter Mailand lief Ende Juni aus; der italienische Transfermarkt ist seit Freitag geschlossen.

Achter Meistertitel

Gräfelfing (dpa) – Zum achten Mal gewann der TSV München-Großhadern die Deutsche Judo-Mannschaftsmeisterschaft. Erfolgreichster Judoka beim zweiten Finale gegen den VfL Wolfsburg, das der TSV mit 8:7 gewann, war Günter Neureuther mit zwei Siegen.

Thül gewann Golfturnier

Bad Neuenahr (dpa) – Heinz-Peter Thül (Hubbelrath) gewann in Bad Neuenahr ein mit 50 000 Mark dotiertes Golfturnier. Der 22jährige Profi siegte mit 290 Schlägen und kassierte 12 000 Mark. Die nächsten Plätze belegten Wolfgang Jersombeck (Bad Waldsee) und Jochen Kupitz (Olching).

Bahnrad-Weltrekord

Colorado Springs (dpa) – Einen Weltrekord im 1000-m-Zeitfahren mit fliegendem Start stellte der Brite Shaun Wallace bei den Bahnrad-Wettbewerben in Colorado Springs auf. Mit 59,50 Sekunden übertraf er die bisherige Bestmarke des Neuseeländers Anthony Cuff.

Olympia '96 in Hellas?

Athen (sid) – Griechenland hat seinen Anspruch bekräftigt, 1996 die Olympischen Spiele zu veranstalten. Die Präsidenten des Hellenischen Olympischen Komitees erklärten, die griechische Regierung habe ihre finanzielle Unterstützung zugesagt. 1996 jährt sich das Datum der Olympischen Spiele der Neuzeit zum 100. Mal.

Springreiter: Platz zwei

Zoppot (sid) – Die Equipe der Bundesrepublik Deutschland mit Willibert Mehlkopf (Aachen), Otto Becker (Eschweiler), Achaz von Buchwald (Hamburg) und Peter Weinberg (Großostheim) belegte im Preis der Nationen beim CSIO in Zoppot mit acht Fehlerpunkten den zweiten Platz. Sieger wurde Polen mit fünf Fehlerpunkten, die Schweden belegten Rang drei.

10:11 gegen Jugoslawien

Sevilla (dpa) – Die deutsche Wasserball-Nationalmannschaft verlor beim Sieben-Nationen-Turnier in Sevilla ihr vorletztes Spiel gegen Jugoslawien mit 10:11 und erlitt nach dem 6:9 gegen Weltmeister Sowjetunion eine weitere Niederlage. Die UdSSR stand bereits als Turniersieger fest.

Chinas Turner siegten

Los Angeles (sid) – Die Kunstturner aus China schlugen in einem Länderkampf in Los Angeles die USA mit 285,100:284,850 Punkten. Das Einzelklassement gewann der Chinese Song Wen.

GALOPP / Derby-Woche in Hamburg-Horn: Diu Star gewann mit Jockey Patrick Gilson den American-Express-Pokal

Walter Scheel im Stiftungsvorstand, der über Röttgens Zukunft bestimmt?

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

Selbstbewußt und überaus siegessicher kam der englische Jockey Tony Murray (35) am Samstag auf die Derbybahn von Hamburg-Horn. Er war für den Ritt auf dem Favoriten Doulab im neugeschaffenen American-Express-Preis (80 000 Mark, 37 000 Mark dem Sieger, 1400 Meter) engagiert. Doulab gehört zum Vollblutimperium der Scheichs aus Dubai, Hamdan al Maktoum zeichnet als Besitzer verantwortlich. Murray vor dem Rennen: „Ich werde gleich an die Spitze gehen. Dann müssen die anderen schon sehr schnell sein, um mich zu schlagen." Nach 1400 Metern fand sich der Jockey aus England auf dem fünften Platz wieder, außerhalb der Ränge, die honoriert werden.

Der fünfjährige Hengst Diu Star aus dem Kölner Gestüt Röttgen gewann das Rennen mit Jockey Patrick Gilson nach einem seiner gewohnt starken Schlußspurts vor dem schon wie der Sieger aussehenden Hengst Smaragd (Erwin Schindler) und der Stute Schwarz-Grün (Peter Alafi), die als Favoritin im klassischen Schwarzgold-Rennen gescheitert war und am Samstag in Hamburg bewies, daß sie doch mehr kann, als sie zuletzt zeigte.

Tony Murray, der Jockey des gescheiterten 19:10-Favoriten Doulab, hatte auch gleich eine Ausrede für das unerwartet schlechte Abschneiden parat: „300 Meter vor dem Ziel ist mein Pferd in ein Loch getreten und kam so aus dem Rhythmus."

Der Sieger Diu Star ist ein Sohn des Hengstes Star Appeal, der 1975 als bislang einziger deutscher Galopper den Prix de l'Arc de Triomphe in Paris-Longchamp gewinnen konnte. Diu Stars Mutter Diu zeichnete sich in Deutschland als klassische Siegerin aus, 1972 gewann sie in Mülheim/Ruhr den Preis der Diana. Reiter von Star Appeal im „Arc" und von Diu in der Diana war beide Male der Engländer Greville Starkey. Diu Star profitierte von einem für ihn günstigen Rennverlauf, denn es gab, wie bei einem Kurzstreckenrennen nicht anders erwartet, gleich ein flottes Anfangstempo. Jockey Gilson konnte Diu Star in Ruhe in den hinteren Reihen halten und dann auf den letzten Metern seine Spurtstärke einsetzen. Gilson: „Er war wirklich sehr fit." Ich hatte mir eine gute Siegchance ausgerechnet, auch gegen Doulab." Der gescheiterte Favorit lag auf der Zielgeraden stets an der Innenkante des Geläufs. Er wurde zwar nicht behindert, aber es wurde doch sehr eng. Möglicherweise war das eher ein Grund für die Niederlage als das vom Jockey ausgemachte Loch auf der Bahn.

Zwanzig Mark hatte in diesem Rennen auch Alt-Bundespräsident Walter Scheel an den Wettkassen gewagt. Zehn Mark auf den Sieg und weitere zehn Mark auf Platz von Diu Star. Bei der Auszahlung verbuchte der Galopper-Präsident ein Plus von genau 46 Mark. Scheel: „Der Engländer gefiel mir schon im Führring nicht. Seine Niederlage habe ich geahnt." Scheel ist mit den Pferden des Gestüts Röttgen besonders eng verbunden. Er vertrat die Interessen der am 21. April 1985 verstorbenen Gestütsbesitzerin Maria Mehl-Mülhens im Gesellschaftsrat von 4711. Es wird spekuliert, daß er auch zum Kreis des Stiftungsvorstandes zählen soll, der über die Zukunft von Gestüt und Rennstall in Köln-Rath wachen soll.

Nach einer schon fast beängstigenden Formkrise läuft es bei den Röttgener Pferden jetzt wieder besser, Daun gewann am ersten Sonntag der Derbywoche den Hansa-Preis. Wie es in Röttgen, einem der größten, komfortabelsten, aber auch in der Unterhaltung teuersten Gestüte weitergehen wird, ist allerdings selbst einigen unmittelbar Beteiligten noch nicht klar. Dr. Günter Paul aus Frankfurt, der Testamentsvollstrecker von Maria Mehl-Mülhens: „Das Testament ist zwar eröffnet, aber noch nicht öffentlich." Gestütsleiter Dr. Jens von Lepel verläßt Röttgen auf alle Fälle, er wechselt ins Gestüt Erlengrund, das dem Ingelheimer Pharma-Unternehmer Hubertus Liebrecht gehört, der sich relativ überraschend und kurzfristig von seinem langjährigen Berater Ferdinand Leisten (70) aus Köln trennte, der das umfangreiche Zucht- und Rennunternehmen Liebrecht aufbaute und verwaltete. Liebrecht selbst läßt sich nur recht selten auf Rennbahnen sehen, obwohl er einen der größten Rennställe hierzulande unterhält.

Erstmals in der Geschichte des Deutschen Galoppderbys (es war bei Redaktionsschluß noch nicht gelaufen) ging gestern ein Japaner an den Start. Ein Rennen gewann der 36jährige Jockey Yukio Okabe aber schon am Samstag, als er für verschiedene Besitzer dreimal in den Sattel stieg. Der Schwede Loven hatte den Asiaten für den Ritt auf den in England gezogenen Wallach Tudor Regent verpflichtet. Mit Okabe, der in Japan zweimal das Derby gewonnen hat, siegte das internationale Gespann im Preis der Stadt Berlin (25 000 Mark, 14 700 Mark dem Sieger, 2400 Meter) im zweiten Hauptereignis des vorletzten Tages der Derbywoche. Okabe beeindruckte die Experten, als er auf den letzten, entscheidenden Metern nicht mit der Peitsche den Sieg erzwang, sondern sein Pferd nur mit den Händen nach vorne trieb. Das ist wirkungsvoller als der Einsatz mit der Peitsche.

Positiv auf Umsatz und auf Stimmung der Derbywoche wirkte sich eine grundlegende Umstellung des Programms aus. Der Hansa-Preis steigerte die Attraktivität des ersten Wochenendes, der Holsten-Jockey Europacup sorgte für Qualität innerhalb der Woche, und die Neuschöpfung des American-Express-Pokals paßte gut in den Rahmen der Veranstaltung.



Überraschung im American-Express-Pokal: Patrick Gilson geht mit Diu Star als erster über die Ziellinie. FOTO: WITTERS

Die Rätsel um Piggott. Jetzt sagt er: „Ich höre nicht auf, ich reite weiter"

Über den Zeitpunkt des Rücktritts von Lester Piggott (49) ist in den letzten Jahren mindestens so viel geschrieben worden wie über seine Siege. Immer wieder hat der Gewinner von über 4000 Rennen, neun englischen und drei deutschen Derbys den Rücktritt angekündigt, auch in der „Times" wurde gerade wieder über den Zeitpunkt spekuliert. Piggott wird am 5. November 1985 50 Jahre alt. Er macht sich offenbar einen Spaß daraus, immer wieder darüber zu reden. Anläßlich des Holsten-Jokkey-Europacup in Hamburg sprach die WELT mit Piggott, über den auch immer die seltsamsten Gerüchte im Umlauf sind.

WELT: Mister Piggott, wann hören Sie auf?

Piggott: Ich höre nicht auf. Ich werde noch länger reiten.

WELT: Haben Sie Angst, Trainer zu werden, fürchten Sie den Erfolgsdruck?

Piggott: So ein Quatsch. Irgendwann werde ich Trainer und ebenso erfolgreich wie als Jockey sein.

WELT: Haben Sie wirklich Ihren Darm verkürzen lassen, um die Verdauung zu beschleunigen?

Piggott (Lacht laut): Bei mir ist alles in Ordnung. Ich wiege höchstens 55 kg. Außerdem: Sie sehen doch, was ich hier esse.

WELT: Sind Sie eigentlich wirklich schwerhörig, oder hören Sie nur, was Sie wollen?

Piggott: Ich möchte meine Ruhe, das ist alles.

*

Der Jugoslawe Dragan Ilic wird neuer Jockey am Stall des Krefelder Trainers Herbert Cohn. Er soll vor allem die Pferde des Wittener Rennstallbesitzers Jan Lißmann reiten. Lißmann zog mit seinen Pferden von Trainer Oskar Langner zum seit Jahren erfolglosen Cohn. Die Lißmann-Pferde hatten bei Langner ebenfalls keinen Erfolg, der Immobilien-Kaufmann erwarb vor zwei Jahren in Baden-Baden junge Pferde für fast 300 000 Mark und gewann damit bislang erst ein kleines Rennen.

*

Für den Jockey-Cup, der auch im nächsten Jahr wieder im Rahmen der Derby-Woche auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn vorgesehen ist, plant die Holsten-Brauerei die Verpflichtung eines Jockeys, der noch nie auf einer deutschen Rennbahn im Einsatz war. Hannes Laumanns, PR-Chef des Brauhauses: „Wir haben bereits mit Bill Shoemaker Kontakt aufnehmen lassen. Er hat durchaus Interesse gezeigt, nach Hamburg zu kommen." Shoemaker hat über 8000 Rennen gewonnen, soviel wie kein anderer Reiter auf dieser Welt. Der 53jährige ritt am 20. April 1949 seinen ersten Sieger, schon 1953 gelangen ihm in einer Saison 485 Erfolge, dreimal hat er allein das Kentucky-Derby auf den Churchill-Downs in Louisville gewonnen. Holsten ließ sich das Engagement der Jockeys in diesem Jahr allein 250 000 Mark kosten.

*

Auf der Trabrennbahn in Hamburg-Bahrenfeld fand im Rahmen der Derby-Woche auch wieder das Rennen der Jockeys, Trainer, Besitzer und Funktionäre statt. Die Frankfurter Trainerin Carola Ortlieb siegte im Rennen für Trainer und Jockeys mit dem siebenjährigen Hengst Dorada, das Funktionärsfahren sicherte sich mit großem Vorsprung Hans-Heinrich von Loeper (58), der Generalsekretär des Verbandes. Er steuerte im Dreß von Eddy Freundt den zehnjährigen Hengst Harold. Das pferdesportliche Multitalent von Loeper hat das Rennen in den letzten Jahren schon mehrfach gewonnen.

*

Erfolge Münchener Pferde außerhalb der eigenen Region waren in den letzten Jahren Mangelware, Rhakios' Sieg im Kölner Frühjahrs-Ausgleich war 1985 der größte Treffer. Am Freitag der Derby-Woche folgte der Sieg des vierjährigen Hengstes Etzel im 118. Hamburger Ausgleich, allseits nur „langer Hamburg" genannt. Das Rennen ist noch zwei Jahre älter als das Derby selbst. Etzel hatte Peter Kienzler (40) im Sattel, der vor 15 Jahren mit Alpenkönig das Derby gewann. 1984 lief Etzel auch im Derby und wurde damals Letzter.

*

Die Champions des Deutschen Turfs von 1984 wurden am Vorabend des Derbys noch einmal geehrt. Als Rahmen diente das Dinner für die Besitzer der im Derby 1985 laufenden Pferde. Allerdings war von den eigentlich Geladenen nur ein kleiner Kreis ins Hotel Inter-Continental gekommen. Bei Rehterrine mit Pilzsalat, souffliertem Lachsschnitzel auf Sauerampfer, Perlhuhnbrust und Gänseleber in Portweinsoße sowie Hollunder Halbgefrorenem auf Maracujasahne wurde der Hamburger Vereinspräsident Joachim Willink (70) mit der Goldenen Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. Willing hat an entscheidender Stelle dafür gesorgt, daß Hamburg als Derbyort derzeit absolut unumstritten ist. Jahrelang gab es immer wieder Stimmen, die das Rennen des Jahres auf eine Bahn des Westens oder sogar nach Baden-Baden verlegen wollten. Vor allem baute Willing einen für deutsche Rennvereine ungewöhnlich aktiven Vorstand auf, der bei der Suche nach Sponsoren besondere Erfolge verbuchte. In einigen spektakulären Fällen (Derby-Sponsor IBM und American Express) bediente man sich allerdings der Hilfe von Heinz Brenner, der auch Präsident der Hamburger Trabrenngesellschaft ist und Chef der Internationalen Deutschen Tennismeisterschaften am Rothenbaum.

REITEN / Deutsche Meisterschaften in Münster

Sloothaak kann das Erbe seines Chefs übernehmen

KARL MORGENSTERN, Münster

Die stärkste Waffe der deutschen Springreiterei ist ein Mann, der noch vor sechs Jahren die größte olympische Hoffnung Hollands war: Franke Sloothaak (27), Deutscher Meister von 1981, Deutscher Vizemeister von 1980 und 1984 und Mitglied der deutschen Bronze-Equipe bei den Olympischen Spielen im vorigen Jahr in Los Angeles. Ihm werden schon jetzt die größten Chancen eingeräumt, in vier Wochen bei der Springreiter-Europameisterschaft in Dinard (Frankreich) das Erbe seines Chefs Paul Schockemöhle anzutreten. Zweimal war Schockemöhle Europameister.

Im deutschen Springreiterlager gibt es keine zwei Meinungen mehr über den Verkaufsreiter Paul Schokkemöhles, der einst von Olympiasieger Alwin Schockemöhle im niederländischen Friesland entdeckt und in die Weltklasse geführt wurde: Seit Ex-Weltmeister Gerd Wiltfang sportlich im Abseits steht, ist der langaufgeschossene Wahl-Niedersachse Deutschlands mit Abstand bester Springreiter. Wenn überhaupt ein Deutscher die englischen Profis in Dinard schlagen kann, dann nur der Profi Franke Sloothaak, der formell natürlich Amateur ist.

Im deutschen Reiterlager gibt es längst den populären Spruch: „Wenn Paul Schockemöhle wieder ein Pferd für gutes Geld verkaufen will, setzt er seinen Jockey Franke drauf. Der läßt jedes Pferd gut aussehen." Daran ist viel Wahres. Andererseits erduldet es Franke Sloothaak Jahr für Jahr aufs neue, daß ihm Pferdehändler Paul Schockemöhle die besten Pferde buchstäblich unter dem Hintern weg nach Übersee verkauft. Beispiele gibt es genug: Franke Sloothaaks hervorragendes Olympia-Pferd Farmer verkaufte Paul Schockemöhle schon wenige Wochen nach Olympia für über eine halbe Million Mark nach USA. Bei der Deutschen Meisterschaft in Münster glänzte Franke Sloothaak mit erstklassigen Pferden: Walido und Aviata, eine außergewöhnlich veranlagte siebenjährige Stute. Franke Sloothaak: „Aviata wird Paul auf seiner nächsten Auktion präsentieren."

Bis dahin wird Franke Sloothaak noch ein paar große Turniere mit Aviata gewinnen. Das treibt den Preis nach oben. Sein Trost: „Wir haben ein Abkommen, daß ich ein gutes Pferd behalten kann."

Dieses Pferd heißt Walido, ein neunjähriger Fuchswallach Schweizer Herkunft, den Paul Schockemöhle in Florida kaufte, anschließend damit aber sportlich nicht zurecht kam. Jetzt gehört Walido seinem westfälischen Freund Rudolf Damhus, doch Pferdehändler Paul Schockemöhle darf nach wie vor entscheiden, wer Walido reitet: Franke Sloothaak, wer sonst.

Keiner reitet in Deutschland so konzentriert wie Sloothaak, keiner hat ein so ausgeprägtes Gefühl für Distanzen und Tempo wie Paul Schockemöhles Verkaufsreiter, dessen größte Stärke seine Nervenkraft ist: Wenn es um Zehntelsekunden geht und wenn im Parcours die schwersten Hindernisse stehen, dann hat er Nerven wie Drahtseile. (DPA)

TOUR DE FRANCE / Dietrich Thurau sprang im Zeitfahren auf Platz 18

Hinault schlug zu – mit Faust und Rad

sid/dpa, Straßburg

Bernard Hinault hat der Tour de France seinen Stempel aufgedrückt. Als 30jähriger demoralisierte er im Einzelzeitfahren zwischen Sarrebourg und Straßburg über 75 Kilometer die Weltlelite mit der kaum glaublichen Durchschnittsgeschwindigkeit von 47,410 km/h.

Am Ende lagen Welten zwischen dem Bretonen und dem zweitplacierten Iren Stephen Roche (2:20 Minuten zurück). Hinault, ausgerüstet mit dem teuersten und auf höchstem Standard stehenden Material, schien aus einer anderen Welt zu kommen.

Dietrich Thurau wurde bei diesem langen Zeitfahren 19., und er machte im Gesamtklassement einen Sprung auf Rang 18. Der Frankfurter, der mit nur einem verkleideten Hinterrad fuhr, sagte im Ziel: „Ich bin voll gefahren und habe mich nicht für die Berge geschont. Die Wahl des Rades war bei dem langen Anstieg aber nicht so günstig."

Als Hinault auf seinem futuristisch anmutendem Fahrrad das Ziel erreicht hatte, meinte er: „Wenn man gut fahren kann, bringt das Rad sicher einen Vorteil." Die technische Revolution triumphierte in der Person Hinault, der auf ein mit normalen Speichen versehenes Vorderrad, ein durch eine Karbonfiberscheibe verkleidetes Hinterrad und den schon im Zeitfahren obligatorischen Hornlenker vertraute.

Als besondere Finesse verzichtete er auf die übliche Sattelstange. Die schmale Sitzfläche war aus aerodynamischen Gründen direkt auf dem aus einem Stück geformeten Rahmen befestigt, spezielle Pedalen verhinderten ein Abrutschen der Füße.

Der Fahrer Hinault war auf die Minute topfit. Er hielt sich bisher zurück, der Sieg im Einzelzeitfahren sollte der erste große Schritt zum fünften Tour-Sieg sein. In den französischen Medien wird inzwischen sorgfältig am Image des Familienvaters Hinault gebastelt. Was wohl nötig ist, denn Hinault gehen auch schon mal die Nerven durch. So wie in Fourgeres, als er im Zielraum einen Fotografen mit einem Faustschlag niederstreckte. Hinault wollte nicht behelligt werden.

MOTORSPORT / Ein Rennen der Ausfälle bei der Formel 1 in Le Castellet – Brabham-BMW siegt

Nach 54 Wochen: Nelson Piquets großartige Triumph-Fahrt aus einem ganz tiefen Tal

DW. Le Castellet

54 Wochen lang hatte er keinen Grand Prix mehr gewonnen. Auf dem Hochgeschwindigkeitskurs „Paul Ricard" von Le Castellet klappte es endlich wieder: Sieger des Großen Preises von Frankreich, des siebten Laufes zur Formel-1-Weltmeisterschaft 1985, wurde der zweimalige brasilianische Ex-Weltmeister Nelson Piquet (32) auf Brabham-BMW. Den zweiten Platz belegte der Finne Keke Rosberg auf Williams-Honda vor dem Franzosen Alain Prost (McLaren-Porsche). Manfred Winkelhock aus Waiblingen wurde auf dem RAM-Hart 12., Stefan Bellof aus Gießen auf dem Tyrrell-Ford Dreizehnter. Der Zackspeed-Rennwagen mit dem Engländer Jonathan Palmer fiel mit Motorschaden auf der Mistralgeraden aus.

In der Weltmeisterschaftswertung führt weiterhin der Italiener Michele Alboreto (Ferrari), wenngleich er in Le Castellet das Rennen wegen eines technischen Defektes nicht beenden konnte. Hinter Alboreto (31 Punkte) folgen dessen Landsmann Elio de Angelis und Prost (beide 26 Punkte).

Keke Rosberg hatte die schnellste Trainingszeit erreicht und stand beim Start in der Pole-Position. Rosberg vor dem Brasilianer Ayrton Senna (Lotus-Renault) und Piquet – so war vor 100 000 Zuschauern die Reihenfolge in der ersten Runde. Doch schon bald bremste Piquet seinen jungen Landsmann aus und setzte sich hinter Rosberg an die zweite Position. Das war in der fünften von 53 Runden (307,930 Kilometer). Fünf Runden später passierte der Weltmeister von 1981 und 1983 auch den Weltmeister von 1982, Keke Rosberg, und übernahm die Führung – die er bis ins Ziel nicht mehr abgab.

Der Weltmeisterschaftslauf auf dem Hochgeschwindigkeitskurs von Le Castellet war bei hochsommerlichen Temperaturen auch ein Rennen der Ausfälle. Die Turbo-Aggregate, die auf der 1,8 Kilomter langen Mistralgeraden bis zu 335 km/h entwikkeln (Surer, Schweiz im Training auf Brabham-BMW), bekamen oft zu wenig Sauerstoff.

In der dritten und vierten Runde erwischte es bereits das gesamte Ligier-Team mit dem Franzosen Jacques Laffite und dem Italiener Andrea de Cesaris, in der fünften Runde den in der Weltmeisterschaftswertung führenden Michele Alboreto aus Mailand. In der achten Runde stand Senna an den Boxen, der das Rennen später mit drei Runden Rückstand an 17. Stelle wieder aufnahm, doch mit Motorenschaden in der 28. Runde endgültig ausfiel.

Titelverteidiger Niki Lauda (Österreich) jagte gemeinsam mit seinem Teamkollegen Alain Prost im ersten Drittel des Rennens Keke Rosberg, doch als er in der 15. Runde den ehemaligen italienischen Formel-3-Spezialisten Pierluigi Martini (Minardi) überrunden mußte, um an Rosberg dran zu bleiben, wäre es beinahe zu einem verhängnisvollen Unfall gekommen. Der junge Italiener tauchte mit dem viel langsameren Minardi auf einmal vor Lauda auf der Ideallinie auf – der Weltmeister war fast zu einer Vollbremsung gezwungen.

Für Lauda kam wenig später das Aus – Getriebeschaden. McLaren-Teamchef Patrick Head hatte vor dem Rennen noch gesagt, man arbeite fieberhaft an der Entwicklung eines neuen Sechsganggetriebes, doch in dieser Saison würde es wohl nichts mehr mit damit. Und Lauda? Der meinte trotz des erneuten Mißerfolges, Autorennen stünden bei ihm immer noch an erster Stelle des Interesses, doch „es kann auch mal ganz schnell anders kommen". Was bedeuten würde, daß sich Lauda dann endgültig aus dem Rennsport zurückziehen würde.

Ein großer Erfolg für Nelson Piquet, also aber auch ein großer Erfolg für Brabham und BMW – das war das Rennen von Le Castellet. Denn im vorigen Jahr klappte fast gar nichts, obwohl der Brasilianer im Training stets überaus schnell war. Am Ende gab es für ihn nur den fünften Rang in der Weltmeisterschaft.

In diesem Jahr fuhr das Team anfangs hinterher und hatte mit dem Franzosen Hesnault auch noch den falschen zweiten Mann hinter Piquet verpflichtet, der vor vier Wochen gegen den erfahrenen Schweizer Marc Surer („Ich bin für ein Spitzenteam der ideale zweite Mann") ausgetauscht wurde. Vor 14 Tagen, beim Großen Preis der USA auf dem Stadtkurs von Detroit, erwies sich der Brabham-BMW endlich als standfest: Piquet konnte den sechsten Platz und den ersten Weltmeisterschaftspunkt in dieser Saison erobern.

Erstaunlich gut hielt sich in Le Castellet Manfred Winkelhock auf dem RAM-Hart, der diesmal 100 PS weniger als sonst aufzuweisen hatte. Das Team verfügt nur über einen Etat von rund drei Millionen Mark, und weil Winkelhocks Teamgefährte, der Franzose Philippe Alliot, eine Menge zu Bruch fährt, geht das obendrein ins Geld. Winkelhock: „Die Rennstrecke, auf der wir erfolgreich sein könnten, müßte für uns erst noch gebaut werden. In einem Kurvengeschlängel wäre ich ja schnell, nicht aber auf der langen Mistralgeraden von Le Castellet."

ZAHLEN

TENNIS

Wimbledon, Damen-Einzel, Finale: Navratilova – Evert-Lloyd (beide USA) 4:6, 6:3, 6:2. – Damen-Doppel, Finale: Jordan/Smylie (USA/-Australien) – Navratilova/Shriver (USA) 5:7, 6:3, 6:4. – Halbfinale: Jordan/Smylie (USA/Australien) – Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) 5:7, 6:1, 6:4. – Herren-Einzel, Halbfinale: Becker (Deutschland) – Jarryd (Schweden) 2:6, 7:6, (7:3), 6:3, 6:3. – Doppel, Finale: Günthardt/Taroczy (Schweiz/Ungarn) – Cash/Fitzgerald (Australien) 6:4, 6:3, 4:6, 6:3. – Halbfinale: Cash/Fitzgerald (Australien/5) – Fleming/McEnroe (USA/1) 7:6, 2:6, 6:1, 6:4, Günthardt/Taroczy – McNamara/-McNamee (Australien) 6:7, 6:1, 6:3, 6:4.

RAD

Tour de France, achte Etappe, Einzelzeitfahren von Sarrebourg nach Straßburg (75 km): 1. Hinault (Frankreich) 1:34:55 Std., 2. Roche (Irland) 2:30 Min. zur., 3. Mottet (Frankreich) 2:27, 4. Lemond (USA) 2:34, 5. Bazzo (Italien) 2:42. – Gesamtwertung: 1. Hinault 41:41:02 Std., 2. Lemond 2:32 Min. zur., 3. Kelly (Irland) 2:54, 4. Bauer (Kanada) 3:21, 5. Anderson (Australien) 3:44, ... 17. Thurau (Deutschland) 6:16.

MOTOR

Großer Preis von Frankreich in Le Castellet, siebter von 16 Läufen für Formel-1-WM, 53 Rd. = 307,93 km: 1. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW 1:31:46,266 Std., 2. Rosberg (Finnland) Williams-Honda 6,660 Sek. zur., 3. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 9,285 zur., 4. Johannson (Schweden) Ferrari 53,491 zur., 5. de Angelis (Italien) Lotus-Renault 53,690 zur., 6. Tambay (England) Renault 1:15,167 Min. zur., ... 12. Winkelbock RAM-Hart, 13. Bellof (beide Deutschland) Tyrrell-Ford eine Rd. zur. – WM-Wertung: 1. Alboreto 31 Punkte, 2. de Angelis 26, 3. Prost 26, 4. Rosberg 18, 5. Johannson 16, 6. Tambay 11, ...10. Bellof 4.

JUDO

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft in Gräfelfing, zweites Finale: Großhadern – Wolfsburg 8:7 (erstes Finale 8:8 – Großhadern Deutscher Meister).

REITEN

Deutsche Meisterschaften im Spring- und Dressurreiten in Münster, Herren, zweite Springprüfung, Klasse S (nach Art des Nationenpreises in zwei Umläufen): 1. Rüping (Itzehoe) Silbersee, Sloothaak (Mühlen) Walido, Beerbaum (Adelebsen) Saloniki, Schockemöhle (Mühlen) Deister, Reinacher (Wickede) Windus alle 0 Fehlerpunkte, 6. Schwab (Bad Rappenau) Winnipeg, Koof (Willich) Fire, Huck (Neumünster) Lugana alle 4. – Gesamtstand nach zwei Wertungsprüfungen: 1. Sloothaak Walido 0 Punkte, 2. Schockemöhle Deister 1,25, 3. Rüping Silbersee 2,85, 4. Koof Fire 6,30. – **Deutsche Mannschaftsmeisterschaft** der Springreiter: 1. Schleswig-Holstein (Huck-Lugana, Luther-Livius, Peters-Romantica, Rüping-Silbersee) 8,0 Punkte, 2. Hannover (Beerbaum-Saloniki, Bohlmann-Exzellenz, Sloothaak-Walido) 45,75, 3. Westfalen (Meyer zu Bexten-Merano, Ligges-Rodney, Schulze-Hesselmann-Sir, Snoek-Palma Nova) 46,0. – **Mannschaftsmeisterschaften** der Dressurreiter: 1. Westfalen (Klimke-Ahlerich, Theodorescu-Lexikon, Meyer zu Erpen-Tristan) 3317, 2. Hamburg (Fischer-Mohnsen-Gran Chaco, Rehbein-Marschall, Sauer-Montevideo) 3302, 3. Rheinland (Bemelsmans-Angelino, Hinnemann-Ideal, Grillo-Losander) 3236.

LEICHTATHLETIK

Internationales Sportfest in Rhede, Männer: Drei: 1. Jaros (Düsseldorf) 17,29 m (DLV-Jahresbestleistung); 2. Banks (USA) 17,04. – Diskus: 1. Delis 69,80 m, 2. Martinez (beide Kuba) 69,32, 3. Wagner (Mainz) 63,00, 4. Danneberg (Wedel/Pinneberg) 60,00. – Hammer: 1. Sahner (Wattenscheid) 79,94. – **Landesmeisterschaften** in Baden-Württemberg, erster Tag, Männer: 110 m Hürden: 1. Radzey (Mannheim) 13,84 (DLV-Jahresbestzeit). – **Länderkampf** Großbritannien – „DDR" – Japan in Birmingham, Männer: Speer: 1. Hohn („DDR") 92,86. – Frauen: 100 m: (zu starker Rückenwind): 1. Göhr 10,92, 2. Gladisch (beide „DDR") 11,15. – Weit: 1. Radtke („DDR") 6,96 m. – Diskus: 1. Meszynski („DDR") 66,72.

GOLF

Howard-Carpendale-Cup, Ranglisten-Wettspiel des Deutschen Golflehrer-Verbandes in Bad Neuenahr (Par 72): 1. Thül (Hubbelrath) 72+73+70+75=290 Schläge (12 000 Mark), 2. Jersombeck (Bad Waldsee) 73+70+76+74=293, 3.– 4. John (St. Eurach) 75+71+75+73=294, Kupitz (Olching) 72+75+73+74=294.

FUSSBALL

Intertoto-Runde, 2. Spieltag: Gruppe 1: Bremen – Antwerpen 5:1, Malmö – Jena 2:0. – Gruppe 2: Erfurt – Düsseldorf 6:1, Enschede – FC Lüttich 1:1. – Gruppe 3: Bröndby – Göteborg 0:0, Posen – Wacker Wien 4:2. – Gruppe 4: Stockholm – St. Gallen 0:1, Videoton – Bohemians Prag 1:0. – Gruppe 5: Aue – Braunschweig 3:2, Viking – Slavia Prag 4:3. – Gruppe 6: Zürich – Sparta Prag 1:2, Danzig – Lyngby 0:1. – Gruppe 7: Aarhus – Bern 4:7, Zalaegerszeg – Zabrze 0:1. – Gruppe 8: Haifa – Graz 1:1, Jerusalem – Bielefeld 1:1. – Gruppe 9: Ostrau – Vejle 4:1, Linz – Sofia 2:2. – Gruppe 10: Dozsa – Hammarby 2:1, Valerengen – Eisenstadt 3:1. – Gruppe 11: Start – Aarau 2:0, Burgas – Budapest 1:2, Nantes – Grasshoppers Zürich 2:1. – **Freundschaftsspiele:** Niedermockstadt/Bad Nauheim – Kaiserslautern 0:19, Ottenhöfen – Karlsruhe 1:11.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 10, 11, 15, 20, 25, Zusatzzahl: 46. – **Spiel 77:** 5 9 8 0 7 1 7. – **Toto, Elferwette:** 1, 1, 1, 0, 1, 0, 2, 2, 1, 2, 1. (Ohne Gewähr).

MOTORRAD / WM

Spencer nun fast schon Weltmeister

MANFRED JOHN, Spa

Präzise wie ein Schweizer Uhrwerk umrundet der amerikanische Honda-Werksfahrer Freddie Spencer die Motorradrennpisten der Welt, und nach seinem Sieg beim Großen Preis von Belgien in Spa steht er vier Läufe vor Ende der Saison als Motorrad-Weltmeister der 250-ccm-Klasse praktisch schon fest. Im WM-Klassement hat Spencer bereits 104 Punkte gesammelt. Auf Platz zwei liegt der viermalige Weltmeister Anton Mang (Honda) aus Inning mit 70 Punkten bereits 34 Zähler zurück. Spencer könnte sich in den nächsten Läufen sogar zwei Ausfälle leisten und würde trotzdem WM-Spitzenreiter bleiben.

100 000 Zuschauer rund um den 6,9 km langen Ardennen-Kurs von Spa waren gleichermaßen beeindruckt und begeistert von Spencers erneuter Triumph-Fahrt. Im achten Rennen der Saison gewann er zum sechsten Mal – und das in unangefochtener Manier.

Vom Start weg übernahm er die Führung und gab sie bis ins Ziel nicht mehr ab. Anton Mang, in diesem Jahr bereits zweimal Zweiter, verschenkte diesmal Rang zwei, als er sich in der vorletzten Runde an der gefürchteten Spitzkehre „La Source" verbremste und vom venezolanischen Ex-Weltmeister Carlos Lavado (Yamaha) überholt wurde. So blieb Mang nur Platz drei. Immerhin konnte er sich aber vor dem Münchener Martin Wimmer (Yamaha) behaupten, der Vierter wurde. Wimmer nimmt im WM-Klassement mit 69 Punkten Rang drei ein.

Vize-Weltmeister Manfred Herweh (Real) aus Lampertheim meldete sich nach monatelanger verletzungsbedingter Pause wieder in den WM-Punkträngen zurück. Obwohl seine Handblessuren noch nicht ausgeheilt sind, der schnelle Berg-und-Tal-Kurs von Spa die Fahrer stark beanspruchte, wurde er Sechster. Herweh, der wegen eines Unfalls im Frühjahr auch in diesem Jahr alle Hoffnungen in Richtung Weltmeistertitel fahren lassen mußte, konzentriert sich nun nur noch auf zwei Dinge: einmal auf einen Grand-Prix-Sieg in der zweiten Saisonhälfte und zum anderen darauf, die Rotax-Eigenbaumaschine standfest zu bekommen. Schnell genug ist sie bereits, das wurde schon im ersten Weltmeisterschaftslauf in Kyalami (Südafrika) elektronisch gemessen.

Glück im Unglück hatte der ehemalige Europameister Reinhold Roth (Yamaha) aus Amtszell bei einem schweren Unfall in der zweiten Runde. Auf einem Bergauf-Stück hing sein Motor fest, Roth stürzte, das Motorrad wurde weggeschleudert. Ein zweiter Fahrer kam zu Fall. Roth zog sich den Bruch eines Schlüsselbeins zu, der Österreicher Hans Lindner den eines Fußknöchels. Roth ist ein Pechvogel. Er fährt mit großen Einsatz, arbeitet beständig an seinem Motorrad – doch der große Erfolg blieb ihm bisher versagt.

Wenig Dramatik bot die Vorstellung der 125-ccm-Klasse, die zum zweiten Mal in diesem Jahr mit dem Sieg des Italieners Fausto Gresini (Garelli) endete. Gresinis Vorsprung auf den zweitplazierten Schweizer Bruno Kneubühler (MBA) betrug 15 Sekunden. Platz drei fiel an Gresinis Landsmann Luigi Pietroniro (MBA). Der im WM-Klassement mit 69 Punkten führende Italiener Pierpaolo Bianchi (MBA) mußte sich diesmal mit Platz fünf begnügen. So konnte Gresini (64) seinen Rückstand erheblich verkürzen.

FUSSBALL

Düsseldorf deklassiert

dpa/sid, Hamburg

Gleich im ersten Spiel der Fußball-Intertoto-Runde erlebte der Bundesligaklub Werder Bremen die Fragwürdigkeit dieses Sommer-Wettbewerbs. Zwar gewannen die Bremer ihr Auftaktspiel gegen den belgischen Vertreter FC Antwerpen deutlich mit 5:1, doch mußten sie den Sieg teuer bezahlen. Verteidiger Otten erlitt einen Wadenbeinbruch und Abriß des Innenbandes am linken Knie. Er wird voraussichtlich bis November pausieren müssen. Auch Libero Pezzey wird vermutlich eine Zwangspause einlegen müssen, nachdem er in der 34. Minute nach wiederholtem Foulspiel von Schiedsrichter Barnick des Feldes verwiesen wurde. Während der Platzverweis heftige Reaktionen bei Trainer Rehhagel („eine unmögliche Entscheidung") und Präsident Böhmert („diesem Schiedsrichter fehlt die Bundesliga-Qualifikation") auslöste, zeigte sich die Mannschaft unbeeindruckt. Meier (17. Minute), Reservist Wolter (25.), Neubarth (44./61.) sowie der Amateur Eilts (70.) sorgten für den Sieg.

Während Bremen in Cuxhaven vor nur 2000 Zuschauern spielte und siegte, erlitt Fortuna Düsseldorf vor 28 000 Besuchern in Erfurt eine deklassierende 1:6-Niederlage. Rot-Weiß Erfurt profitierte von eklatanten Abwehrfehlern der Düsseldorfer und führte bereits nach 20 Minuten mit 3:0. Erst in der 88. Minute markierte Thiele den Ehrentreffer. Auch im zweiten deutsch-deutschen Intertoto-Vergleich erlitt der westdeutsche Vertreter eine Niederlage: Trotz einer 2:0-Führung durch Plage (10.) und Worm (30.) verlor Eintracht Braunschweig in Wismut Aue noch mit 2:3. In der Gruppe acht bleibt Arminia Bielefeld weiterhin ohne Sieg, erreichte aber bei Beitar Jerusalem ein 1:1-Unentschieden.

LEICHTATHLETIK

Schwache „DDR"-Stars

sid, Düsseldorf

Während Weltmeisterin Marlies Göhr in Birmingham bei zu starkem Rückenwind 10,92 Sekunden über 100 m erreichte, erlebten drei „DDR"-Stars unangenehme Überraschungen. Beim Länderkampf gegen England und Japan erlitt Weitspringerin Heike Drechsler ihre erste Saison-Niederlage. Die mit Anlauf-Problemen kämpfende Weltmeisterin blieb mit 6,79 m einen halben Meter unter ihrem normalen Leistungsvermögen und mußte sich der 6,98 m weit springenden Helga Radtke beugen.

Thomas Schönlebe wiederum konnte sich gerade noch zum Sieg retten. Der Jahresweltbeste über 400 m schien schon geschlagen, da fing er in 45,88 Sekunden den Japaner Takano gerade noch ab. Sabine Busch, von der nach dem großen Saisoneinstand fast schon ein Weltrekord über 400 m Hürden erwartet worden war, gab an der siebenten Hürde auf. Ihre technischen Probleme werden von Rennen zu Rennen größer.

In Pisa testete 5000-m-Olympiasieger Said Aouita seine Qualitäten auf der Mittelstrecke. In 1:45,81 Minuten gewann der Marokkaner den 800-m-Lauf. In Luzern wuchtete die Schweizer Kugelstoß-Hoffnung Werner Günthör das Gerät auf 21,01 m. Vor dem Auftakt ihrer Europatournee verbesserte Doppel-Weltmeisterin Mary Decker-Slaney (USA) in Eugene (US-Bundesstaat Orgeon) den amerikanischen 1000-m-Rekord auf 2:34,80 Minuten.

Bei den baden-württembergischen Meisterschaften in Wiesloch lief der Mannheimer Michael Radzey in 13,84 Sekunden erneut deutsche Jahresbestzeit über 110 m Hürden. In Rhede bezwang Ralf Jaros (Düsseldorf) den amerikanischen Dreisprung-Weltrekordler Willie Banks. Jaros erreichte 17,29 m, Banks schaffte 17,04 m.

TISCHTENNIS

Ausländer: Neue Regel

sid, Mainz

Nach wochenlangem Kampf um die neue Ausländer-Regelung für die Bundesliga wurde vom Beirat des Deutschen Tischtennis-Bundes (DTTB) jetzt eine Entscheidung gefällt: Ab der Saison 1987/88 dürfen in der Bundesliga nur noch solche Ausländer eingesetzt werden, die ausschließlich in Deutschland und nicht mehr für ihre nationalen Verbände starten. Auf diese Regelung einigte sich der Beirat in einer Sitzung in Mainz mit 105:25 Stimmen bei sieben Enthaltungen. Damit gehen die beiden Antragsteller, nämlich DTTB-Präsident Hans Wilhelm Gäb und Sportwart Eberhard Schöler, als Sieger aus dem Streit mit sechs Bundesliga-Vereinen hervor: „Das ist für mich ein Traum-Ergebnis", kommentierte Gäb, „mit dem bequemen Ausländer-Ankauf ist es vorbei. Jetzt sind die Klubs zum Handeln gezwungen, wollen sie erfolgreich bestehen." Sinn der neuen Regelung ist, den eigenen Nachwuchs intensiver zu fördern und die Trainer-Ausbildung zu forcieren.

Neben der neuen Ausländer-Regelung traf der DTTB-Beirat in Mainz die Entscheidung, die Werbe-Richtlinien zu liberalisieren. Ab sofort ist Werbung auf der Spielkleidung gestattet, mit folgenden Ausnahmen: Werbung für Tabak und Werbung, mit der gegen die guten Sitten verstoßen wird, sind verboten. Jugendmannschaften dürfen nicht für alkoholische Getränke werben.

Der Beirat folgte außerdem der Empfehlung des Sportausschusses, den Play-off-Modus in der nächsten Meisterschafts-Saison beizubehalten, und entsprach dem Wunsch der Damen-Bundesliga, die Pokalmeisterschaft wegen mangelnder Attraktivität und Überbelastung der Spielerinnen abzuschaffen.

TV-Unterhaltung: Die ARD ist auf dem besten Wege, das ZDF einzuholen

Das lange Warten auf den guten Platz

Das Zweite Deutsche Fernsehen ist auf dem besten Wege, seinen guten Ruf als Unterhaltungs-Kanal aufs Spiel zu setzen. Es verprellt jene Entertainer, die sich zu Lieblingen der Nation gemausert haben. Jüngstes Beispiel: Carlo von Tiedemann. Er sei nicht der Mann, der 90 Minuten live moderieren könne. In einem der bunten Billigblätter war das zu lesen; gemeint war seine Sendung „Show und Co mit Carlo"; und gesagt haben soll dies Wolfgang Penk, der Unterhaltungschef des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF).

Penk bestreitet das Zitat, aber so oder ganz ähnlich haben es schon einige Show-Schaffende aus seinem Munde gehört: Penk, der Tiedemann einst aus Hamburg holte, tut sich nun schwer mit seinem Star. Besonders schwer tut er sich, das Ende der Zusammenarbeit offiziell mitzuteilen, was den sensiblen Moderator freimachte für andere (ARD-)Aufgaben: NDR-Intendant Räuker und sein neuer Unterhaltungschef Rochus Bassauer warten schon.

Die Möglichkeit, daß vielleicht die Form der Show unpassend sei, wird nicht diskutiert. Der Sendeplatz sei der falsche, sagt Penk. Donnerstagabend seien nämlich die mittleren Jahrgänge am Schirm: das Publikum von Hans Rosenthal und Wim Thoelke. Und das stehe nun mal nicht auf Funky Music und Rock und Pop. Er werde den Carlo schon durchsetzen, und sei es auch auf einem anderen Sendeplatz.

Das Problem ist nur: So oder ganz ähnlich wollen es auch Frank Zander, die Berliner Kodderschnauze, und Michael Schanze, der Charming Boy unserer Television, immer wieder gehört haben: Bis dann alle Termine verstrichen und verplant waren – ohne Zander und Schanze. Zander wechselte den Kanal, und Schanze heuerte zunächst einmal beim WDR an. Sein Heimatsender, der Bayerische Rundfunk, der als drittgrößte ARD-Anstalt zur Zeit nicht eine einzige Samstagabend-Show zuwege bringt, wartet vornehm ab.

Immerhin, es gibt eine Entwicklung, einen Trend – hin zur ARD.

Er fällt in die Amtszeit von Wolfgang Penk, dem nach Joseph Viehöver und Peter Gerlach dritten Unterhaltungschef des Mainzer Senders. Wie seine Vorgänger ist auch Penk SPD-nah, zählt auch er zu den sogenannten Pop-Genossen, also jenem Establishment rosaroter Entertainment-Produzenten, die gute Unterhaltung im Kopf haben und nicht Beträufelung des Publikums mit Politik. Penk fällt die Entscheidungen der Mainzer, Penk ist hart im Nehmen, Penk ist kein Kind falscher Traurigkeit, Penk – kein Zweifel – versteht sein Handwerk. Und dennoch ist ein Knick in der bislang immer nur aufstrebenden Unterhaltungslinie des ZDF erkennbar, die die Mainzer Anstalt zum Unterhaltungs-Mekka Westeuropas werden ließ.

Die Situation heute: Die ARD macht, angetrieben von NDR-Chef und ARD-Anführer F. W. Räuker sowie SFB-Intendant Lothar Loewe und auch Stuttgarts Sendechef Hans Bausch, erhebliche Anstrengungen, im Bereich der Fernsehunterhaltung aufzuholen. Wahrscheinlich, daß demnächst auch der Westdeutsche Rundfunk unter dem künftigen Intendanten Friedrich Nowottny mehr Wert auf unterhaltende Programme legt. Im Süddeutschen Rundfunk besorgt dies das Schweizer Tele-Paar Kurt Felix und Paola, und beim NDR bastelt derweil der neue Unterhaltungschef Bassauer an einer großen Show, die NDR-Boß Räuker am liebsten mit eben jenem Carlo von Tiedemann besetzen würde, für den das ZDF immer noch die richtige Sendung sucht.

Die Anstrengungen der ARD förderten aber auch neue Talente ans Licht, wie jenes des früheren „Gebrüder-Blattschuß"-Sängers Jürgen von der Lippe, der von den westdeutschen Unterhaltungsmachern Hoff und Hüttenrauch gehütet wird wie ein verborgener Schatz. Kennern der Entertainment-Szene ist derweil klar: Von der Lippe, der das Talent offenbar mit der Muttermilch eingesogen hat, wird – wenn er künftig nicht alles falsch macht – einer der maßgeblichen deutschen TV-Entertainer der 90er Jahre. Er nimmt gerade den Anlauf dazu.

Wer im Lichte dieser Überlegungen an Lothar Loewes Berliner Aktivitäten denkt (Heinz Drache wird „Tatort"-Kommissar, die Sonnen-Serie „Schöne Ferien" wurde vom ZDF-„Traumschiff" des großen Erfolges wegen glatt weggekupfert, Harald Juhnke soeben fest engagiert) und daran, daß das Bayern-Fernsehen im Rahmen der ARD nächstes Jahr möglicherweise mal wieder eine große Show-Serie (diesmal mit Publikumsliebling Mike Krüger) zuwege bringt, und wer sich der quicklebendigen Schlachtrösser der ARD-Unterhaltung – Hans-Joachim Kulenkampff, Heinz Schenk, Rudi Carrell, Joachim Fuchsberger, Alfred Biolek – erinnert, der kann zur Jahresmitte 1985 konstatieren: Der Vorsprung der Mainzer im Unterhaltungsfernsehen ist dahin.

Beim ZDF dagegen ist im entscheidenden Sektor, also in der TV-Unterhaltung, zur Zeit kaum eine Linie erkennbar. Wo ist ein neues Konzept, wo ist die Kreativität, wo sind die Innovationen? Hans Rosenthal und Wim Thoelke mit ihren Dauerbrennern sind noch zu Zeiten Viehövers und Gerlachs ins Programm gehievt worden. Daß Dieter „Thomas" Heck im Anschluß an die Hitparade mit seinen „Melodien für Millionen" neuen Aufwind hat, ist eher ein Zufallserfolg, der mit dem Markenzeichen Heck originär zusammenhängt. Aus Gerlachs Zeit (in der Penk rechte Hand war) stammen noch die Riesenerfolge „Traumschiff" und „Das verrückte Paar" (Grit Boettcher und Harald Juhnke).

In die ZDF-Unterhaltungsära Penk fallen bisher zwei ganz große Würfe: Die Verpflichtung Thomas Gottschalks und „Wetten, daß ...", eine Idee des einstigen RTL-Idols Frank Elstner, der mit dieser Sendung zu einer Art Mega-Star der ZDF-Unterhaltung aufstieg, in Marktwert und Dimension allenfalls vergleichbar mit ARD-Kulenkampff und Rudi Carrell. Frank Elstner war die Konterbande, die Wolfgang Penk vom Südwestfunk zum ZDF mitbrachte – ein vom Publikum glänzend honorierter Griff.

Aber warum wird die zweite große Nummer, Thomas Gottschalk, gettoisiert? Gottschalk moderiert mit „Na sowas", eine Art Kuriositätenkabinett mit Talk und Musik, und dabei beweist er ein ums andere Mal, daß er die große Form, die Samstagabend-Unterhaltung über 90 Minuten, schon lange im Griff hat. Aber bis jetzt hat das ZDF sie ihm – eigenartigerweise – noch nicht angeboten.

Als Grund geben die Mainzer an: „Wir haben für die große Show nur 18 Samstagabendtermine, die ARD aber 30." Für Gottschalk heißt das: Für ihn gibt es ein großes Show-Konzept, aber noch keinen sogenannten „großen" Termin. Resultat: Gottschalk fühlt sich, und er sagt es auch, zur Zeit „unterfordert". Dabei ist noch nicht einmal berücksichtigt, daß das ZDF – im Gegensatz zur ARD – mit dem Donnerstagabend noch einen weiteren, unbestrittenen Unterhaltungstermin besetzt hält.

Sicher ist: die Mainzer agieren trickreicher (Warum beispielsweise sind bis heute die Sendetermine der neuen ZDF-„Schwarzwaldklinik" nicht bekannt? Vielleicht, um ein attraktives Gegenprogramm zu blokkieren?). Aber auf Dauer kaschieren Tricks keinen Mangel an Kreativität und Innovation.

HANS-HERMANN TIEDJE

KRITIK

Knorrig, aber herzensgut

Zum Wochenende wird es den Mainzer Burgherren jedesmal aufs neue klar, daß sie ihr Abendprogramm zu früh beginnen. Sie wollen ihre Perlen nicht schon zu einem Zeitpunkt verstreuen, da wir alle noch unsre Pommes frites in die Soße stippen oder auf der Suche nach den verschleppten Filzpantoffeln sind.

Da muß was Leichtes her, munter und zum Hingucken genauso geeignet wie zum Wegschauen. Liebe Menschen sind da gefragt, die keine Probleme haben, populär möchten sie sein, aber tunlichst ohne böse Image-Reste im Blick, kurz: knorrig, aber herzensgut, denn richtige Bösewichte dürfen erst ab zwanzigfuffzehn 'ran.

Vorher gibt es **Lauter nette Leute** (ZDF). Und wahrlich, der Siegfried Wischnewski ist nett, die Gracia-Maria Kaus ist nett, der Manfred Krug ist supernett, um nicht zu sagen Sesamnett, und erst der Hans Caninenberg und die Anaid Iplicijan! Nur der Sascha Hehn, vormaliger Traumschiffer, ist mehr gewöhnlich als nett. Dafür ist der Herbert Reinecker besonders nett, und er hat die Geschichten für das nette ZDF auch von den netten Leuten Wolfgang Becker und Alfred Vohrer auf den Bildschirm zaubern lassen, dem es ja egal ist; er findet alles nett.

VALENTIN POLCUCH

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Das Ufer
12.15 Weltspiegel
Mit Peter Krebs
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
15.25 Dr. Snuggles
16.00 Tagesschau
16.10 Hinter den Fassaden ...
17.20 Im Schatten der Eule
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi
4. Teil: Heimkehr
21.15 Kontraste
Giftregen auf der Transitstrecke / Todesstrafe für Ostagenten? – Die Spionageaffäre Walker in den USA / Touristenziel „Wolfsschanze" / Feindbild Bundesrepublik – Was „DDR"-Schüler über das westliche Deutschland lernen müssen
21.45 Scheibenwischer
Mit Dieter Hildebrandt
22.30 Tagesthemen
23.00 Am Ufer der Dämmerung
Deutscher Spielfilm (1981)
0.45 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Die Vogelscheuche
15.30 Ferienkalender
16.05 Charlie Brown
16.30 Lassies Abenteuer
Flug über den Abgrund (1)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Howie im Ring
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Abschied am Kilimandscharo
Über Tansania und Präsident Nyerere berichtet Dieter Grossherr
20.15 Wo die alten Wälder rauschen
Deutscher Spielfilm (1956)
Mit Willy Fritsch u. a.
Regie: Alfons Stummer
21.45 heute-journal
22.05 Zum Jahr der Musik
Julius Cäsar
Oper von Georg Friedrich Händel
Musikalische Leitung: Nikolaus Harnoncourt
1.00 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold Hits
14.00 Tarzan
15.00 Die Bären sind los
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
17.00 Mondbasis Alpha 1
18.00 Westlich von Santa Fé
Der neue Lehrer
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Geschäft mit Millionären
19.40 Die Rache des Samurai
Teil 13
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Dieser Mann weiß zuviel
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Randolph Scott u. a.
Regie: André de Toth
23.30 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
Mit Nadel und Faden / Kompass / Heiß und kalt (4)
19.00 heute
19.30 Sportreport
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Der Mann, der die Frauen liebte
Französischer Spielfilm (1977)
Regie: François Truffaut
23.40 Kennwort: Kino
23.50 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Der Regenbogenprinz
1. Folge: Der neue Prinz
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Der Regenbogenprinz
19.00 Die 120 Tage der „Graf Spee"
Der Untergang des deutschen Panzerkreuzers im Rio de la Plata
19.45 Das internationale TV-Kochbuch: Italien (1)

HESSEN
18.30 Der Regenbogenprinz
19.05 Ein Platz für Tiere
Gemeinschaftsprogramm

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Streit um Tempo 100
Ein Entscheidungsspiel
21.45 Kottan ermittelt:
Hartigasse 16a
Die Rentnerin Gertrude Kienner wird erstochen in ihrer Wohnung aufgefunden. Kottan stellt fest, daß die als arm geltende Frau zwei Häuser besaß.
23.15 Helmut Qualtinger liest:
„Der ewige Spießer"
von Ödön von Horváth (1)
23.45 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Der Pferdehandel
20.15 Hans Hass
2. Folge: Korallen und Haie
21.00 Flash Gordon
21.35 Rückblende
Völker, seht die Zeichen
Die Entwicklung der modernen Bildersprache
21.50 Eine Reise nach Paris (2)
22.35 Jazz am Montagabend
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Vom Sinn des Spielens
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Die Untersuchungsrichterin
Der Fall Françoise Muller
0.20 Rundschau

Pankraz, E. Bloch und der pädagogische Eros

Es ist nicht immer das Beste, was von einem bedeutenden Geist in der Erinnerung bleibt. Heute, am hundertsten Geburtstag Ernst Blochs, scheint es zum Beispiel, als lebe dieser große Seher nur noch als „Philosoph der Hoffnung" fort, als eine Art Garant für unverbesserliche Marxisten und Sozialutopisten, daß ihre Rechnung am Ende doch noch aufgeht und das Reich der Freiheit eines Tages „irgendwie" aus dem Haupt voll Blut und Wunden des real existierenden Sozialismus hervorspringt.

Kaum jemand spricht dagegen von dem, was an Bloch wirklich originell und sogar aktuell ist, von der „natura naturans" etwa, dem „Natursubjekt", dem „Quellgrund des Seins", der der hoffenden Menschenseele seiner Meinung nach treulich attachiert war und wie diese „nach dem Horizont unterwegs". Dabei kommt der „natura naturans", wenn man die Bedeutung einer Theorie an dem Maß mißt, in dem sie Anstoß erregt, zweifellos die größte Bedeutung in Blochs Gedankengebäude zu.

Pankraz erinnert sich aus seinen Leipziger Studententagen, wie wild die Funktionäre und Verwalter der offiziellen Lehre wurden, wenn Bloch in der Vorlesung oder im Seminar die Rede auf das „Natursubjekt" brachte. Hier glaubten sie, den Häretiker auf frischer Tat ertappt zu haben. Wie konnte man im Zusammenhang mit der Natur nur von „Subjekt" sprechen! Natur war Objekt, Material des sozialistischen Aufbaus, dem Zugriff der Planer auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Wer das Gegenteil behauptete, war ein Spinner, ein Obskurant, ja ein Feind, der zum Schweigen gebracht werden mußte.

Auch den Schülern machte das „Natursubjekt" zu schaffen. Zwar hatte ihm Bloch eine stolze Ahnengalerie verschafft, Avicenna und die „aristotelische Linke", Jakob Böhme, Goethe und einige Äußerungen von Marx über den „sinnlichen lachenden Glanz der Materie", aber dogmatisch war es miserabel abgeleitet. Es war im Grunde überhaupt nicht abgeleitet, es gab von ihm weder eine Ontologie noch eine Phänomenologie, nur ekstatische Beschwörung und einige Hinweise auf die „Dialektik der Natur" von F. Engels, die der Meister offenbar selber nicht ernst nahm.

Doch was hieß bei Bloch schon „Ableitung" oder „Ontologie"! Er philosophierte nicht mit der Radiernadel wie Kant, freilich auch nicht mit dem Hammer wie Nietzsche und schon gar nicht mit dem Holzhammer wie die SED-Ideologen. Sein Vortrag war ein freies Schweifen, Anrufung verwandter Geister, Gedankenpoesie mit gänzlich unvorbereiteten und desto überraschenderen Pointen, jähen Blitzen, die eine überwiegend dunkle Landschaft konturenscharf und augenschmerzend erhellten. Ein ungeheurer pädagogischer Eros ging von ihm aus. Wer aus der Ahnungslosigkeit kam, mußte ihm fast mit Notwendigkeit verfallen.

Bloch war erst mit siebzig zum Lehren und Schülerhaben gekommen, in einem Alter also, da die meisten schon wieder damit aufgehört haben. Jahrzehntelang hatte er im amerikanischen Exil als Stubengelehrter ohne Echo und Ansprechpartner leben müssen; nun brach sich der pädagogische Dämon um so machtvoller Bahn, und er traf dabei auf Schüler, die ihrerseits noch nie einen richtigen Lehrer gehabt hatten, blutjunge FDJler aus der im Geistigen luftdicht abgeschlossenen „DDR"-Provinz, bis obenhin abgefüllt mit Propagandaphrasen, vor denen sie sich innerlich ekelten.

Um die Intensität dieser Begegnung noch zu erhöhen, wirkte eine Umwelt als Katalysator, die von Parteiaufpassern und Spitzeln nur so wimmelte und in der sogar die Lektüre von Schopenhauer oder Dostojewskij verboten war. Es erforderte Mut, sich als Junggenosse zu Bloch zu bekennen, und das Risiko nährte die Begeisterung, aber auch die Aufsässigkeit. Normalerweise hätte das alles in gediegene akademische Verhältnisse einmünden können, und es wäre vielleicht in Leipzig allmählich jene echte Blochschule entstanden, zu der es später im Westen nie kam. So jedoch wurde aus einem Lehrer-Schüler-Verhältnis von seltener Idealität unversehens „Fraktionsmacherei", die Kommunisten fürchteten um ihre ideologische Alleinvertretung und schlugen erbarmungslos zu. Bloch wurde entlassen und öffentlich geächtet, seine Schüler verhaftet, vertrieben oder zum Widerruf gezwungen.

Als Pankraz, der zu den Verhafteten gehört hatte, nach endlicher Freilassung und Flucht im Westen Bloch wiederbegegnete, hatten sich die Dinge auf merkwürdige Art verschoben. Der Meister, obwohl nun schon an die achtzig, hatte hierzulande einen neuen Lehrstuhl erhalten, und auch seine alte, geliebte Verzauberungsrhetorik und -gestik funktionierte noch wie eh und je. Doch seine Klientel rekrutierte sich nun teilweise aus philosophiefernen Salonmarxisten, teilweise aus ungläubig gewordenen Kathederpfaffen, die im Prinzip Hoffnung einen Ersatz für den lieben Gott suchten. Bloch war keine philosophische und keine politische, keine existentiell wichtige Figur mehr, er war wieder zu jenem Literaten geworden, der er in den zwanziger Jahren schon einmal gewesen war, ein „Suhrkamp-Autor" nun also, ein „Geheimtip", vor dessen Wohnung die Leiter literarischer Fernseh- und Rundfunkreihen Schlange standen.

Immerhin sind durch deren Schaffen einige Filme entstanden, die den Mann in voller Bewegung zeigen und wenigstens eine Ahnung von jenem Vulkan des Lehrens und Lernens vermitteln, den er einst verkörpert hat. Leider ist darin nie vom „Natursubjekt" die Rede, wird nirgendwo die lastende Gefahr mehr spürbar, die dieses Gelehrtenleben auf seinem Höhepunkt umgab. Diejenigen aber, die dabei waren, als das „Daß" in den Daseinsgrund einschlug und Feuer spendete in bedrohlicher Umgebung, werden es immer dankbar im Herzen bewahren.

Pankraz

Nun wird doch Holleins „Kulturforum" gebaut

Eine Piazza für Berlin

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen des Senats mit den Erben des genialen Architekten Hans Scharoun, der das neue kulturelle Herz Berlins an der Philharmonie gestalten sollte, bekommt jetzt der Wiener Baumeister Hans Hollein den Zuschlag: Bis 1989 – ursprünglich war Berlins Jubiläumsjahr 1987 vorgesehen – entsteht zwischen Philharmonie, Nationalgalerie, der Matthäikirche, der künftigen „Kleinen Philharmonie" und den neuen Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz einer der schönsten Plätze Europas.

Hans Holleins Ideen für die Gestaltung dieser „Piazza" am Südrand des Tiergartens – unmittelbar am Landwehrkanal und vis-à-vis von Scharouns Staatsbibliothek –, einem bisher vernachlässigten und zudem namenlosen Platz, überzeugte bereits vor geraumer Zeit eine Wettbewerbs-Jury. Damit sind die aus den sechziger Jahren stammenden Pläne von Hans Scharoun zu den Akten gelegt.

Die Entscheidung des Senats gewinnt vor allem dadurch Gewicht, weil sich damit nach jahrzehntelanger städtebaulicher Ratlosigkeit für diesen prominenten Ort endlich ein angemessenes Gesicht abzeichnet. Da der sogenannte „zentrale Bereich" rings um das Reichstagsgebäude – dort findet auch das neue „Deutsche Historische Museum" seinen Platz – nicht einmal auf dem Papier Umrisse besitzt, bedeutet die Entscheidung über das „Kulturforum" einen wichtigen Schritt beim Ausbau Berlins.

Nachdem noch zu Beginn dieses Jahres eine verwässerte Variante der Hollein-Pläne vom Senat verabschiedet, aber selbst bei einsichtigen CDU-Abgeordneten auf heftigen Widerstand gestoßen und schließlich im Wahlkampf zurückgezogen worden war, soll jetzt Hollein „in reiner Form" gebaut werden. Es wird also auch der Kanal en miniature angelegt, der den Platz gliedern soll. Das Wasser läuft an der Südfront des künftigen Kammermusiksaals (Kleine Philharmonie) entlang und danach in südlicher Richtung.

Der Wiener Architekt hält den Platz selbst von Gebäuden frei, so daß der Blick unbehindert über die Fläche in Richtung Tiergarten/Philharmonie oder Nationalgalerie/Landwehrkanal schweifen kann. Auf diesem Areal wollte Scharoun ein Gästehaus für prominente und wichtige Berlin-Besucher errichten. Nach Westen hin schließt eine Kolonnade den Platz ab. Cafés, Kunstkabinette, Galerien und Buchhandlungen finden dort Quartier. Um den Durchblick freizuhalten, werden diese Läden zum Teil auf Stelzen „schweben". Die evangelische Kirche gab, vor allem des Geldes wegen, ihr ursprüngliches Engagement für ein „Haus der Kirche", untergebracht in einem „Bibelturm", auf. Das Gebäude wird als Blickfang (und Ausstellungsraum) dennoch errichtet.

Parlamentarischer Streit ist jetzt wegen erhöhter Baukosten für die „Kleine Philharmonie" zu erwarten. Statt 98 Millionen Mark, die vom Abgeordnetenhaus als Höchstgrenze gebilligt wurden, sind vermutlich 110 Millionen Mark nötig. Die FDP, Senatspartner der CDU, hatte ihre Zustimmung zu dem umstrittenen Projekt – Berlins „Bonbon" zum 750. Geburtstag 1987 – von der strikten Kosteneinhaltung abhängig gemacht.

HANS-RÜDIGER KARUTZ

Gibt es eine „Jüdische Kunst" oder nur „Jüdische Erfahrungen in der Kunst des 20. Jahrhunderts"?

Der Dybbuk führte sie zu den Quellen

Gibt es eine jüdische Kunst? Die Antwort scheint einfach zu sein. Doch sehr schnell stellt sich heraus, daß jede Antwort neue Fragen aufwirft. Bei Auktionen hat sich der Begriff „Judaica" eingebürgert. Darunter werden kunstgewerbliche Gegenstände für den jüdischen Kultus verstanden. Wer sie hergestellt hat, ist dabei unwichtig. Aber so wenig wie sich „christliche Kunst" auf Altargerät beschränkt, kann sich natürlich auch „jüdische Kunst" nicht in „Judaica" erschöpfen.

Noch 1902 beantwortete Martin Buber (in einem Aufsatz über Lesser Ury) die Frage, ob eine jüdische Kunst heute möglich sei, mit einem kategorischen „Nein", sie sei allenfalls eine schöne Möglichkeit. Der Maler Louis Lozowick, aus Rußland nach Amerika emigriert, schrieb 1924, es könne zwar jüdische Künstler, aber keine jüdische Kunst geben. Und das „Jüdische Lexikon" meint: „Man kann allenfalls von einer ‚Kunst von Juden', einer ‚Kunst für Juden' sprechen."

Selbst ein Abstecher in die anderen Künste erleichtert die Antwort nicht. Es gibt zweifellos eine jüdische (und nicht nur eine jiddische) Literatur. Aber wie ist es bei der Musik, wenn man von den Synagogalgesängen und der ostjüdischen Folklore absieht? Schufen Mendelssohn und Meyerbeer, Schönberg und Hindemith „jüdische Musik"?

Avram Kampf nähert sich dem alten Thema deshalb jetzt mit einer neuen Fragestellung: „Jewish Experience in the Art of the Twentieth Century" (Bergin & Garvey Publishers, Massachusetts, 240 S., 193 Abb., 49,50 Dollar). Diese Frage nach den jüdischen Erfahrungen in der Kunst des zwanzigsten Jahrhunderts geht auf eine Ausstellung zurück, die Kampf 1975/76 im Jüdischen Museum in New York organisierte. Das Buch will dementsprechend auch keine umfassende Geschichte sein, sondern behandelt das Thema an ausgewählten Beispielen von „Samuel Hirszenbergs ‚Begräbnis des Zaddik' (von 1905) bis zu Bon Shahn's ‚Identität' (von 1968)." Deshalb werden Maler wie Modigliani oder Pascin nur kurz, Künstler wie Orlik, Kisling, Maholy-Nagy, Nußbaum, Music, Friedländer überhaupt nicht erwähnt.

Ausgangspunkt dieser jüdischen Erfahrungen sind die Künstler Osteuropas, vor allem Rußlands, weil in dieser Region die Aufklärung eine authentische weltliche jüdische Kultur entstehen ließ (im Gegensatz zum Westen, wo die Aufklärung zur Assimilation und Desintegration der jüdischen Kultur führte). Dabei spielten



Geprägt von der Erfahrung des Holocaust: „Du sollst nicht", Ölgemälde von Samuel Bak (1977)
FOTO: BERGIN & GARVEY PUBL.

die jüdische ethnographische Expedition, die S. Ansky, der als Autor des „Dybbuk" berühmt wurde, 1912 organisierte, und die Erforschung der alten Holzsynagogen durch Issachar Ryback und El Lissitzky 1916 eine wichtige Rolle, weil sie mit der Volkskunst, die niedrigste Ebene, aber zugleich den Ursprung und die Quellen der Kunst zu entdecken half.

Die restriktive antijüdische Politik der Sowjets seit Mitte der zwanziger Jahre verdrängte dann allerdings diese Erfahrung und die Künstler. Sie bildeten ein neues Zentrum im Westen, die sogenannte „jüdische Schule von Paris". Ihre wesentlichen Exponenten waren Marc Chagall und Chaim Soutine. Während Chagall die mystische Welt der Chassidim in seinen Bildern auf sehr eigene Weise weiterleben ließ, verzichtete Soutine auf alle jüdischen Themen. Kampf sieht jedoch in seinem Gestus, in der Angespanntheit, der Nervosität und der Angst das typisch Jüdische. Es ist für ihn eine Nachwirkung des jahrhundertealten jüdischen Schicksals und eine Vorwegnahme der schrecklichsten jüdischen Erfahrung, des Holocaust. Brauer, Hundertwasser, Maryan und Bate wählt Kampf aus, um darzustellen, wie unterschiedlich sich der Holocaust, dem etwa zweihundert Maler zum Opfer fielen, in der Kunst der Überlebenden spiegelt.

Abseits von dieser Entwicklung, aber unmittelbar von ihr betroffen, entstand eine eigene Kunst in Palästina. Sie war, wie z. B. bei Reuven Rubin, Ausdruck der erfüllten Hoffnung, der endlichen Rückkehr ins Land der Väter, aber bald auch des Bewußtseins, wie z. B. bei dem früheren Dadaisten Marcel Janco, daß dieses Land erst erkämpft werden muß.

Damit war das Bemühen verbunden, sich von der engen Welt endloser Talmud-Auslegungen und der ostjüdischen Scholem-Alejchem-Figuren zu lösen. Eher ließ man sich von der archaischen Kunst, die einst auf diesem Boden entstanden war, zu einer neuen – vor allem plastischen – Einfachheit anregen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und des Unabhängigkeitskrieges entstand in Israel allerdings das Gefühl, daß man fast ein Jahrzehnt von der westlichen Moderne abgeschnitten gewesen sei. So bildeten sich vielfältige, unterschiedliche Tendenzen heraus, die allenfalls erlauben, sie unter dem Begriff einer „israelischen Kunst" zusammenzufassen.

Bei dem Versuch – unabhängig von den jüdischen Künstlern –, das für die „jüdische Kunst" Typische herauszuarbeiten, treten natürlich die Bildinhalte in den Vordergrund. Zu Jahrhundertbeginn und für die ersten zwei, drei Jahrzehnte sind dabei soziale Themen charakteristisch – oft verbunden mit einem sozialistischen, marxistischen, kommunistischen Engagement. Aber die unausweichlichen politischen Enttäuschungen blieben nicht ohne Rückwirkungen auf die Kunst. Die Maler wandten sich deshalb verstärkt wieder den religiösen Fragen zu. Allerdings nicht in der alten naiven Form der Folklore. Im Zusammenhang mit dem Holocaust stellt sich auch in der Kunst (und vielmehr noch in der Literatur) die Frage, wo Gott ist, wenn er solches Leid seinem auserwählten Volk antun läßt. Die Bibel wird so zur Metapher für Gegenwärtiges.

Zum Abschluß stellt Kampf zwei Themenbereiche gegenüber, das Beschwören der religiösen Traditionen und den Griff nach dem Absoluten. Am Beispiel von Barnett Newman und Mark Rothkos Farbfeldmalereien versucht er zu erläutern, daß die Abstraktion dem Geist des Judentums entspricht, nicht weil Bilder verboten sind, sondern weil das Absolute nicht abgebildet werden kann.

Damit tritt die Problematik der Ausgangsfrage nach der „Jüdischen Kunst" wieder hervor. Denn was sich zur Kunst von Newman und Rothko sagen läßt, wäre genauso auch auf die Bilder von Ad Reinhardt, Graubner oder Yves Klein zu übertragen. Und wie verhält es sich dann mit den „14 Stationen des Kreuzes" von Barnett Newman, die mit denselben Mitteln ein zentrales christlisches Thema aufgreifen?

Dieses Dilemma macht deutlich, daß die Fragestellung falsch ist, weil „jüdisch" ein unpräziser Begriff ist, seitdem Volk und Religion nicht mehr identisch sind, seit es „ungläubige" Juden, getaufte Juden und Kinder von getauften Juden gibt. „Jüdische Kunst" wäre also mehr in Analogie zu „christlicher Kunst" als einer Kunst, deren Thema die Religion ist, denkbar. Dabei ist unwichtig, ob die Kultgeräte christliche Goldschmiede herstellten, die alten jüdischen Codices nichtjüdische Buchmaler illuminierten, die Synagogen Christen (wie Gottfried Semper 1840 in Dresden) bauten.

Und es wäre von einer „Kunst der Juden" zu sprechen, zu der dann auch die Arbeiten jüdischer Kunsthandwerker für den christlichen Kultus, die älteren Teile der Alhambra, die wahrscheinlich von einem jüdischen Wesir für den König im 11. Jahrhundert gebaut wurden, der „Nazarener" Philipp Veit, der Impressionist Pissarro, der Architekt Mendelsohn, der Cartoonist Saul Steinberg und viele andere zuzurechnen wären.

PETER DITTMAR

Triumph einer Debütantin: Catherine Malfitano in A. Bergs „Lulu" am Münchner Nationaltheater

Warum soll sie nicht einen Schuß Lolita haben?

Dreißig Jahre lang hat München seinerzeit auf die Torso-Fassung von Alban Bergs Oper „Lulu" warten müssen; 1937 uraufgeführt, kam sie erst 1967 ans Nationaltheater. Mit der von Friedrich Cerha komplettierten Fassung sollte es nicht so lange dauern: Sechs Jahre nach ihrem Erscheinen in Paris erlebte sie nun ihre Münchner Erstaufführung. Und eine so glanzvolle dazu, daß sich kaum Widerspruch dagegen regte, mit diesem ja immerhin zwölftönig komponierten Werk die diesjährigen Münchner Opernfestspiele zu eröffnen.

München wagt es, die Partie der Lulu mit einer Debütantin zu besetzen: der Amerikanerin Catherine Malfitano, professionellen Opergängern allenfalls aus Salzburg bekannt oder von der New Yorker Met-Gala in Erinnerung. Die Malfitano deklassiert, was sonst sich in den letzten Jahren hat als Lulu vernehmen lassen. Als Koloratursopran machen ihr die Höhen der Partie nicht die geringsten Schwierigkeiten. Sie ist von einer hervorragenden Musikalität und Stimmbildung, so daß sie mit Bergs Noten umgehen kann, als seien sie das Selbstverständlichste von der Welt in Sängermund. Für die Malfitano sind sie es tatsächlich. Sie *singt* diese Lulu, bewältigt sie nicht nur. Sie bittet und fordert und gurrt und schäkert singenderweise, als ginge es um die normalste italienische Opernkost. Die Malfitano ist vielleicht die erste Sängerin der Lulu, die keinen Respekt mehr hat vor dieser Monsterpartie, die ja einmal als schrecklich moderne Musik galt.

Daß Bergs Musik alles andere ist als das, stellte auch der Dirigent der Münchner Aufführung klar – eben jener Friedrich Cerha, der die von Berg als Fragment hinterlassene Oper vollendet hat. Es gibt wahrscheinlich keinen besseren Kenner dieses Werks. Als Chef des Wiener Avantgarde-Ensembles „die reihe" hat er auch gezeigt, daß er keine Scheu hat vor kühlen Klangkonstruktionen und entnervenden Dissonanzen. Er wird also wissen, warum er diese Musik Bergs immer wieder in den romantischen Gefühlsrausch steigert, warum er ihre Sangbarkeit betont, warum er die einschmeichelnden, lockenden und doch auf den Tod kranken Melodien herauspräpariert, die man so kaum je gehört hat. Das Bayerische Staatsorchester folgte Cerha bei diesem Erkundungsgang zu den blühenden Schönheiten der Bergschen Musik ganz aufmerksam. Damit war die Aufführung schon gewonnen.

Doch München bietet auch für all diese um Lulu kreisenden Planeten einen Kranz trefflichster singender Darsteller auf. Franz Mazura ist der Dr. Schön, eine ganz dominierende Figur, ein Erfolgsmensch von Graden. Mazura gibt ihm die robuste Stimme dazu. Brigitte Fassbaender betont als Gräfin Geschwitz Präsenz. Für den Schigolch kehrt der alte Hans Hotter auf die Bühne zurück: Eine imposante Erscheinung wie eh und je und hier mit einem ganz weltweisen, zärtlichen Vaterportrait verblüffend. Alfred Kuhn ist der komödiantisch hochversierte Menagerie-Direktor und Athlet Rodrigo. Jacques Trussel spielt den Alwa glänzend und singt ihn auch gut, bis es in die höchsten Tenorlagen geht. Da muß ihm Cerha zur Hilfe eilen und ein paar Töne im Orchestergewoge verstekken. So geht es die lange Besetzungsliste weiter bis zu Astrid Varnays wahrem Kabinettstück von Chargenauftritt als Theatergarderobiere. Münchens Ensemble ist neben der Malfitano der zweite Star des Abends.

Daß dies alles so hinreißend aussieht, so spannend abläuft, so ungebrochen über die Rampe kommt, ist natürlich das Verdienst von Jean-Pierre Ponnelle. Er hat hier Feinarbeit in der Personenführung getrieben. Sie stimmt haargenau. Schauspielerischer Realismus, mehr und mehr verpönt auch auf der Opernbühne – hier holt er noch einmal zum großen Wurf aus. Ponnelle läßt gleichsam Salontragödie spielen. Wedekind hätte seine helle Freude daran gehabt.

Ponnelle umstellt die Bühne indessen mit einem metallenen Bauwerk mit Umgängen und Zellen, die sowohl ein Gefängnis-Interieur sein können wie auch das Logenrund eines Theaters. Und eben auch das eines Zirkus. Von hier aus beäugen weißmaskierte Gestalten durchs Opernglas jene Schlange, die ihnen der Menageriedirektor vorführt und die bald Lulu sein wird. Immer wieder im Verlauf des Stücks schaut die Öffentlichkeit als Voyeur bei der Tragödie zu, die sich um Lulu abspielt.

Das Tragische und das Groteske haben in Ponnelles Inszenierung Platz nebeneinander. Vielleicht deswegen, weil Ponnelle die Ehrlichkeit besitzt, Stück und Figuren zu zeigen, wie sie sind. Generationen von Germanisten haben gepredigt, man dürfe Lulu nicht mit Lolita verwechseln, aber was den Mythos Lulu ausmachen soll, wenn nicht ein guter Schuß Lolita, das steht nirgends. Ponnelle zeigt, daß es in diesem Stück um jene ganz und gar unerklärlichen sexuellen Abhängigkeiten der Männer von der Frau geht. Oder doch wenigstens von einer Frau, wie der Malfitano als Lulu.

REINHARD BEUTH

Der Ardenner Wald im Schloßhof – „Wie es Euch gefällt" unter Barlog bei den Ettlinger Festspielen

Närrische Liebe zur grünen Utopie des Barock

Das muß der Neid dem Intendanten Kurt Müller-Graf lassen: Für die Festspiele im badischen Ettlingen unweit Karlsruhe, die er seit ihrem Beginn vor sieben Jahren leitet, hat er Erstaunliches auf die Beine gestellt. Er kann Schauspieler von Rang präsentieren – Simone Rethel etwa, Doris Gallart, Thomas Stroux und Hans Wypprächtiger –, und er hat namhafte Regisseure wie Boleslaw Barlog und Günther Tabor. Außerdem blättert er einen Spielplan auf, der unter den Freilichtbühnen seinesgleichen sucht. Shakespeares „Wie es Euch gefällt" gibt man, Calderóns „Leben ein Traum" und Molières „Tartuffe". Vom Heidenheimer Musiktheater holt man Verdis „Troubadour", von Karlsruhe leiht man einen Ballettabend aus, und für Kinder gibt man „Dornröschen".

Diese Fülle ist leicht erklärt. Die Stadt ist klein, der Zustrom von Publikum aus der ferneren Umgebung läßt noch zu wünschen übrig, also muß man wenigen vieles bieten. Gespielt wird im Hof des Renaissance-Schlosses, und in diesen Rahmen wird jedes Jahr ein neues Stück eingepaßt. Mit „Dornröschen", von dem jungen, erst kürzlich aus der „DDR" übergesiedelten Regisseur Rainer Gerlach – mit Fritz Nydegger als „Ober-Rosenschloßhof-Frosch" wahrhaft herzerfrischend eingerichtet – fällt das nicht schwer.

Wie aber bringt man Shakespeares Ardenner Wald in diese Kulisse? Ganz einfach, muß Hanna Wartenegg, die „Wie es Euch gefällt" für Boleslaw Barlog einrichtete, gedacht haben? Sie stellte Wandschirme, eigentümlicherweise im Stil des Rokoko, auf und sie verließ sich darauf, daß beim Wechsel in den Wald schon die Dämmerung einbricht. Dann dreht sie die Rocaille-Täfelung in ihren Rahmen – und hat den schönsten deutschen Wald, der sich denken läßt. Trotzdem geht die Rechnung nicht ganz auf. Zum Sitzen, für die Tafel des verbannten Herzogs, muß man Versatzstücke in die Szenerie stellen – und das stört auch dann, wenn Simone Rethel als Rosalinde die muntere Inszenierung Barlogs bis zum Rand mit prallem Leben und gelöster Heiterkeit erfüllt.

Als Kontrapost hat der Regisseur die Gestalt des Jacques (Müller-Graf) und deren melancholischen Überdruß an der Welt über das gewohnte Maß hinaus aufgewertet, so daß diese Gestalt beinahe zum dominierenden Element der Handlung wird. Überhaupt war der Regisseur darauf aus, Shakespeares Figuren möglichst genau zu zeichnen und jeder unverwechselbare Charakteristika zu geben – dem Schäfer Silvius (Dieter Henkel), seiner angebeteten Phoebe (Margit Wolff), dem Narren Probstein (Helmut Oeser) und seinem Bauerntrampel Kätchen (Paula Maria Kirschner).

Probsteins dialektisch verschlungene Relativierung des Landlebens freilich streicht Barlog mitleidlos zusammen. Dabei hat er durchaus nicht im Sinn, seinem erklärten Lieblingsstück auf den Grund zu kommen. Liebe macht auch hier blind, und so rennt er an Shakespeares Einwänden gegen die Schäfer-Idylle, der grünen Utopie des Barock, prompt vorbei.

Liebevoll angerichtete Unterhaltung bietet er dem Ettlinger Publikum, voller Poesie und verhaltenem Humor. Aber das ist bei diesem Stück leider nur eine Hälfte.

KATHRIN BERGMANN

JOURNAL

Acht Bücher kauft jeder pro Jahr

dpa, **Nürnberg**

Im Durchschnitt hat jeder Bundesbürger im vergangenen Jahr acht Bücher gekauft. Das ergab eine Repräsentativumfrage unter tausend Bürgern zwischen 16 und 69 Jahren. Gelesen werden pro Jahr zehn Bücher im Durchschnitt. Diese Zahl erhöht sich bei Freiberuflern, Hochschulabsolventen und Selbständigen, bei denen allerdings Fachliteratur im Vordergrund steht. Beim Buchbesitz umfassen 80 Prozent Unterhaltungsliteratur mit Kriminalromanen an der Spitze. Moderne Literatur besitzt nur ein Drittel, dagegen bevorzugen 77 Prozent Ratgeber wie Koch- und Hobby-Bücher. 27 Prozent der Befragten gaben an, sich beim Bücherkauf an den publizierten Bestsellerlisten zu orientieren.

Reichmann, Müller und Morche ausgezeichnet

zier. **Hersfeld**

Der „Große Hersfeld-Preis für Schauspieler" wurde in diesem Jahr Wolfgang Reichmann für seinen Milchmann Tevje in dem Musical „Anatevka" zuerkannt. Der kleine Preis geht erwartungsgemäß an Monika Müller für ihren überragenden Ariel in Shakespeares „Sturm" und an Jürgen Morche, der in Grabbes „Don Juan und Faust" als Don Octavio und in dem Musical als Rabbinersohn Mendel auffiel.

Begegnungen mit Christoph Meckel

DW. **Freiburg**

Freunde, Schriftsteller- und Malerkollegen haben sich zum 50. Geburtstag von Christoph Meckel zusammengetan und ihm ein Buch mit den unterschiedlichsten poetischen und malerischen Beiträgen gewidmet. Der durch seine unorthodoxe Mischung und die subjektiven Huldigungen reizvolle Band „Begegnungen mit Christoph Meckel", der auch Werke Meckels und eine mit Photographien illustrierte Biographie enthält, wurde von der Freiburger Galerie Baumgarten (Adelhauserstr. 22) herausgegeben. Er kostet 48 Mark.

Reinhild Hoffmann verläßt Bremen

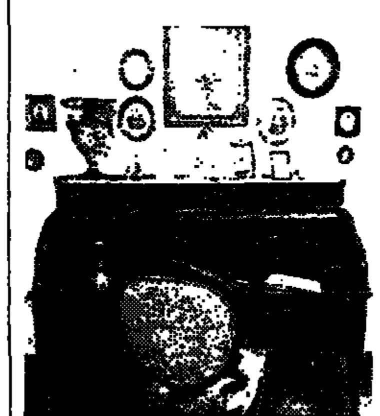
dpa, **Bochum**

Die Choreographin Reinhild Hoffmann und die Mitglieder ihres Bremer Tanztheaters wechseln mit Beginn der Spielzeit 1986/87 für zunächst drei Jahre an das Schauspielhaus Bochum. Ein entsprechenden Vertrag wurde mit dem zukünftigen Intendant des Bochumer Schauspiels, Frank-Patrick Steckel, unterzeichnet.

Heines Schreibtisch im Israel-Museum

Ey. **Jerusalem**

Der Schreibtisch, an dem Heinrich Heine viele seiner Werke schrieb, ist nach einer langen Odyssee jetzt im Israel-Museum in Jerusalem gelandet. Er gehört dort zum „Ortenau-Zimmer", das dem Museum von der Münchner Familie Ortenau gestiftet wurde. Über die Linie



Heinrich Heines Schreibtisch im neuen Ortenau-Zimmer
FOTO: ISRAEL MUSEUM

Oppenheimer-Wertheimer ist sie mit dem Dichter verwandt. Der Tisch diente dem Vater des Stifters, einem angesehenen Arzt in Bad Reichenhall, fast ein halbes Jahrhundert lang als Arbeitstisch. Und als er 1938 in die Schweiz auswanderte, nahm er ihn mit. Der Hausstand der Ortenaus hatte nämlich die Zerstörungen der „Reichskristallnacht" überstanden, weil sich die Reichenhaller nicht an dem Pogrom beteiligten. Zusammen mit anderen Möbelstücken aus dem Familienbesitz bildet Heines Schreibtisch im Museum ein Ensemble, das Zeugnis vom Wohnstil des jüdischen Mittelstandes in Deutschland zwischen 1830 und 1930 ablegt.

Katharinen-Kloster wird renoviert

dpa, **Kairo**

Das Katharinenkloster auf der Sinaihalbinsel, in dem wertvolle antike Handschriften bewahrt werden – darunter der biblische Codex Sinaiticus aus dem vierten Jahrhundert –, wird renoviert. Der Sultan Gabus Ben aus Oman stellte dafür umgerechnet 600 000 Mark zur Verfügung. Das Kloster entstand im sechsten nachchristlichen Jahrhundert.

Der Hilferuf einer Dame und das Echo von Offenbach

CATRIN WILKENING, **Offenbach**

22.30 Uhr. Im Offenbacher Theater an der Goethestraße fällt der Vorhang. Eine ältere Abonnentin verläßt das Theater in Begleitung einer Studentin. Beide gehen zu deren Auto, steigen ein, und die junge Frau bringt die alte Dame nach Hause.

So stellen sich die Offenbacher einen Service vor, den sie von der nächsten Spielzeit an, die am 1. Oktober beginnt, erstmals anbieten wollen. Die Jugendorganisation des Lions Club, der „Leo Club", die Arbeiterwohlfahrt und das Kulturamt der Stadt geben Abonnenten die Möglichkeit, von jungen Beschützern unentgeltlich heimgeleitet zu werden.

Die Idee wurde geboren, als Anfang dieses Jahres eine Theaterbesucherin bei Manfred von Keitz, dem Leiter des Kulturamtes, anrief und ihr Abonnement kündigen wollte. Sie war am Abend zuvor von einer Gruppe Jugendlicher überfallen worden, die ihr die Handtasche stahlen. Außerdem erlebte die alte Dame „einen der schlimmsten Momente" ihres Lebens. Fortan fürchtete sie sich, allein nach der Vorstellung den Heimweg anzutreten. Der Vorgang wurde von der lokalen Presse aufgegriffen und kommentiert. Denn die Frau ist kein Einzelfall.

Eine Aufgabe für die jungen „Leos"

Manch einer, besonders ältere Menschen, würde eher ins Theater oder Konzert gehen, wenn er sich nicht allein in die Nacht hinauswagen müßte. Dabei besteht nicht nur Furcht vor Überfällen, auch körperliche Gebrechen können der Grund sein.

Eine Resonanz blieb nicht aus; Rechtsanwalt Thomas Lamio regte die zwölf Mitglieder des Leo Club an, ihre Dienste anzubieten. Die 16- bis 25jährigen werden nun ab Herbst ältere Herrschaften auf dem Hin- und Rückweg ins Theater begleiten, entweder mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem eigenen Auto fahren. Die Adressen bekommen sie vom Kulturamt, das sozusagen die „Schaltstelle" ist.

Freikarten als Dank für die Helfer

Es kündigt den Service in den Abonnentenprogrammen an. Interessenten können dann das Büro des Herrn von Keitz anrufen und ihre Adressen angeben. Diese wiederum gehen an die jungen Begleiter, die für ihren Dienst voraussichtlich Freikarten vom Kulturamt gestellt bekommen, so von Keitz.

Auch die Arbeiterwohlfahrt reagierte auf den Zeitungsartikel. Sie will die Aktion „im Rahmen der ambulanten Hilfsdienste", wie Senioren- und Altenbetreuung, vornehmen, erklärt der Geschäftsführer des Kreisverbandes Offenbach Stadt, Hans-Jürgen Platt.

Damit werden Zivildienstleistende, Mädchen, die ihr soziales Jahr absolvieren, oder freiwillige Mitareiter die Theaterbesucher begleiten. Doch meint Platt: „Wir wollen nicht, daß eine Konkurrenz entsteht. Wir sind nicht böse, wenn der Leo Club das vorrangig macht."

Gegen Unfälle und ähnliches wollen die Beteiligten sich schützen, in dem die Mitfahrer eine Erklärung unterschreiben, daß sie keine Ansprüche gegen den Fahrer oder Begleiter stellen, falls doch etwas passiert. Thomas Lamio betont, daß nicht nur ältere Menschen angesprochen sind, sondern „generell alle, die hilfsbedürftig sind". Oder, wie von Keitz es ausdrückt: „Jeder, der sich bedroht fühlt."

Milliarden von Heuschrecken suchen den Westen der USA heim / Schlimmste Schäden seit mehr als 50 Jahren

Kein Schneesturm – Heuschrecken, nichts als Heuschrecken, die das Keystone-Foto zeigt. Jetzt hat diese alttestamentarische Plage den Westen der Vereinigten Staaten heimgesucht. Wo immer die Insekten einfallen, lassen sie Kahlschlag und Verzweiflung zurück. Daran hat sich auch im Laufe von Jahrtausenden nichts geändert.



Im Kampf gegen die Plage allein wie Don Quixote

SAD, **Los Angeles**

Farmer Tom Davis wischt mit resignierter Geste Dutzende von Heuschrecken beiseite, die in seinem Haferfeld bei Buhl im US-Bundesstaat Idaho um ihn herumschwirren. Und schon war die Stelle wieder schwarz, wimmelte es von neuem. Mit der anderen Hand berührt er vorsichtig einen von den Schädlingen glatt durchgenagten Halmrest.

„Die mögen die grünen Pflanzen am liebsten", sagt er hoffnungslos. „Da sprüht man an einem Tag ein Feld mit einem Insektenmittel, und wenn man zwei Tage später wiederkommt, ist es wieder über und über von Heuschrecken befallen. Jetzt weiß ich, wie Don Quixote zumute gewesen sein muß."

Davis, der in Idahos „Happy Valley" rund 1200 Hektar bewirtschaftet, ist eines von vielen Opfern der schlimmsten Heuschreckenplage der USA seit 50 Jahren. Als Folge eines extrem trockenen Frühjahrs haben sich die Insekten in diesem Jahr dramatisch vermehrt und außer in dem am schlimmsten befallenen Idaho auch in den westlichen Bundesstaaten Wyoming, Utah, Colorado, Oregon und Arizona schwere Schäden angerichtet.

„Bereits im vorigen Jahr hatten wir Heuschrecken-Schäden in Höhe von elf Millionen Dollar", erklärte Wayne Baggett vom US-Landwirtschaftsministerium der WELT, „in diesem Jahr ist es wesentlich schlimmer, da die Zahl der Insekten nicht durch Krankheiten – normalerweise eine Folge der Frühjahrsniederschläge – reduziert wurde. Hinzu kommt, daß die natürliche Vegetation als Folge der Dürre zurückgeblieben ist. Hunger treibt die Insekten auf die Felder."

Unter der Leitung des Landwirtschaftsministeriums wurden im Westen der USA bereits in zwölf Bundesstaaten drei Millionen Hektar Land mit Militärtransportern und Privatflugzeugen mit Parathion (E 605) und Sevin besprüht – davon allein 1,7 Millionen Hektar in Idaho. „Unser Ziel ist dabei, die Heuschrecken zu vertilgen, bevor sie die Eier legen", erläuterte Baggett. „Alles in allem haben wir vor, rund vier Millionen Hektar aus der Luft besprühen zu lassen. Wie umfangreich die Operation ist, geht daraus hervor, daß wir allein in Idaho 38 Flugzeuge eingesetzt haben. Soweit wir feststellen konnten, war das Sprühen zu 90 bis 95 Prozent erfolgreich."

Den betroffenen Farmern in Idaho hat die 25 Millionen Dollar oder 80 Millionen Mark teure Aktion allerdings bisher nur wenig geholfen.

Der Grund dafür ist, daß hauptsächlich Land besprüht wurde, das sich im Bundesbesitz befindet. Öffentliches, steppenartiges Weideland – zwar die „Heimat" der Schädlinge. Aber die haben sich inzwischen längst weiterbewegt. Und ihre Privatfelder müssen die Farmer auf eigene Kosten besprühen lassen.

„Die fressen uns alles weg", klagte ein Sprecher für die Landwirte in Twin Falls in Idaho, William F. Hazen, „die Situation ist sehr ernst. Viele Farmer hier sind bereits durch die allgemeine Krise in der Landwirtschaft angeschlagen. Dies gibt ihnen möglicherweise den Rest." Andere Experten bezeichneten die Heuschreckenplage als „sehr ernste Bedrohung der Landwirtschaft im ganzen Westen der USA".

Vereinzelt sollen Farmer in Idaho schon aus Verzweiflung dazu übergegangen sein, auf öffentlichem „Range Land" verbotene Grasfeuer zu zünden – in der Hoffnung, auf diese Weise die Plage von ihren Mais-, Hafer-, Zuckerrüben- und Kartoffelfeldern fernhalten zu können.

Der stämmige 49jährige Davis ist typisch für viele der betroffenen Farmer. Er begann seinen Betrieb vor 15 Jahren auf Land, das der Wüste durch künstliche Bewässerung abgewonnen worden war, und betont, daß die Farm bisher gerade soviel abgeworfen habe, daß er seine Rechnungen bezahlen konnte.

„Zur Zeit gebe ich 250 bis 300 Dollar pro Tag dafür aus, meine Felder mit der Hand mit Insektenmittel zu besprühen", verriet er, „wahrscheinlich aber werde ich die ganze Farm aus der Luft besprühen lassen müssen. Das dürfte dann 12 000 bis 15 000 Dollar kosten. Irgendwann kommt dann der Punkt, wo Schluß sein muß."

Davis sagte weiter: „Auf der anderen Seite aber kann man auch nicht dastehen und zusehen, wie die einem die ganze Ernte wegfressen. Das geht doch nicht."

13. Mose reckte seinen Stab über Ägyptenland; und der HErr trieb einen Ostwind ins Land den ganzen Tag und die ganze Nacht; und des Morgens führte der Ostwind die Heuschrecken her.
14. Und sie kamen über ganz Ägyptenland und ließen sich nieder an allen Orten in Ägypten, so sehr viel, daß zuvor desgleichen nie gewesen ist noch hinfort sein wird.
15. Denn sie bedeckten das Land und verfinsterten es. Und sie fraßen alles Kraut im Lande auf und alle Früchte auf den Bäumen, die der Hagel übrig gelassen hatte, und ließen nichts Grünes übrig an den Bäumen und am Kraut auf dem Felde in ganz Ägyptenland.

Die Heuschrecken bildeten die achte der neun Plagen des Alten Testaments; danach durften die Kinder Israels ziehen. 2. Buch Mose, 10. Kapitel, Vers 13-15.

Der schreckliche Teppich fliegt Tausende Meilen

Die als Wanderheuschrecken bezeichneten Schädlinge gehören zoologisch zur Gruppe der Kurzfühlerschrecken. Über alle Erdteile verbreitet, sind von besonderer Bedeutung die Gattungen Schistocerca für Afrika und Südamerika, Locusta für Asien und Europa und Melanoplus für Nordamerika.

Die von den Wanderheuschrecken gelegentlich gebildeten Schwärme nehmen ihren Ausgang immer in wenigen eng begrenzten Schwarmbildungszentren, die im Falle von Melanoplus in den Nordweststaaten der USA liegen. Herrschen hier über mehrere Generationen hinweg günstige Lebensbedingungen, so nimmt die Bevölkerungsdichte riesige Ausmaße an. Durch das enge Zusammensein und den ständigen Körperkontakt mit gleichaltrigen Artgenossen geraten die am Boden lebenden Larven in eine Streßsituation und werden wanderlustig. Es kommt zu einer Änderung des Körperbaus und Verhaltens der Tiere, biologisch „Schwarmphase" genannt. Unter anderem sind die so aufwachsenden Heuschrecken dunkler gefärbt und haben weniger stark entwickelte Sprungbeine als Tiere aus der „Einzelphase".

Schon die Larven beginnen am Boden ihre Wanderung, bei der sie bis zu 20 Kilometer zurücklegen. In diesem Stadium entstehen oft durch Zusammentreffen mehrerer Gruppen Larvenschwärme mit bis zu zehn Millionen Individuen. Nach der letzten Häutung zum geschlechtsreifen Tier vergehen noch etwa zwei Wochen, bis die Wanderung fliegend fortgesetzt wird.

Während dieser Zeit kann ein großer Schistocerca-Schwarm – durch Vereinigung vieler Schwärme – auf zwei Milliarden Individuen anwachsen. Nach Schätzungen wiegt so ein Schwarm bis zu 3000 Tonnen und vernichtet durch Fraß eine ebenso große Menge Pflanzenmaterial auf einer Fläche von 1000 Hektar vollständig.

Im Fluge erreichen die Heuschrecken aus eigener Kraft eine Geschwindigkeit von knapp 20 Kilometern pro Stunde und legen bei rund 17 Flugstunden täglich etwa 300 Kilometer zurück. Da die Tiere aber meist mit Rückenwind fliegen und thermische Aufwinde nutzen, können sie sehr viel längere Strecken bewältigen. In einem verbürgten und in die Lehrbücher eingegangenen Extremfall sind einzelne Tiere auf einem Schiff 2400 Kilometer vor der afrikanischen Atlantikküste gelandet.

ROLF H. LATUSSECK

Der Papst als Kolumnist im Dienste Murdochs?

rtr, **London**

Der australische Zeitungsmagnat Rupert Murdoch hat nach eigenen Angaben Johannes Paul II. als Kolumnisten verpflichtet. Nach dieser Entscheidung soll der Heilige Vater allwöchentlich in Hunderten von Blättern in aller Welt erscheinen. Ein entsprechender Vertrag sei letzte Woche zwischen dem Vatikan und Murdochs US-Firma News America geschlossen worden. Ob der Papst für seine Ausführungen honoriert werde, wurde nicht bekannt. Dagegen hieß es in einer Stellungnahme des Unternehmens, daß die päpstlichen Texte zusammengestrichen würden, sei nicht zu erwarten. „Ich denke doch, sie werden von derartigen Qualität sein, daß die Leute das Original wünschen, Wort für Wort," erklärte der Sprecher. Als Autor wird sich Johannes Paul II. in sehr gemischter Nachbarschaft wiederfinden – die Blätter der Murdoch-Gruppe reichen von der renommierten „Times" bis zu Boulevard-Blättern wie dem „Sun".

Tasche aus Asien

dpa, **Frankfurt**

Die Segeltuchtasche, in der die Bombe versteckt war, die am 19. Juni in der Abflughalle des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens detonierte, stammt nach Angaben eines Polizeisprechers aus Ostasien. Nach Ausstrahlung der Sendung „Aktenzeichen XY ungelöst" wurden am Freitag 16 Hinweise registriert. Bei dem Anschlag waren drei Menschen getötet und 50 zum Teil schwer verletzt worden.

Suche eingestellt

dpa, **Johannesburg**

Die Suche nach dem seit zwei Wochen im Südatlantik vermißten Erzfrachter „Arctic Career" und der 28köpfigen Crew ist gestern eingestellt worden, nachdem die Besatzung eines Suchflugzeuges am Vortag etwa 2000 Kilometer westlich von Kapstadt einen Ölfleck und Wrackstücke gesichtet hatte.

„Dallas"-Regisseur tot

dpa, **Los Angeles**

Der amerikanische Fernsehregisseur Barry Crane, der mehrere Episoden der Serie „Dallas" gedreht hat, wurde Opfer eines Gewaltverbrechens. Die Leiche des 57jährigen wurde in Los Angeles gefunden.

Flugschreiber gefunden?

AP, **London**

Der Flugschreiber des am 23. Juni mit 329 Insassen abgestürzten Jumbo-Jets der Fluggesellschaft Air India ist vermutlich gefunden worden. Ein amerikanischer Tauchroboter war am Freitag rund 160 Kilometer vor der südwestirischen Küste in 2000 Meter Tiefe auf ein Wrackteil der Maschine gestoßen, in dem der Flugschreiber vermutet wird.

Unfälle forderten 12 Tote

dpa, **Hamburg**

Bei vier spektakulären Zusammenstößen kamen am Wochenende auf deutschen Autobahnen 12 Menschen ums Leben. Einige Verletzte schwebten auch gestern noch in Lebensgefahr.

LEUTE HEUTE

Erfolglose Werbung

Aus Furcht vor der Scheidung hielt ein Flugschüler drei Stunden lang Polizei und Fluglotsen im Raum Chicago in Atem. **Frank Moore** (36), drohte, wie ein Kamikaze-Flieger in seinem einmotorigen Flugzeug auf das Restaurant zu stürzen, in dem seine Frau arbeit. Flehentlich bat sie ihn, wieder zu landen. Ob er auch bei seiner Frau wieder „gelandet" ist, erscheint unsicher. Zur Zeit muß er sich erst noch wegen diverser Einbruchs- und Betrugsdelikte vor Gericht verantworten.

Erfolgreiche Werbung

Auf eindrucksvolle Art machte **Mark Debruins**, ein 26jähriger Medizinstudent seiner Angebeteten einen Heiratsantrag. In Chicago charterte er ein Flugzeug, das um das John-Hancock-Center seine Kreise zog, während Mark mit Freundin **Sue Hamlin** im 95. Stock beim Essen saß. Die Worte „Sue, ich liebe Dich" direkt vor Augen, zögerte die 23jährige keinen Augenblick und gab ihr Ja-Wort.

Ausgezogen

100 000 Francs Schadenersatz muß **Yves Saint-Laurent** bezahlen. Frankreichs berühmtester Modeschöpfer hat geschummelt. Er kopierte einen Damen-Anzug aus dem Konkurrenzhaus **Esterel**. Der „bestohlene" Kollege ging vor Gericht – und bekam Recht. Der „Krieg der Mode-Schneider" geht auf das Jahr 1979 zurück. Der Meister bot die Nachahmung eines Kostüms unter seinem Markenzeichen YSL an.

Weggezogen

Der schottische Rock-Superstar **Rod Stewart** hat genug von der Costa del Sol. Der 40jährige Sänger fühlt sich nach einer Welle von Einbrüchen in seiner Ferienvilla in Estepona (bei Marbella) nicht mehr sicher und sucht nun einen Käufer für das auf eine Million Mark geschätzte Anwesen.

Unwetter unterbrachen den Sommer

Schwere Verwüstungen im Eifelstädtchen Monschau / Blitz verletzte sechs Soldaten

DW. **Bonn**

Eine 300 km breite Unwetterfront, die am Samstag von West nach Ost über Deutschland zog und regional zu erheblichen Verwüstungen führte, hat den Sommer nicht vertreiben können. Schon gestern setzte sich fast überall wieder Hochdruckeinfluß durch. Und auch in den nächsten Tagen soll es sommerlich bleiben – allerdings längst nicht mehr so heiß wie am Samstag, als die Thermometer bis zu 30 Grad anzeigten.

Sintflutartige Regefälle, begleitet von Donner und Blitz, waren vor allem in Rheinland, in der Eifel, in Hessen und im nördlichen Teil Baden-Württembergs niedergegangen. Ein Blitz verletzte im Emsland drei Bundeswehrsoldaten schwer und drei weitere leicht. Sie hatten sich – nach einer Sturmboot-Übung auf der Ems – während des Gewitters unter einen Baum gestellt.

Katastrophale Zustände herrschten am Samstag vormittag in dem romantischen Eifelstädtchen Monschau, das mit seinen Fachwerkhäusern und der mittelalterlichen Burg normalerweise voller Touristen ist und jetzt wegen des Hochwasser stundenlang gesperrt werden mußte. „Ich bin vollkommen ruiniert," klagte eine Geschäftsfrau. Bis zu einem Meter hoch habe das Wasser in ihrer Buchhandlung gestanden. „Ich stand bis über dem Bauch im Wasser und habe versucht, zu retten, was ich greifen konnte." In einem Kunstgewerbegeschäft drückte das Hochwasser eine Schaufensterscheibe ein und zerstörte die ganze Einrichtung. Als das Wasser schließlich abgeflossen war, blieb eine einzige Schlamm- und Geröllwüste zurück.

Nach Meinung der Anwohner entstand die Katastrophe zum Teil dadurch, daß die Rur Holzstämme, Gestrüpp und Unrat mit sich führte. Sie versperrten eine Brücke, so daß das Wasser nicht abfließen konnte und ringsum alles überschwemmte. Anderswo in der Eifel wurden Bäume entwurzelt, Böschungen unterspült, Straßen waren unpassierbar.

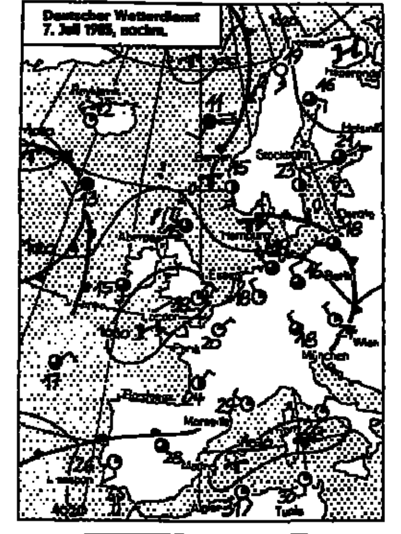
In Hessen trat die Eder über die Ufer. Bis zu 50 Zentimeter hoch stand auf vielen Straßen das Wasser. Auf Autobahnen in Hessen und im Rheinland gab es als Folge der Regengüsse kilometerlange Staus.

In Mannheim und Stuttgart wurden mehrere hundert Keller überflutet. Einige Unterführungen waren überschwemmt. Bei einem durch Blitzschlag verursachten Dachstuhlbrand in der Mannheimer Innenstadt entstand ein Sachschaden von rund 150 000 Mark. Mehrere hundert Keller wurden überflutet.

Im Kreis Esslingen rutschte ein Hang auf die Fahrbahn der Bundesstraße 27. In Göggingen-Horn (Ostalbkreis) entstand durch einen Blitz in einem landwirtschaftlichem Anwesen ein Sachschaden von 500 000 Mark.

WETTER: Trocken

Wetterlage: Deutschland liegt im Bereich eines Hochkeils, der sich nach Mitteleuropa er streckt. Im weiteren Verlauf wird der Norden und Nordosten von dem Fron tensystem über den Britischen Inseln beeinflußt.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. ● Sprühregen. ● Regen. ✱ Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Dienstag:

In Norddeutschland meist wolkig, aber niederschlagsfrei. Im übrigen Bundesgebiet heiter und trocken. Tageshöchsttemperaturen 19 bis 24 Grad. Tiefsttemperaturen um 10 Grad. Schwacher Wind aus West bis Nordwest.

Weitere Aussichten:

Im Norden Deutschlands leicht unbeständig, sonst heiter bis wolkig, wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	16°	Kairo	29°
Bonn	18°	Kopenh.	16°
Dresden	11°	Las Palmas	24°
Essen	18°	London	18°
Frankfurt	18°	Madrid	28°
Hamburg	18°	Mailand	27°
List/Sylt	16°	Mallorca	32°
München	18°	Moskau	14°
Stuttgart	17°	Nizza	30°
Algier	31°	Oslo	20°
Amsterdam	19°	Paris	20°
Athen	22°	Prag	26°
Barcelona	30°	Rom	26°
Brüssel	19°	Stockholm	23°
Budapest	25°	Tel Aviv	29°
Bukarest	17°	Tunis	30°
Helsinki	21°	Wien	24°
Istanbul	26°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* **am Dienstag**: 5.16 Uhr, Untergang: 21.38 Uhr; **Mondaufgang**: 0.44 Uhr, Untergang: 13.05 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Kiel provoziert Taktstock-Vergleich mit Salzburg

DIETHART GOOS, **Hamburg**

Ein ehrgeiziges Projekt namhafter Künstler, Politiker und Wirtschaftsführer hat am Wochenende seine Bewährungsprobe bestanden. Flankiert von Liebermanns „Ferdinand, der Stier" und Saint-Saens „Karneval der Tiere" hoben die Pianisten Justus Frantz und Christoph Eschenbach gemeinsam mit Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) im Kieler Schloß das „Schleswig-Holstein Musik Festival" erfolgreich aus der Taufe. Als ambitionierte Paten standen ihnen unter anderem Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, Schauspieler Will Quadflieg sowie der Kunstmäzen Kurt A. Körber zur Seite. Nun sind die Zeiten vorbei, wo man vom kulturellen Notstandsgebiet im Norden der Republik sprechen konnte. Der Hansestadt Hamburg, die sich so gerne mit dem Flair der Kulturmetropole des Nordens umgibt, erwächst eine ernste Konkurrenz.

Entsprechend dieser Einschätzung hatte sich aus Hamburg eine ansehnliche Karawane der Sechs- und Achtzylinder auf den Weg in die Landeshauptstadt an der Kieler Förde gemacht; man will doch bei Ereignissen dieser Tragweite nichts verpassen und auch gesehen werden. So konnte Landesvater Barschel neben vielen illustren Landeskindern willkommene Gäste aus dem benachbarten Stadtstaat begrüßen.

Mit Kultur läßt sich trefflich für die eigene Sache werben, das weiß der Politiker wie der Künstler. Doch wer etwas bewegen will, muß Gutes und Großes bieten. Frantz und Barschel kennen diese Zwänge, haben aber auch schon Erfolgsrezepte parat: Von 1986 an wird in Schleswig-Holstein jährlich ein vierwöchiges internationales Sommermusikfest stattfinden. Nicht nur in Kiel, sondern an zahlreichen Orten mit architektonischen Besonderheiten und landschaftlichen Reizen: zwischen Nord- und Ostsee, vom Hamburger Stadtrand bis zur dänischen Grenze werden in dieser Zeit weltbekannte Musiker gastieren und zugleich mit dem künstlerischen Nachwuchs arbeiten. Schon beginnt man, sich mit Salzburg zu vergleichen ...

Mehr als 60 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem In- und Ausland haben sich im Kuratorium des Festivals vereinigt. Dazu gehören Konrad Adenauer jun., Staatssekretär Klaus Blech, Chef des Bundespräsidialamtes, Karl Carstens, BP-Chef Helmuth Buddenberg, Gabriele Henkel, der frühere Bundesbankpräsident Karl Klaasen, der italienische Komponist Giancarlo Menotti, die Modedesignerin Jil Sander, Verleger Axel Springer und ZDF-Intendant Dieter Stolte.

Durch viele persönliche Freundschaften und exzellente Verbindungen konnte Justus Frantz als Spiritus rector und Intendant des neuen Festivals erstklassige Künstler gewinnen; Leonard Bernstein, Lorin Maazel, Neville Mariner und Christoph Eschenbach als Dirigenten; Sir Yehudi Menuhin und Gideon Kremer kommen mit ihren Schülern; als Solisten haben sich Svjatoslav Richter, Claudio Arrau, Mstislav Rostropowitsch und Anne-Sophie Mutter angesagt; singen werden neben anderen Brigitte Faßbaender, Dietrich Fischer-Diskau, Hermann Prey und Peter Schreier. Dabei werden diese internationalen Berühmtheiten für erschwingliche Eintrittspreise zu genießen sein. Denn das aufwendige Unternehmen will sich überwiegend aus Spenden der Wirtschaft und einzelner engagierter Förderer finanzieren.

Helmut Schmidt gab dem grandiosen Eröffnungsabend kulturpolitisch Fixpunkte und erinnerte an die großen Literaten des deutsch-dänischen Raums. In der Musik habe diese Region aber leider bis auf wenige Ausnahmen, wie Dietrich Buxtehude, keine Berühmtheiten zu bieten. Auf die Gegenwart eingehend, sagte Schmidt unter großem Beifall: „Wir müssen die Menschen unserer Heimat wieder an die Musik heranführen. Laßt uns die etwas behäbigen, etwas sturen Landsleute anstoßen, auch dazu, daß in unseren Wohnungen und Schulen musiziert wird."

Als Sprecher im abschließenden musikalischen Feuerwerk des „Karneval der Tiere" nahm Ministerpräsident Uwe Barschel Parteifreunde aus der Union wie auch politische Gegner aufs Korn. Da war vom „Erdschwein Ignaz I.", von „Franz-Josef I., dem mächtigen Löwen" die Rede, der „Pfälzer Elefant mit der Brille" sprach von der „geistig-moralischen Grundhaltung in diesem unserem Lande", ihm zur Seite „Geißbock Heiner". Diese eigenwillige Interpretation des Camille Saint-Saens durch den Landesvater fand allerdings keine ungeteilte Zustimmung.

ZU GUTER LETZT

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Wolfgang Bötsch, wies den Angriff von Frau Fuchs auf Strauß als „beleidigenden Vergleich aus dem Tierreich" auf das schärfste zurück. Aus einer dpa-Meldung.